



Das  
Bundesarchiv

# Mitteilungen aus dem Bundesarchiv

Heft 1/2009  
17. Jahrgang



1949 1959

ZEHN JAHRE  
**NATO**

EIN BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN



<b>Zu diesem Heft</b>	3
<b>Perspektiven</b>	
03.03.09 <i>Hartmut Weber</i>	4
<b>Vortrag</b>	
Die Bundesrepublik Deutschland seit 1949 – eine geglückte Demokratie? <i>Edgar Wolfrum</i>	5
<b>Beitrag</b>	
ARGUS – die Entwicklung der archivischen Rechercheplattform und Erfahrungen mit ihrer Nutzung <i>Elrun Dolatowski, Kristina John, Angelika Menne-Haritz</i>	15
<b>BEITRÄGE AUS DEN ABTEILUNGEN</b>	
<b>Abteilung Deutsches Reich</b>	
Zusammenführung geteilter Überlieferungen im Bestand Auswärtiges Amt (bis 1945) <i>Simone Walther</i>	22
Wo sind all die Akten hin ...? Das Schicksal der Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP <i>Sabine Herrmann</i>	25
<b>Abteilung DDR</b>	
DC 20 Ministerrat der DDR – Zentrales Erschließungsvorhaben des Referates DDR 1 auf der Zielgeraden <i>Evelyn Grünspek</i>	30
Organisationsstruktur und Ausrüstung der Volkspolizei der DDR. Online-Findbuch zum Bestand DO 1 Ministerium des Innern, Teil Stab-Organisation <i>Kerstin Risse</i>	32
Geplante Forschungen. Neues Online-Findbuch zum Bestand DF 4 Ministerium für Wissenschaft und Technik <i>Gisela Haker</i>	36
Projekt zur Digitalisierung der Druckgenehmigungsakten für Belletristik, Bestand DR 1 Ministerium für Kultur der DDR <i>Johanna Marschall-Reiser</i>	40
<b>Abteilung MA</b>	
60 Jahre NATO – 10 Jahre NATO-Archiv: Archivische Kernaufgaben im multinationalen Kontext <i>Andreas Kunz</i>	42
Die evangelische Marineseelsorge im Zweiten Weltkrieg. Ein Erschließungsprojekt im Bundesarchiv-Militärarchiv <i>Beatrix Kuchta</i>	50

**Abteilung FA**

Endstation Archiv? Öffentlichkeitswirksame Potenziale der Filmbenutzung <i>Babette Heusterberg</i>	55
---	----

**Stiftung**

Das Theaterensemble des Kulturpalastes Chemnitz und die „Sorge um den Menschen“ der Gewerkschaft Kunst <i>Tobias Schenk, Danny Weber, Katrin Wenzel</i>	60
Zur Erstbearbeitung des Nachlasses von Emil Eichhorn durch Käte Duncker im Sommer 1926 <i>Grit Ulrich, Heinz Deutschland</i>	66

**Nachrichten**

50 Jahre Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg <i>Tobias Herrmann</i>	69
Auf Stauffenbergs Spuren: Vom Kino-Ereignis zur Archivführung <i>Achim Koch</i>	71
Die Software PERSEUS – eine neue Anwendung für Personenkarteien <i>Petra Rauschenbach</i>	74
Bundesarchiv-Behördenberatung – elektronische Akten (BBeA): Praxistag und Informationsforen <i>Kerstin Schenke</i>	75
Nachlass Ernst von Weizsäcker (N 1273) im Original übernommen <i>Achim R. Baumgarten</i>	77
Kleiner Nachlasstausch mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart abgeschlossen <i>Achim R. Baumgarten</i>	77
Unterstützung des Bundesarchivs für das Kreismuseum Wewelsburg <i>Achim R. Baumgarten</i>	77
Eine Ausstellung des Bundesarchivs in Berlin <i>Gisela Müller</i>	79

Im Gegensatz zu den beiden letzten Ausgaben gibt es in Heft 1/2009 der „Mitteilungen“ keinen besonderen Themenschwerpunkt. Die Seiten sind gut gefüllt mit Lesenswertem zu ganz unterschiedlichen Aspekten.

Argus – der römischer Name für Argos, den hundertäugigen Riesen, der in Heras Auftrag Io, die Geliebte des Zeus, bewacht – steht als Kürzel nun auch für die neue Suchmaschine, mit der eine umfassende, in die Tiefe gehende Suche über Bestände und Findmittel des Bundesarchivs unabhängig von Zeit und Ort ermöglicht wird. Auf welchen Voraussetzungen die neue Anwendung aufbaut, wie sie im einzelnen funktioniert, schildern Elrun Dolatowski, Kristina John und Angelika Menne-Haritz.

Die in Berlin-Lichterfelde aufbewahrten Unterlagen des Auswärtigen Amtes für den Zeitraum 1867 bis 1945 umfassen nur einen Bruchteil der Gesamtüberlieferung aus dieser Zeit, der größte Teil befindet sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin. Im Interesse der Nutzer haben Gespräche zwischen Bundesarchiv und Politischem Archiv zu einer ersten „Flurbereinigung“ geführt, über die Simone Walther berichtet. Die Überlegungen zum Archivalientausch sollen fortgesetzt werden. Andreas Kunz informiert darüber, was das NATO-Archiv in den ersten zehn Jahren seines Bestehens geleistet hat – eine Arbeit, die zukünftig an Bedeutung gewinnen wird, weil militärstrategische Überlegungen sich heute meistens auf multinationale Operationen beziehen, die nationale Überlieferung kann Verteidigungspolitik nicht mehr vollständig abbilden.

Aus der Abteilung DDR melden Evelyn Grünspek und Gisela Haker, dass die Erschließungsarbeiten für zwei Bestände „auf der Zielgeraden“ sind: Es geht um DC 20 Ministerrat der DDR und DF 4 Ministerium für Wissenschaft und Technik. Grundlegende Informationen zu einer Vielzahl von Themen zu Politik und Gesellschaft der DDR im Allgemeinen und zur Wissenschafts- und Wirtschaftsgeschichte im Besonderen stehen nun online zur Verfügung. Fortgesetzt wurde die Bearbeitung des Bestands DO 1 Ministerium des Innern mit den Unterlagen des Stabs-Organisation, der zuständig war vor allem für die Organisation und Ausrüstung der Volkspolizei. Wie Hollywood die Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung Militär-

archiv beeinflusst hat, beschreibt Achim Koch. Dass die kontinuierliche Arbeit in diesem Bereich – gerade, was das Kulturgut Film und die Arbeit des Bundesarchivs betrifft – mühsam ist und manchmal dem Bohren dicker Bretter gleichkommt, geht aus dem Bericht von Babette Heusterberg hervor.

An den 60. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik hat das Bundesarchiv mit der Ausstellung „Aus 4 werden 2. Die ‚doppelte Staatsgründung‘“ erinnert. Bei der Eröffnung in Koblenz am 17. Juni ging Professor Dr. Edgar Wolfrum – Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg – der Frage nach, ob die Staatsgründung im Westen zu einer „geglückten Demokratie“ führte. Er arbeitete die besonderen Qualitäten des Grundgesetzes heraus und spannte dann einen weiten Bogen, indem er die besondere historische Situation der Gründungsjahre mit der Entwicklung bis in die Gegenwart verknüpft hat. Auffällig dabei ist der Unterschied zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung: „Das Ausland staunt über die ‚geglückte Demokratie‘, in Deutschland selbst gewinnt man den Eindruck von einer ‚nörgelnden Demokratie‘“.

Wieder einmal haben Teilnehmer des Stage einen Beitrag verfasst über das Thema, mit dem sie sich während ihrer Zeit im Bundesarchiv intensiver beschäftigt haben. So erfahren wir, wie es fast zu einer Auseinandersetzung von zwei FDGB-Gewerkschaften vor Gericht gekommen wäre. Anlass waren Finanzierungsprobleme bei dem mit viel Elan gestarteten Projekt des Kulturpalastes der Wismut in Chemnitz und die „Sorge um den Menschen“. Dass sich bei der Auswertung von Nachlässen Querverbindungen ergeben, die neue Details ans Licht bringen, beschreiben Grit Ulrich und Heinz Deutschland, der an einer Edition des Briefwechsels von Käte und Hermann Duncker arbeitet.

Bei den „Mitteilungen aus dem Bundesarchiv“ war Annegret Neupert von Anfang an dabei. Nun hört sie auf, weil andere Arbeitsschwerpunkte mehr Aufmerksamkeit verlangen. Für Rat und Tat in all den Jahren sei ihr an dieser Stelle herzlich gedankt.

*Gisela Müller*

### 03.03.09

Am 3. März 2009 stürzte das Historische Archiv der Stadt Köln ein, riss in einem benachbarten Gebäude zwei Menschen in den Tod und begrub einen großen Teil des unersetzlichen Archivguts unter sich in einem tiefen Schacht, der für die Erweiterung der Kölner U-Bahn ausgehoben worden war. Obwohl die Fluten des Arno in Florenz und der Elbe in Sachsen und in der Tschechischen Republik, der Brand des Staatsarchivs Landshut und der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar sowie die Zerstörungen und Plünderungen von Archiven im Jugoslawischen Bürgerkrieg und im Irakkrieg wiederholt gezeigt haben, dass Kulturgut auch nach den großen Verlusten des Zweiten Weltkriegs nicht absolut sicher ist, war der Einsturz des Magazinbaus, der als „Kölner Modell“ in die Archivbaugeschichte eingegangen ist, unfassbar.

Zum Glück wichen die anfänglichen Prognosen von der weitgehenden Zerstörung des Archivguts von europäischem Rang der Hoffnung, dass mindestens 85 Prozent davon mehr oder weniger beschädigt und in der ursprünglichen Ordnung gestört, gerettet werden können und in vielen Jahren, möglicherweise auch in Jahrzehnten, restauriert und in rekonstruierter Ordnung der Nutzung wieder zur Verfügung stehen werden. An der Rettungsaktion beteiligten sich unzählige freiwillige Helfer aus ganz Europa. Auch das Bundesarchiv hat sogleich seine Gefriertrocknungskapazitäten angeboten, hat in großem Umfang personelle Hilfe geleistet und hat in St. Augustin und in Freiburg Kölner Archivgut zwischengelagert. Den Angehörigen des Bundesarchivs, die in den drei Notfalltrupps aus Koblenz und Berlin, in den Gruppen der Archivschule Marburg oder auch in eigener Initiative in ihrer Freizeit in Köln unter schwierigen Bedingungen engagiert und kompetent Hilfe geleistet haben, gilt mein aufrichtiger Dank.

„Die Erfahrungen sind die Samenkörner, aus denen die Klugheit emporwächst“ – in diesem Satz formulierte Konrad Adenauer die Tatsache, dass Wissen aus Erfahrungen und aus dem Handeln heraus wächst. Die Erfahrungen mit der Kölner Katastrophe müssen genutzt werden, um sicherzustellen, dass dieses Ereignis einmalig und einzigartig im deutschen und europäischen Archivwesen bleibt. Die wichtigste Erkenntnis: Eine absolute Sicherheit gibt es auch für Archivgebäude nicht, Notfälle sind möglich, wenn auch nicht für jedes Archiv in gleicher Weise wahrscheinlich. Daher gilt es, für jedes Archivgebäude ein individuelles Risikoprofil zu entwickeln und die erkannten möglichen Einflüsse auf die Sicherheit von Gebäude und Archivgut ständig im Auge zu haben und zu bewerten. Die Schadensvorbeugung muss flankiert werden von einem Vorbereitetsein auf Notfälle, an dem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Archivs Anteil haben. Die Kölner Katastrophe erweitert die bisherigen Erkenntnisse effektiver Schadensbegrenzung, so wie auch in Köln die Erfahrungen mit der Rettung von Archivgut aus den Schlamm- und Geröllfluten der Elbe im August 2002 von Nutzen waren.

Die vielen Helferinnen und Helfer bei der Rettung des Kölner Archivguts kamen aus Archiven, in denen schleichend und unaufhaltsam, aber weit weniger spektakulär als in Köln, Archivgut zerfällt. Dies gilt auch für das Bundesarchiv. Das schlimme und außergewöhnliche Ereignis von Köln darf den Blick nicht verstellen auf die Defizite und Handlungsnotwendigkeiten wohl in allen deutschen Archiven bei der Sicherung und Erhaltung des gefährdeten Kulturguts, das unbeachtet und stetig zerfällt. Köln muss auch für einen neuen Aufbruch zu einer nachhaltigen Bestandserhaltung in allen Archiven stehen.

*Hartmut Weber*

## Die Bundesrepublik Deutschland seit 1949 – eine „geglückte Demokratie?“\*

Täuschen wir uns nicht: Die Bundesrepublik vor 1989 war keine Schrebergartenidylle. Es gab harte Krisen. Und das Grundgesetz ist 1948/49 nicht von ein paar alten Männern und einigen wenigen alten Frauen in weltfremder Abgeschlossenheit auf Schloss Herrenchiemsee, dem Rittersturz bei Koblenz und in Bonn verfasst worden. Wir können uns die Situation nicht dramatisch genug vorstellen: Vorausgegangen war der schärfste Zivilisationsbruch der modernen Geschichte, Vernichtungskrieg und Holocaust, und als die Beratungen zum Grundgesetz begannen, war mit Wucht der Kalte Krieg aufgezogen, dessen erster Höhepunkt die Berlin-Blockade war; nicht wenige fürchteten einen Dritten Weltkrieg. In jenen, die das Grundgesetz schufen, manifestierte sich die Opposition gegen den Nationalsozialismus. Und vor allem: Das Grundgesetz war eine Weltneuheit – die erste posttotalitäre Verfassung nach 1945<sup>1</sup>.

Wer bestehen will, darf sich einem Wandel nicht verschließen, Tradition ohne Reform verkommt zu verwaltetem Irrtum. Die Bundesrepublik war und ist eine Wohlstandsgesellschaft mit hoher Reformfähigkeit. Reformbedarf und Reformdruck gingen immer Hand in Hand. Die deutsche Demokratie hat sich seit ihrer Gründung immer gewandelt, mal allmählich und still, mal rasch und ungestüm. 1949 war nicht klar, wie sich dieser „künstliche Homunkulus“ Bundesrepublik entwickeln würde, ob er überhaupt eine Lebenschance hatte. In den 60er Jahren hielten manche die Bundesrepublik bereits für hyperstabil und starr; die provokative Frage von Karl Jaspers „Wohin treibt die Bundesrepublik?“<sup>2</sup> zwang zur öffentlichen Auseinandersetzung. In den 70er Jahren war es die breite Debatte um den deutschen „Identitätsverlust“ und die Bedrohungen durch Terrorismus und Weltwirtschaftskrisen, die die Republik verunsicherten. In den 80er Jahren tauchte das Menetekel der atomaren Vernichtung und der globalen Umweltkatastrophen auf und führte den Deutschen die „Risikogesellschaft“ grell vor Augen.

Die Wandlungsprozesse der Deutschen von 1949 bis heute – innerhalb von nur 60 Jahren, eine kurze

Zeit in der Weltgeschichte – waren enorm. Vor dem Hintergrund der bisherigen Geschichte ist die Bundesrepublik so etwas wie ein Glücksfall. Man wird sich fragen: Welches sind die Maßstäbe? Wir haben im Grunde genommen nur zwei:

1. vergleichbare westliche Länder, wie Frankreich oder England, und
2. die bisherige deutsche Geschichte.

Im Begriff der „geglückten Demokratie“<sup>3</sup> schwingt Vieles mit: Das Glück des – fast will man sagen „unverdienten“ – Neuanfangs, also das Zufallsglück. Dieses Glück entsprang eben keineswegs nur eigenem Verdienst, sondern war vielmehr von außen gekommen und der internationalen Lage geschuldet. Von der Gunst der Stunde konnten die Westdeutschen profitieren, allein schon dadurch, dass sie – anders als die Ostdeutschen – auf der „richtigen“ Seite des Kalten Krieges standen. Nicht weil die Menschen anders, sondern weil die Strukturen anders waren, gestaltete sich diese alles in allem glückliche Entwicklung im Westen so viel wirkmächtiger als im Osten. „Glück“ hatten die Westdeutschen auch mit ihren Kanzlern, allgemein mit ihren Regierungen, was freilich auch der Regierungskunst, gesellschaftlichen Lernprozessen und dem Abbau von Demokratiedefiziten entsprang. Geglückt ist die zweite deutsche Demokratie nicht zuletzt mit Blick auf das Schicksal der ersten, der „gescheiterten“ Weimarer Republik.

### „German Angst“

Dennoch war die Bundesrepublik von Beginn an mit kulturpessimistischen Untergangsvisionen konfrontiert, und viele fürchteten, dass Bonn eben doch Weimar werden würde<sup>4</sup>. Solche Untergangsszenarien haben in Deutschland seit Oswald Spenglers in den 1920er Jahren Furore machenden Buches „Der Untergang des Abendlandes“ immer Konjunktur gehabt, bis heute. Dies geht à la longue auf Reformation und Trauma des Dreißigjährigen Krieges zurück.

\* Vortrag bei der Eröffnung der Ausstellung „Aus 4 werden 2. Die „doppelte Staatsgründung“ am 17. Juni im Bundesarchiv in Koblenz.

In jüngerer Zeit waren in Deutschland die Staatsgebilde nur von kurzer Dauer, sodass die „Untergangshäufigkeit“ beispiellos in der Weltgeschichte ist. Ängste gehören deshalb zur deutschen Psyche. Innerhalb eines Jahrhunderts sind vier deutsche Staaten untergegangen: das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das „Dritte Reich“ und die DDR. Nur die Bundesrepublik hat, wenn auch verändert, bis heute überdauert. Aus den Verwerfungen des 20. Jahrhunderts erwächst eine Identitätsunsicherheit, die ständige Frage: Wer sind wir, woher kommen wir? Daraus ist eine Art Volksmentalität geworden. Die Deutschen sind nie angekommen, sie sind immer auf der Suche. Dieser Hang zu Schwermut und Pessimismus gehört zur sprichwörtlichen „German Angst“<sup>5</sup>. Professionelle Schwarzmalerei beschwören Untergangsszenarien. In Deutschland gibt es offenbar keine normalen Krisen, immer gleich Katastrophen, „Absturz eines Superstars“<sup>6</sup>, bedingungsloses Scheitern. Die Bundesrepublik Deutschland begleitete eine permanente Krisen- und Verdrossenheitsdebatte.

Das Aufregende an der Geschichte der Bundesrepublik ist jedoch, dass die Katastrophe ausblieb und dass dieser Staat zu einer der stabilsten und angesehensten westlichen Demokratien geworden

ist. Im Ausland versteht man den deutschen Jammer nicht. Nach einer neuen weltweiten Umfrage der BBC, durchgeführt in 21 Ländern, nimmt die Bundesrepublik den Spitzenplatz im Ranking der großen Staaten ein. Die einfache Frage war, ob der Einfluss des jeweiligen Landes in der Welt vom Befragten eher positiv oder eher negativ beurteilt wird. 61 Prozent fanden Deutschlands Einfluss positiv<sup>7</sup>. Dies ist nach zwei Weltkriegen, der NS-Diktatur und dem Zivilisationsbruch des Holocaust mehr als bemerkenswert. Fremdperspektive und deutsche Eigenperspektive liegen meilenweit auseinander. Das Ausland staunt über die „geglückte Demokratie“, in Deutschland selbst gewinnt man den Eindruck von einer „nörgelnden Demokratie“.

### Stabilisierungsfaktoren

Der ökonomische Nachkriegsboom der 1950er bis Mitte der 60er Jahre war außergewöhnlich und einmalig in der Weltgeschichte<sup>8</sup> – ein „goldenes Zeitalter“. Unsere nachfolgende Geschichte nach dem Boom ist im Grunde die erste normale Epoche. Wir leben in Zeiten der Normalisierung, nicht nur der Krise. Die Rückschau auf den Boom



Konrad Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates (M.), verkündet am 23. Mai 1949 das Grundgesetz (v.l.: H. Weber; H. Schäfer; A. Schönfelder; J. Stock). Bundesarchiv, B 145 Bild-D0022155 (Munker)

in der Mitte des Jahrhunderts lehrt fast gar nichts darüber, wie Wachstum in Zeiten der neuerlichen Globalisierung erreicht oder erhalten werden kann.

Man muss jedoch sagen: Die Welt ist mehr Nicht-Krise als Krise. Der ökonomische Wohlstand hat aus den Westdeutschen nach 1949 gute Demokraten gemacht, sie mit der Demokratie versöhnt. Und der Sozialstaat, wie er seit den 1950er Jahren ausgebaut wurde, war die große Integrationsklammer für eine neue Gesellschaft, zu denken ist allein an die zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen.

Stabilitätssehnsucht und Sozialangst gingen in Deutschland immer Hand in Hand. Gerechtigkeit wird nahezu als Synonym von „sozialer Gerechtigkeit“ verstanden. Weil die Deutschen im 20. Jahrhundert ein gebeuteltes Volk waren, suchten sie nach Sicherheit; Sozialpolitik wurde so zur allgemeinen Konsensstifterin<sup>9</sup>. Dennoch wurden soziale Unterschiede und Ungleichheitsstrukturen perpetuiert<sup>10</sup>. In Deutschland ist die Mittelschicht mit der Unterschicht – leidlich – solidarisch, aber weite Teile der Oberschicht haben sich ausgeklinkt.

Zwar verfügte die Bundesrepublik mit dem Grundgesetz, das durch die Katastrophenerfahrung des Nationalsozialismus geprägt und in dem Weimar als negative Folie immer gegenwärtig war, über eine Grundrüstung beim Eintritt in die Demokratie, doch musste diese erst mit Leben gefüllt werden und sich in der Praxis bewähren. Im Gründungsjahrzehnt, in den Jahren von 1949 bis 1959 – der formativen Phase –, entschied sich somit Erfolg oder Misserfolg der zweiten parlamentarischen Demokratie auf deutschem Boden.

Die wichtigsten Elemente für eine Stabilisierung waren – neben dem Kalten Krieg, dem Wirtschaftsboom und der dadurch ermöglichten Sozialpolitik – eine funktionale und, das muss betont werden, auch skandalöse Politik in Hinblick auf die NS-Funktioneliten und den Umgang mit der Vergangenheit, denn diese Eliten wurden weniger bestraft als vielmehr in den neuen Staat integriert<sup>11</sup>. Sodann: Das Parteiensystem, die 5-Prozent-Hürde, die wehrhafte Demokratie und der Antikommunismus haben die Bundesrepublik stabilisiert. Die CDU sog in den 1950er Jahren wie ein Staubsauger viele

kleinere konservative Parteien auf<sup>12</sup>. Rechts- und linksextreme Parteien wurden verboten.

Das 3-Parteien-System stabilisierte die junge Demokratie enorm. Die heute wieder geführte Debatte über Parteienverdrossenheit und die Unregierbarkeitsdebatte ist nicht neu; es gibt sie seit den 1970er Jahren. Was die alte Bundesrepublik trotz aller Krisen gezeigt hat, war Zukunftslust, Zukunftsgewissheit, gepaart mit dem Bewusstsein, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern immer neu errungen werden muss; daraus entstanden in den 70er Jahren die neuen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen. Man könnte zuspitzen: Wenn Konrad Adenauer Vertrauen in eine noch autoritäre Demokratie begründet hat, so Willy Brandt die Leidenschaft für die demokratische Staatsform. Vertrauen und Leidenschaft sind das Elixier für eine lebendige Demokratie.

### **Bonn ist nicht Weimar – Lernprozesse**

Anders als der Weimarer Republik war Bonn viel Zeit zum Lernen vergönnt. So wurde die Bundesrepublik zu einer lernenden Demokratie, und die Lernprozesse sind das Entscheidende des Erfolges. Aus defensiven Demokraten wurden allmählich offensive. Wie man es auch dreht und wendet: Niemals in der deutschen Geschichte hatte es einen Staat gegeben, der den Ansprüchen der Menschen nach Freiheit in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit in derart bemerkenswerter Art und Weise gerecht zu werden vermochte. Die Bundesrepublik war der wichtigste Durchbruch zur Demokratie in Deutschland.

Die Furcht vor einer Wiederkehr der Weimarer Verhältnisse stand 1949 an der Wiege des Bonner Grundgesetzes. Fast hatten seine Väter und Mütter einen Ballhauschwur geleistet: aus diesen schlimmsten Erfahrungen lernen. Tatsächlich blieb eine neuerliche Katastrophe aus. Die wichtigste Lehre, die das Grundgesetz aus der Weimarer Entwicklung gezogen hat, ist die Begrenzung der Verfassungsänderung nach Artikel 79 Absatz 3: Der Kern der demokratischen Verfassung ist jeder legalen Änderung entzogen. Die Demokratie kann nicht in eine Diktatur oder Monarchie umgewandelt werden. Dies ist deswegen so zentral, weil in der Weimarer Zeit sowohl die Nationalsozialisten als

auch die Kommunisten ihre klare Zielsetzung, mit der demokratischen Verfassung Schluss machen zu wollen, als rechtmäßig ausgeben konnten. Hitler postulierte, mit legalen Mitteln die Demokratie aushebeln und abschaffen zu wollen. Nach dem überwiegenden Verständnis der Weimarer Verfassung war dies völlig legal, weil man die Demokratie mit Zwei-Drittel-Mehrheit in eine Diktatur verwandeln konnte. Das sogenannte Ermächtigungsgesetz ist 1933 formell mit verfassungsändernder Mehrheit verabschiedet worden. Zur Ehrenrettung der Weimarer Verfassung muss betont werden, dass damals keine demokratische Verfassung der Welt eine Sicherung des Verfassungskerns gegen Verfassungsänderungen enthielt.

Verfassungen, das muss man sich klar machen, sind Rahmen und Richtmaß der Politik – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wie die Politik den Rahmen ausfüllt und wie sie Ziele verwirklicht, ist eine ganz andere Sache. Entscheidend ist nicht unbedingt die Konstruktion der Verfassung, sondern die Situation der Zeit. Das gesellschaftliche Einverständnis zum Grundgesetz wuchs nach 1949 in einer langen Periode von Frieden und Wohlstand. Unvorhersehbare Gefahren von Existenz bedrohender Größe blieben glücklicherweise aus. So konnte sich der Konsens der demokratisch gesonnenen Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Er war nicht von Anfang an vorhanden. Die Schönwetterphase dauerte lang – auch dies war nicht allein Verdienst, sondern auch Glück. Die Bundesrepublik hatte im Übermaß das, woran es Weimar so sehr mangelte: Ruhe und Glück. Weimar hingegen war von Hektik und Tragik geprägt<sup>13</sup>.

Das konstruktive Misstrauensvotum bildet seit 1949 ein Glanzstück deutschen Verfassungsrechts. Und der Bundespräsident wurde vollständig in das System einer repräsentativen und föderalen Demokratie eingefügt, ganz anders als der Reichspräsident in Weimar. Jene, die heute seine Volkswahl fordern, haben diesen wichtigen verfassungspolitischen Clou nicht begriffen. Es gibt keine Doppelherrschaft zwischen Parlament und Ersatzmonarch mehr. Endlich positiv beschrieben ist die Rolle der politischen Parteien. Dies ist ein großer Fortschritt, denn in Weimar galt die Auseinandersetzung zwischen politischen Parteien als unpatriotisch. Als wehrhafte Demokratie kann die Bundesrepublik ihre Feinde bekämpfen. Dass die Staatsgewalt

ausnahmslos an das Recht gebunden ist, war eine Lehre aus dem Unrechtsstaat des Dritten Reiches. Doch der größte Erfolg unseres Verfassungssystems ist die Verfassungsgerichtsbarkeit.

Nach den friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989 und dem Untergang des Kommunismus sehen wir in etlichen Transformationsstaaten deutsche Verfassungstraditionen: Der Grundrechtsteil vieler Verfassungen in den ostmitteleuropäischen Ländern beruht vor allem auf dem deutschen Grundgesetz von 1949 – das übrigens auch die spanische Verfassung nach dem Tod Francos und der Demokratisierung seit 1975 stark beeinflusste – und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Fast überall ist die Verfassungsgerichtsbarkeit nach dessen Modell übernommen. Doch die Rolle des Staatspräsidenten ist in vielen ostmitteleuropäischen Verfassungen nach dem Vorbild des französischen Staatspräsidenten festgelegt worden. Dieses wiederum ist allerdings nach dem Muster der Weimarer Verfassung ausgestattet.

Selbstverständlich hat das Grundgesetz Veränderungen erfahren: So hat es Grundrechtsverkürzungen durch Staatszielbestimmungen in den vergangenen 60 Jahren über sich ergehen lassen müssen. Bilden Grundrechte Grenzen für staatliches Handeln – oder bilden sie vielmehr Ansprüche auf politische und soziale Teilhabe? Andere Fragen drängen sich auf: Ob man „echte“ von „unechten“ Misstrauensvoten unterscheiden kann, bleibt bis heute zweifelhaft. Dass die Parteienfinanzierung nötig, aber vielleicht nicht gut geregelt ist, hört man immer wieder. Regiert das Verfassungsgericht zu stark mit – oder ist es umgekehrt so, dass sich Regierungen vor Entscheidungen drücken, indem sie diese dem Gericht überlassen? Und die Rolle des Föderalismus – ein politischer Dauerbrenner.

## Gesellschaft im Aufbruch

Nach der ungeahnten Stabilisierung in den 1950er Jahren erlebte die Bundesrepublik mit dem Beginn der 60er Jahre eine neue, eine ebenso unerwartete Dynamik. In der relativ kurzen Zeitspanne zwischen 1963 und 1974 wechselte insgesamt viermal die Kanzlerschaft. Schon allein dieser

Abg. Dr. Schmid (SPD): Meine Damen und Herren! Durch die Abstimmung, die wir in wenigen Minuten vornehmen werden, wird ein Gesetz beschlossen, durch das zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch über das Gebiet einzelner Länder hinaus die Deutschen sich eine Ordnung ihres staatlichen Lebens geben werden. Diese Ordnung wird der Bau<sup>riss</sup> für einen Notbau sein. Diese Ordnung wird nicht die Verfassung Deutschlands sein. Die Verfassung Deutschlands besteht vorderhand in nichts als in dem Plebiszit eines jeden Tages, <sup>4</sup> das nach den Worten Ernest Renan's die Nation <sup>vergegenwärtigt</sup> ist. Diese Verfassung besteht vorderhand in nichts denn in dem Bewusstsein eines gemeinsamen Schicksals, das die Deutschen bejahen, auch in dieser Zeit der Not und der Passion, in die unser Volk nicht ohne seine Schuld gekommen ist. Diese Verfassung besteht vorderhand in nichts anderem als in dem unerschütterlichen Willen aller Deutschen, trotz aller Schranken, die man zwischen ihnen aufgerichtet hat, sich als ein einziges Volk, als ein Staatsvolk zu fühlen.

(Bravorufe.)

Und diese Verfassung besteht vorderhand in nichts als in der Entschlossenheit der Deutschen, diese Phase der Nachkriegsgeschichte erst mit dem Tage als abgeschlossen anzuerkennen, an dem diese Einheit des deutschen Volkes ihren konstitutionellen Ausdruck in einer Verfassung gefunden hat, die aus dem freien Willen aller Deutschen hervorgegangen ist.

Dieser Notbau schafft kein politisch und im geschichtlichen Sinne selbständiges staatliches Gebilde. Um im Bilde zu sprechen: Es ist so, als ob man in einem zerstörten Hause drei oder vier Zimmer, aus denen dieses Haus besteht, einigermaßen bewohnbar gemacht habe; nur drei, weil höhere Gewalt es noch

00219

Manuskriptseite  
Plenarsitzung

Umstand zeigt, dass etwas in Bewegung geraten war. Konrad Adenauer, dessen Stern allmählich verblasste, wurde von dem eher glücklosen Ludwig Erhard abgelöst; auf ihn folgte der bisweilen unterschätzte Kurt Georg Kiesinger, und ab 1969 war Willy Brandt am Ruder, dessen Aufforderung „Mehr Demokratie wagen“ zum Signum einer Epoche wurde. Die christdemokratische Staatspartei verlor in diesem Zeitraum schrittweise ihre Hegemonie, sozialdemokratische und liberale Reformer zeigten neue Wege in der Innen- und Außenpolitik auf.

Doch auch in den großen Demokratien des Westens kam es in dieser Zeit zu tief greifenden Machtwechseln, der am meisten Aufsehen erregende war sicherlich derjenige in den Vereinigten Staaten: die Präsidentschaft des jungen John F. Kennedy, der Idealismus ausstrahlte und Reformen versprach. Der vielgenannte „Kennedy-Impuls“ drückt dies aus. Die politische Orientierung in der westlichen Welt und in (West-)Europa war in Bewegung geraten, und diese gesamtwestlichen Entwicklungen erreichten auch die Bundesrepublik.

Dem Jahrzehnt des Wiederaufbaus schloss sich eine Epoche an, die fast wieder wie ein kleines goldenes Zeitalter erscheint. Mit bisher nicht gekannter Dynamik ergänzten sich unterschiedliche Modernisierungstendenzen, deren Auswirkungen und Folgen unsere Gegenwart nach wie vor zu einem großen Teil prägen. Diese Entwicklung, diese Pluralisierung, konnte, und das war ihre Voraussetzung, auf der Stabilität der 50er Jahre aufbauen, darauf, dass die Institutionen sicher und funktionsfähig waren. Nun gewannen – häufig als Konsequenz innenpolitischer Konflikte, Affären, neuer Erfahrungen und deren Verarbeitung – politische und gesellschaftliche Liberalisierungstendenzen in der Bundesrepublik an Gewicht. Innere Demokratisierung, der Wandel überkommener Wertorientierungen, Lebensstile und Mentalitäten im Generationenwechsel und -konflikt, eine Gesellschaft, die lernte, aber auch neue Fehler beging: All diese Aspekte bündeln sich in dem viel zitierten Wort einer „Gesellschaft im Aufbruch“<sup>14</sup>.

Der Veränderungswille ging mit einem nicht zu leugnenden Reformdruck einher, der sich im Wesentlichen aus fünf Entwicklungen ergab:

- dem Babyboom und der Bildungsexpansion,
- der Anwerbung von Gastarbeitern,
- den ersten ökonomischen Wachstumsstörungen,
- der Notstandsgesetzgebung, der Außerparlamentarischen Opposition und der 68-Bewegung, und last but not least
- der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

Auf dem Feld der Außen- und Deutschlandpolitik fallen die Veränderungen zwischen 1961 und 1973 besonders stark ins Auge<sup>15</sup>. Die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter dem Bundeskanzler Willy Brandt seit 1969 war ebenso heftig umstritten wie Konrad Adenauers Westpolitik zu Beginn der 50er Jahre. Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn und Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit bei gleichzeitiger Wahrung der Einheit der Nation – dieses politische Ziel trieb nicht nur leidenschaftliche politische Kontroversen, dramatische Entscheidungen, sondern auch neue Identitätsdebatten hervor.

Die Ursprünge der Neuen Ostpolitik sind nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 zu suchen, der auf die Deutschen wie ein Schock wirkte. Berlin-Krise, Mauerbau und Kuba-Krise veränderten den Kalten Krieg, seine Hochphase flaute ab und mündete in eine Entspannungsperiode zwischen den Supermächten. Und dieser Gezeitenwechsel brachte die ungelöste deutsche Frage wieder auf das Spielfeld.

## Epochenwechsel

Der Ära der neuen Dynamik folgte seit 1973/74 ein Epochwechsel. Es begann die Periode der langfristigen Schwierigkeiten<sup>16</sup>. Der Ölpreisschock Ende des Jahres 1973 veränderte überall im Westen das politische, ökonomische und allgemeine gesellschaftliche Klima. In sämtlichen Industriestaaten ging angesichts der bis dahin größten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg dem zum Teil sehr ehrgeizigen Reformvorhaben das Geld aus. Das „Goldene Zeitalter“ war zu Ende. Neue, bisher ungeahnte Probleme tauchten auf. Da die Reformpolitik in der Bundesrepublik im Wesentlichen über die Steigerung des Preises der Ware Arbeitskraft finanziert wurde, trug sie zur Verschärfung der aufkommenden struktu-

rellen Massenarbeitslosigkeit bei. Insofern hat sie ihre Prämisse – die Vollbeschäftigung als Vorbedingung für die wohlfahrtsstaatliche Politik zu wahren – selbst zerstört. Dass daraus gravierende Folgeprobleme resultierten, liegt auf der Hand.

Es entwickelte sich ein ganz neues Bewusstsein für die „Grenzen des Wachstums“, ein banges Gefühl, dass die optimistischen Zukunftserwartungen zerbröseln könnten. „Ende der Fahnenstange“ und „Erschöpfung der Ressourcen“ stiegen zu Schlagworten des Jahrzehnts auf. Die bereits angeschlagene Weltwirtschaft geriet in die tiefste Rezession der Nachkriegszeit. Schon bestehende Interdependenzen und die insgesamt kritische Lage der Weltökonomie förderten Verflechtungen – der globale Markt erfuhr eine neue Dynamik. Europa schien zunächst ins Hintertreffen zu geraten, das Wort von der „Eurosklerose“, einer europäischen Lähmung, machte die Runde, während die „Tigerstaaten“ in Asien, etwa Singapur, offenbar zum Sprung ansetzten. Doch seit Mitte der 80er Jahre wendete sich das Blatt. Ein neuer europäischer Schwung – den nicht zuletzt die Bundesregierung antrieb – basierte auf dem Projekt des europäischen Binnenmarkts. Das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts ist somit durch einen internationalen Strukturwandel gekennzeichnet.

Angesichts der ersten und der zweiten Ölpreiskrise, die nach der islamischen Revolution im Iran 1979 ausgelöst wurde, angesichts von Rezession und Arbeitslosigkeit sowie der Bedrohung durch den mörderischen Links-Terrorismus der „Roten Armee Fraktion“ standen seit dem Rücktritt Willy Brandts als Bundeskanzler im Frühjahr 1974 nicht mehr Utopien und langfristige Zielvorgaben im Zentrum bundesdeutscher Politik, sondern Pragmatismus und Krisenmanagement. Statt Ausbau des Sozialstaats gab es nun Einschränkungen und Kürzungen. Eine Austeritätsepoche brach an: „Thatcherismus – benannt nach der konservativen englischen Premierministerin Margret Thatcher – und „Reagonomics“ – benannt nach dem republikanischen Präsidenten der USA Ronald Reagan – lauteten die neuen, neoliberalen Zauberformeln. Sie fanden in der Bundesrepublik jedoch nur gemäÙigte Nachahmung.

Seit der Mitte der 1970er Jahre machte sich eine gesellschaftliche, auch kulturelle „Tendenzwen-

de“ in Deutschland deutlich bemerkbar. Aufgrund der allgemeinen Verunsicherung setzten neue gesellschaftliche Suchbewegungen ein; sie betrafen Fragen nach der Zukunft des Sozialstaats ebenso wie Fragen nach Sinn, Identität und Lebensqualität in einer sich rasch verändernden, risikoreichen Zeit. Neue soziale Bewegungen erhielten Zulauf<sup>17</sup>. Besonders die Ökologiebewegung wuchs angesichts internationaler Umweltkatastrophen mächtig an, aber auch die Frauenbewegung und seit Anfang der 80er Jahre die Friedensbewegung. An vielen Orten und Ansatzpunkten entfalteten unzählige Bürgerinitiativen ihre Aktivitäten. Die bestehenden politischen Institutionen der Bundesrepublik erwiesen sich nach wie vor als stabil – sie waren viel gefestigter als in den anderen westlichen Industriestaaten –, doch verloren sie an exklusiver Bindungskraft.

Stürmische Veränderungen im Weltmaßstab erfassten die Gesellschaft und die Sozialkultur. Mikroelektronik, Massenkommunikationsmittel, Medialisierung vieler Lebensbereiche, dann Gentechnik und Biotechnologie führten zu neuen Stufen der industriellen Revolution. Hinzu trat ein weiterer „Megatrend“: Anhaltende soziale Differenzierungen und demografische Entwicklungen – berufliche Mobilität, Einwanderung, Verlängerung des Lebensalters, Rückgang der Geburtenraten – brachten gewachsene Sozialstrukturen in Bewegung<sup>18</sup>.

## Von Bonn nach Berlin

Wie ein erratischer Block ragt die Rückkehr der Nation in die allgemeine Entwicklungstendenz dieser Zeit hinein. Denn seit den 70er Jahren hatte sich die Bedeutung von Territorialität und Nationalstaat zugunsten von regionalen, europäischen und globalen Tendenzen reduziert. Außenpolitisch wird die Ära zwischen 1974 und 1989 einerseits umgrenzt vom Abflauen der Entspannungspolitik, der Anfang der 80er Jahre eine neue Eiszeit folgte; und andererseits vom Untergang des Kommunismus, von der Revolution des Staatensystems und der deutschen Wiedervereinigung seit 1989. Damit, mit der Wiedervereinigung und dem Kollaps des Ostblocks, gelangte ein ganzes Zeitalter zum Abschluss: die seit 1917 bestehende Epoche der Zweiteilung der Welt.

Wenige Jahre zuvor lag der sang- und klanglose Einsturz kommunistischer Diktaturen noch außerhalb jedes Vorstellungshorizonts. Dann stand plötzlich die Chance nationaler Einheit vor der Tür. Am Vorabend der „unverhofften Einheit“<sup>19</sup> schien es vielen, als habe sich die Bundesrepublik Deutschland nach 40 Jahren selbst anerkannt. Die Selbstzufriedenheit und die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik wurden 1990 allerdings zum Problem: Man dachte, die deutsche Einheit aus der Portokasse bezahlen und im Handumdrehen blühende Landschaften schaffen zu können<sup>20</sup>. Verzichtet wurde auf einen nationalen Blut-Schweiß- und-Tränen-Appell. Die Deutschen hatten mehr Glück als Vaterlandsliebe. Die Folgen erkennen wir heute.

Das Grundgesetz hat sich bei der deutschen Wiedervereinigung 1990 bewährt. Die hohe Wertschätzung der heutigen Bundesrepublik Deutschland in der Welt ist auch ein Resultat einer Hochachtung deutschen Rechts. Es ist paradox: Das Grundgesetz scheint in der Welt oft mehr geschätzt zu werden als bei uns zu Hause. Seine Väter und Mütter wünschten sich Deutschland als eine intensiv in die

internationale Ordnung eingebundene Demokratie. Eine der bemerkenswertesten Erfolgsgeschichten nach 1945 ist die europäische Integration<sup>21</sup>; die Deutschen haben am meisten Profit daraus gezogen. Deshalb ist es nicht klug, Grundgesetzpatrioten gegen Europapatrioten auszuspielen. Nach dem Vertrag von Maastricht 1992 ist Europa nicht mehr eine unsichtbare Nebenordnung, sondern ragt mit Macht in nationale Belange hinein. Der viel beklagte „Brüsseler Superstaat“ wird die bundesdeutsche Demokratie nicht marginalisieren. Aber die Grundrechte des Grundgesetzes können sich zu einer Art Reserveverfassung entwickeln für den nicht ganz unwahrscheinlichen Fall, dass grundrechtliche Kontrolle bei multilateralen Arrangements ins Hintertreffen gerät.

1989 war eine erfolgreiche Revolution, ein dramatischer Prozess der Selbstbefreiung. Die DDR darf nicht verharmlost werden, sie war ein Unrechtsstaat – Krippenplätze sind kein Maßstab zur Bewertung einer Diktatur, sondern Repression, Schießbefehl und politische Justiz. Die ostdeutsche Geschichte ist außerdem kein Eigentum der Ostdeutschen. Viele Ostdeutsche wie Westdeut-



Wahlkampf in Dresden vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990.

Bundesarchiv, Bild 183-1990-0214-026 (Häßler)

sche pflegen gegenwärtig die Nostalgie ihrer vormaligen Eigenstaatlichkeit. Es ist regelrecht deprimierend, wenn auch 20 Jahre nach dem Mauerfall die kleinen realsozialistischen Nettigkeiten oder die Polikliniken oder das stille Glück im privaten Winkel gegen den Zwangscharakter der Diktatur, gegen Mauer und Stacheldraht ins Feld geführt werden. Humane Alltagsaushilfen können nicht als Zeugen gegen die Inhumanität des Systems bemüht werden.

Auch heute ist die Bundesrepublik eine reformfähige Wohlstandsgesellschaft wie nur wenige in der Welt. In schwierigen Zeiten hat sie und haben die Deutschen bisher nach innen wie nach außen die Balance gewahrt. Reformen beruhen auf Vertrauen. Es gab und gibt eine Politik des „mittleren Weges“<sup>22</sup>. Die Staatstätigkeit der Bundesrepublik und ihre Politikresultate, insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, unterscheiden sich nach wie vor von denjenigen anderer Industriestaaten. Und zwar dadurch, dass sie sich zwischen zwei Polen bewegen – zwischen dem nordeuropäischen Wohlfahrtskapitalismus und dem nordamerikanischen marktorientierten Kapitalismus.

## Ausblick

Die neue Bundesrepublik gewinnt somit insgesamt keineswegs mehr Ähnlichkeiten mit den Gesellschaften des Deutschen Kaiserreichs oder der Weimarer Republik, die von scharfen Bruchlinien und unversöhnlichen Konflikten durchzogen waren, dafür ist die Prägekraft des Bonner Modells insgesamt zu stark – aber sie hat sich den anderen großen westeuropäischen Demokratien, Großbritannien, Frankreich, Italien, angeglichen, die im Inneren weniger gleichförmig und ausbalanciert strukturiert sind. Im Vergleich mit diesen hat die heutige Bundesrepublik jene Anomalie verloren, die die Bonner Republik noch besaß. Diese Annäherung an die „Normalität“ anderer demokratisch gefestigter Länder ist keineswegs bedenklich, sie ist nur neu.

Fünf Dimensionen bereiten heute Sorgen: Erstens ist der föderative Zusammenhalt der Bundesrepublik problematischer geworden. Allerdings war eine wirkliche Föderalismusreform ein Dauerthema in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung.

Zweitens öffnet sich das Parteiensystem, weshalb das Wahlverhalten unberechenbarer wird. Aber das hatten wir mit der Entstehung der Grünen auch schon. Damit zusammen hängt drittens, dass Volksparteien und Koalitionsmuster an Verbindlichkeit verlieren. Viertens geht die sprichwörtliche Konsensorientierung verloren und macht einer medialen Konfrontation Platz. Ob dies allerdings nur negative Folgen hat, bleibt abzuwarten – auch nach 1949 standen sich Regierung und Opposition in klarer Alternative schroff gegenüber. Alles bündelt sich fünftens in einer zunehmenden politischen Unzufriedenheit. Die Unterstützung der demokratischen Ordnung lässt nach und nähert sich den geringeren europäischen Werten an<sup>23</sup>. Wenn es nicht beschwichtigend klänge, könnte man auch hier sagen: Die Deutschen sind „normaler“ geworden. Kurz und kritischer ausgedrückt: Die demokratischen Perspektiven werden riskanter.

Skeptiker meinen bereits wieder, dass die Bundesrepublik eine Schönwetterdemokratie sei, die ihre Zustimmung zur demokratischen Lebensform von der Effizienz von Markt und Staat abhängig macht. Dies war die Dauerprognose seit 1949; sie ist noch nie eingetroffen. Immer im Verlauf der Bundesrepublik wurde deutlich, dass die Deutschen nur dann zu Reformen bereit waren, wenn ihre Notwendigkeit vorher klar und deutlich beschrieben wurde. Demokratie braucht Vordenker, auch Vorprovozierer, sie muss Ambivalenzen ertragen, auch herausfordern. Demokratie und Wirtschaft benötigen Menschen, an denen sich die Gesellschaft orientieren kann. Dass allerdings Teilen der (wirtschaftlichen) Eliten kein Vertrauen mehr entgegengebracht wird, ist neu und bedrohlich für die Demokratie.

Historiker tun gut daran, mit Prognosen vorsichtig zu sein. Wer glaubt, zu wissen, wie sich der Lauf der Dinge entwickeln wird, bereitet schon den nächsten Irrtum vor. Aber wenn man sich Deutschland im Jahr 1945 vor Augen führt – ein Paria in der Weltgemeinschaft aufgrund der nationalsozialistischen Verbrechenspolitik – und wenn man bedenkt, dass das Land eine vierzigjährige Teilung überstanden hat, dann nehmen sich heutige Probleme nicht mehr ganz so gewaltig aus. Umfragen zeigen, dass die Deutschen durchaus mit einem Gefühl der Dankbarkeit zurückblicken.

Aber Menschen leben nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart und wollen eine Option für die Zukunft. „Wir haben Glück gehabt“: Das ist kein Wechsel auf die Zukunft. Der Erfahrungsraum muss mit dem Erwartungshorizont zusammengebracht werden. Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive verbinden sich. Insofern ist Geschichte immer auch Gegenwart und Zukunft. Jedes Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts gedeutet. Ohne historische

Erfahrung kommt eine Gesellschaft nicht aus. Geschichte zeigt uns nämlich, woher wir kommen – sie zeigt uns aber auch, was wir nicht mehr sind.

*Edgar Wolfrum*

---

Edgar Wolfrum (Jg. 1960), Dr. phil., Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg, Studium in Freiburg i.Br. und Salamanca, Promotion 1990, Habilitation 1999, Stipendien des DAAD und der DFG, Vertretungs- und Gastprofessuren in Innsbruck und Mannheim

### Anmerkungen

- 1) Die Anmerkungen werden im Folgenden nur auf neueste Arbeiten und das Allernotwendigste beschränkt. Zum Grundgesetz: Christoph Möllers: Das Grundgesetz. Geschichte und Inhalt. München 2009; Christian Bommaris: Das Grundgesetz. Eine Biographie. Berlin 2009
- 2) Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen. München 1966
- 3) Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 3. Aufl. 2007
- 4) Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2009
- 5) Sabine Bode: Die deutsche Krankheit – German Angst. Stuttgart 2006.
- 6) Stefan Aust/Claus Richter/Gabor Steingart: Der Fall Deutschlands: Abstieg eines Superstars. München 5. Aufl. 2005
- 7) Hans-Peter Bartels: Die guten Deutschen. In: Berliner Republik 2, 2009, S. 43
- 8) Werner Abelshaus: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004
- 9) Hans Günter Hockerts (Hrsg.): Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 76). München 1998; Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit: Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009
- 10) Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5. Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949–1990. München 2008
- 11) Norbert Frei: 1945 und wir. Das dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen. München 2009
- 12) Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart/München 2001
- 13) Heinrich August Winkler: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 4. Aufl. 2005; Ders.: Der lange Weg nach Westen, Bd. 2. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung. München 6. Aufl. 2005
- 14) Hermann Korte: Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren. Frankfurt/Main 1987; Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): Dynamische Zeiten: Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 37). Hamburg 2. Aufl. 2003
- 15) Christian Hacke: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Berlin 2. Aufl. 2004
- 16) Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2008
- 17) Dieter Rucht/Roland Roth (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main 2008
- 18) Andreas Rödder: Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 19 a). München 2004; Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium 1982–1990 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6). München 2006; Thomas Raithe/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.): Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernr.). München 2009
- 19) Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit. 1989–1990 (Edition Suhrkamp, Bd. 1877). Frankfurt/Main 1995
- 20) Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009; Gerhard A. Ritter: Der Preis der Deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats. München 2006; Peter Bender: Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990. München 2009
- 21) Hartmut Kaelble: Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union. Stuttgart 2001
- 22) Manfred G. Schmidt: Die Politik des mittleren Weges. Besonderheiten der Staatstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 9/10, 1990, S. 23–31; Ders.: Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder (Beck'sche Reihe, Bd. 2371). München 2. Aufl. 2007
- 23) Claus Leggewie: Veröstlichung oder: Vom Zäsur- zum Differenzbewusstsein. In: Eckhard Jesse/Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Neues Deutschland. Eine Bilanz der deutschen Wiedervereinigung (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Bd. 24). Baden-Baden 2008, S. 15–25

## ARGUS – die Entwicklung der archivischen Rechercheplattform und Erfahrungen mit ihrer Nutzung

Seit Februar 2009 bietet ARGUS – **AR**chiv**GÜ**t-Suche – auf den Internetseiten des Bundesarchivs einen übergreifenden Zugang zu Beständeübersicht und Online-Findbüchern an. Die Anwendung führt die auf unterschiedlichen Wegen erstellten Findmittel samt digitaler Reproduktionen in einer gemeinsamen Präsentation zusammen. Sie enthält Exporte aus der BASYS-Datenbank genauso wie mit MidosaXML bearbeitete Erschließungen einschließlich der als Online-Findbücher aufbereiteten Ergebnisse aus der Retrokonversion. Im folgenden Beitrag sollen die Motive für die Entwicklung von ARGUS zusammengefasst und Erfahrungen mit der Nutzung dargestellt werden.

### Der Aufbau einer Findbücher übergreifenden Recherche

ARGUS baut auf den Entwicklungen für eine übergreifende Recherche in Online-Findbüchern auf, die als MidosaSEARCH seit April 2005 auf der Webseite des Bundesarchivs für die Bestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR nutzbar war. Sie war aus dem Wunsch entstanden, die dem jährlich tagenden Kuratorium auf CD überreichten neuen Findbücher in eine übergreifende Recherche im Internet zu integrieren. In der daraufhin aufgebauten Anwendung waren bis Ende 2008 die Beständeübersicht der Stiftung sowie 250 Online-Findbücher und 38 Schriftenverzeichnisse mit 280.000 recherchierbaren Einheiten einsehbar. Die Online-Präsentation erlebte einen Zuwachs der Zugriffszahlen von 120 Prozent pro Jahr.

Die neue Suchmaschine erleichterte und verbesserte die internen und externen Recherchen und trug dazu bei, den Aufwand bei schriftlichen Anfragen zu vermindern. Immer mehr Nutzer ließen erkennen, dass sie vor einem Besuch im Bundesarchiv oder vor einer Anfrage MidosaSEARCH konsultiert hatten.

Auf Grund der positiven Erfahrungen mit der neuen Suchmaschine verständigte sich im Früh-

sommer 2005 eine Bundesarchiv übergreifende Arbeitsgruppe zur Vereinheitlichung des Internetangebots darauf, künftig für die Bereitstellung von Erschließungsinformationen im Internet das optimierte Werkzeug MidosaSEARCH einzusetzen. Die Abteilungsleiterkonferenz vom 21. Juni 2005 sprach sich ergänzend dafür aus, in BASYS entsprechende Schnittstellen zu schaffen. Bis zum Herbst 2006 wurde die Weiterentwicklung von MidosaSEARCH mit dem Ziel der Verbesserung der Suchfunktionalitäten und der Trefferdarstellung sowie der Gestaltung der Oberfläche und der Benutzerführung konzeptionell vorbereitet. Außerdem wurden Lösungen für den Datenexport aus BASYS erörtert.

Auf dieser Grundlage wurde die Ausweitung der Kapazität der Suchmaschine auf 6.500 Beständebeschreibungen und 1.000 Findbücher mit bis zu 1,5 Millionen Verzeichnungseinheiten unter Anpassung und weiterer Erhöhung der Suchgeschwindigkeit sowie der Nutzung weiterer technischer Maßnahmen im Hintergrund in Auftrag gegeben. So konnte der Zeit- und Speicheraufwand durch die Verwendung einer inkrementellen Indexierung reduziert werden.

In diesem Zuge wurden außerdem die Einstiegsseite angepasst und die Filterfunktion ausgebaut. Die Suche konnte nun mit den Optionen „eines dieser Wörter“, „alle Begriffe“, „dieser Ausdruck“ eingeschränkt oder mit den Optionen: „Suche über alles“, „alle Findbücher“ und „nur Beständeübersicht“ auf einen der beiden Findmitteltypen eingegrenzt werden. Außerdem wurden Filter für die Suche nach Signaturen und nach der Laufzeit bereitgestellt.

Eine besondere Funktion wurde mit der eingebetteten Suche mit einem neuen Suchbegriff über jeweils ein gerade geöffnetes Findbuch entwickelt. Sie kann ebenso wie die Navigation in der Gliederung beliebig oft genutzt werden, ohne dabei die übergreifende Suche zu verlassen. Schließlich wurde die Auswahl von Findbüchern für die übergreifende Suche sowie das Öffnen von Find-

büchern aus der Beständeübersicht heraus weiterentwickelt.

### **Die Einbindung von Findbüchern aus der Retrokonversion und von digitalisierten Beständen**

Mit der Einbindung bisher nur maschinenschriftlich vorliegender, mit handschriftlichen Änderungen versehener oder ganz handschriftlicher Findbücher, Listen oder Karteien in die Präsentation wurde die kritische Masse erreicht, bei der die bestandsübergreifende Recherche ihren vollen Nutzen zeigen kann. Heute ist die größte Zahl der vorliegenden und vielfach aus aufgelösten Einrichtungen stammenden Findmittel in digitaler Form vorhanden. Seit 2004 wurden im Rahmen zweier Retrokonversionsprojekte der Stiftung Erschließungsangaben zu insgesamt rund 220.000 Verzeichnungseinheiten in digitaler Form vorgelegt, die zügig für das Internet vorbereitet werden. Die dabei gewonnenen Erfahrungen wurden für die folgende Retrokonversion von Findmitteln aller Abteilungen des Bundesarchivs genutzt. Im Oktober 2005 wurde zur Koordinierung der erforderlichen Vorbereitungsarbeiten und der Qualitätskontrolle das Kompetenzzentrum für Retrokonversion eingerichtet.

Mit dem Kompetenzzentrum für Retrokonversion hat sich das Bundesarchiv im Jahr 2008 am bundesweiten Pilotprojekt der Archivschule Marburg zur Entwicklung von Arbeitsabläufen bei der Durchführung von DFG-geförderten Retrokonversionsmaßnahmen beteiligt und erhielt Mittel für die Retrokonversion von drei Findmitteln mit 76.000 Verzeichnungseinheiten. Im November 2008 bewilligte die DFG dem Bundesarchiv eine erneute Unterstützung für die Retrokonversion von weiteren fünf Findmitteln mit 69.000 Verzeichnungseinheiten, die bis Mai 2009 fertig gestellt war.

Mithilfe der Retrokonversion sind im Bundesarchiv bisher die Erschließungsangaben zu über 1,3 Millionen Verzeichnungseinheiten aus 213 Findmitteln in digitale Form gebracht worden. Viele der Daten, soweit sie nicht direkt in MidosoXML weiterbearbeitet wurden, sind im EAD-Format in BASYS importiert worden. Sie sind zum großen Teil dort bereits aufgearbeitet und in Online-Findbüchern im Internet zugänglich.

Parallel wurden zusätzlich die Verfahren für die Onlinestellung von digitalisiertem Archivgut innerhalb der Findbücher ausgebaut. Die Stiftung verfügte bereits seit mehreren Jahren über große Mengen von digitalen Reproduktionen aus ihren Beständen, die aus der Kooperation mit einem Verlag stammten. Er publizierte die Mikrofiches der zentralen Bestände der SED für große Bibliotheken und legte gleichzeitig Wert auf das Recht zur Digitalisierung der Aufnahmen, wobei er der Stiftung unter Vorbehalt einer dreijährigen Exklusivnutzung die Digitalisate zur eigenen Nutzung überließ.

Im Projekt <daofind> wurde mit Förderung durch die Andrew-W.-Mellon-Stiftung ein eigenes, archaisches Präsentationsmodell entwickelt, das mit den MEX-Werkzeugen am archaischen Arbeitsplatz erstellt und in die Online-Findbücher eingebunden werden kann. Damit werden nun sukzessive Online-Findbücher mit Reproduktionen angereichert. Neben acht Beständen der Stiftung stehen so inzwischen in Online-Findbücher eingebunden die Protokolle des Nationalen Verteidigungsrates der DDR (MA), die vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt zusätzlich in eine thematische Präsentation einbezogen wurden, sowie Akten des Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg (R), die beim NS-Kunstraub entstanden sind, zur Einsichtnahme bereit.

Zur Ergänzung der Präsentation von digitalen Reproduktionen ist zudem die Funktion einer Suche in den Aktenseiten vorhanden. Dazu werden die aus dem jeweiligen Bild in ein Textformat übertragenen Aufzeichnungen ebenfalls eingebunden. Die Texte werden jedoch nicht angezeigt, sondern im Hintergrund für die Suche und Auswahl der anzuzeigenden Seite verwendet. Die Funktion für die Suche über alle Aktenseiten eines Bandes wird in dem Moment aktiviert, in dem die digitalen Texte zusammen mit den bildlichen Reproduktionen für die Suchmaschine bereitgestellt werden.

### **Die Weiterentwicklung zur Suchmaschine ARGUS**

Ab September 2008 wurde mit der erweiterten Anwendung von MidosoSEARCH eine Testinstallation als Entwicklungsumgebung aufgebaut, in die zu den Findbüchern der Stiftung

gemeinsam mit dem zuständigen Referat G 1 über 800 aus BASYS exportierte Findbücher integriert wurden. Anhand dieser Testinstallation wurde besprochen und festgelegt, welcher eventuelle Entwicklungsbedarf noch vorhanden war, um u. a. die Einbindung von EAD zu realisieren. Dazu wurde ein EAD-Profil für das Bundesarchiv definiert, das seitdem sowohl für MidosaXML und MEX, wie für den Export der Daten aus BASYS verwendet wird.

Um den Referaten das selbständige Hochladen ihrer Findbücher in die Präsentation zu vereinfachen, wurde ein spezieller, über das Internet erreichbarer Zugang entwickelt, der die Daten zunächst nach verschiedenen Kriterien prüft und in eine interne Installation einbindet, wo die Präsentation getestet werden kann. Von dort aus wird die im Internet zugängliche Installation aktualisiert. Während des Prozesses wird eine Liste angezeigt, in der erkennbar ist, welche Findbücher bereits hochgeladen sind und wie ihr Verarbeitungsstatus ist. Eine Löschfunktion erlaubt es, Findbücher aus der Suchmaschine zu entfernen oder durch neue Versionen zu ersetzen. Eine gruppenweise Integration mehrerer Findbücher ist ebenfalls möglich.

Ende Juni 2009 ist die Zahl der Online-Findbücher auf rund 1.600 mit 1,4 Millionen Verzeichnungseinheiten und 253.000 digitalisierten Aktenseiten angestiegen. Die Zugriffszahlen liegen in den ersten sechs Monaten bereits bei 200 Prozent der Aufrufe, die bei der Vorläuferinstallation in der Stiftung im gesamten letzten Jahr gezählt wurden.

ARGUS hat das Ziel, Online-Findbücher für übergreifende Recherchen im Internet unabhängig von Zeit und Ort bereitstellen zu können. Seine Vorläuferinstallation MidosaSEARCH ließ als eine Art realer Prototyp praktisch erproben, wie Strukturen und Volltextsuche gemeinsam verwendet werden können, ohne Gegensätze sein zu müssen. In ARGUS sind die Strukturen als Rahmen aller Aktionen ständig präsent, auch dann, wenn man sie nicht ausdrücklich benutzt, wie etwa bei der Suche. Sie können mit den elektronischen Mitteln präsentiert und in diesem Medium sogar sehr gut für die Recherche in Archivgut eingesetzt werden. Das Internet mit seinen vielfältigen Verknüpfungsmöglichkeiten bietet eine ideale Vorausset-

zung zur Abbildung und Nutzung von Strukturen. Ihre Verwendbarkeit für die Archivgutrecherche wurde mit MidosaSEARCH praktisch realisiert, und sie stehen nun in ARGUS für die Bestände des Bundesarchivs zur Verfügung.

Für das Konzept und die Entwicklung von Verbundfindmitteln mit der Zielvorstellung einer Bestände übergreifenden Recherche innerhalb der strukturierenden Kontexte des Archivguts gab es kein Vorbild. Deshalb musste bei der Entwicklung Vieles neu konzipiert werden. Es bleibt Verbesserungsbedarf im Detail – wie das bei einer derart komplexen Anwendung nicht anders zu erwarten ist –, doch das Prinzip der navigierenden Recherche in Erschließungsangaben bewährt sich auch und erneut in der elektronischen Umgebung und im Internet.

## Grundsätze für die Entwicklung von ARGUS

ARGUS beruht auf einigen Grundsätzen, die von der Entstehung von MidosaSEARCH an bis heute Leitlinie sind und die für zukünftige Weiterentwicklungen eine konsistente Perspektive geben:

- Die Nutzung soll mindestens ähnlich einfach und intuitiv sein wie die Nutzung gedruckter Findbücher. Dafür sollten möglichst wenig verbale Bedienungshinweise erforderlich sein. Sie sollen durch das Layout der Seiten und durch Symbole oder anklickende Knöpfe ersetzt werden. Die textliche Darstellung sollte sich nach Möglichkeit auf die Erschließungsangaben beschränken.
- Die Wirkung jeder angebotenen Aktion soll vorhersehbar und notfalls wieder rückgängig zu machen sein. Deshalb bleibt etwa die Liste der Resultate einer Suche in einem eigenen Fenster offen und steht weiterhin bereit, nachdem mit Klick auf eines der Resultate das entsprechende Findbuch geöffnet wurde. Ebenso öffnet sich die Gesamtansicht der Gliederung in einem überlagernden Fenster, und ein Klick auf eine der Überschriften fokussiert das Findbuch an dieser Stelle. Aus diesem Grund wird auch die Anzeige der Fundstelle mit dem Seitenkopf und mit dem Inhaltsverzeichnis im seitlichen Navigationsbaum synchronisiert.

- Die Erschließungsinformationen sollen mit so wenig Klicks wie eben möglich erreichbar sein. So wurde eher in Kauf genommen, dass eine Seite mit einer Gliederungsgruppe länger ist als die Bildschirmdarstellung und eventuell nach oben verschoben werden muss, als dass Teile der Beschreibung hinter einzelnen Klicks verborgen werden.
- Bei jedem einzelnen Schritt sollen alle erforderlichen Kontextinformationen bereitstehen, mit denen die jederzeitige Orientierung sowohl in den Erschließungsangaben als auch in der Präsentation selbst möglich ist. Es soll immer erkennbar sein, wo man sich gerade befindet und welche Optionen an dieser Stelle zur Verfügung stehen. Deshalb öffnen sich die Fundstellen im Findbuch mit dem jeweils aktualisierten Seitenkopf und aufgeklapptem Inhaltsverzeichnis nach dem Anklicken des gefundenen Titels in der Resultatliste.
- Da die Volltextsuche innerhalb der Strukturen einer großen Zahl von Findmitteln erfolgt, wurde die Einstiegsseite für eine qualifizierte Suche mit Filtermöglichkeiten ergänzt. Nach dem Modell der RLG (Research Libraries Group) entwickelt, befindet sich ARGUS mit dieser integrierten Einstiegsseite inzwischen in guter Gesellschaft zahlreicher Archivangebote aus anderen Ländern.
- Ziel der Recherche in ARGUS sind die Verzeichnungseinheiten, die in ihrem Kontext angezeigt werden. Sie werden als Ergebnis einer Suche aufgelistet. Die im Hintergrund verwendete XML-Technik erlaubt es, eine Volltextsuche in den Findbüchern mit einer elementbezogenen Darstellung zu verbinden. Deshalb beginnt die Anzeige der Fundstellen im Kontext immer mit der ersten Zeile des gefundenen Titels und nicht mit der Zeile, in der ein Treffer gefunden wurde oder mit dem ersten Titel der Gliederungsgruppe.
- Schließlich ist es wichtig, dass Benutzer der Internetanzeige über die Relevanz von Treffern selbst entscheiden können. Diese Entscheidung überlässt ARGUS nicht automatisch ablaufenden und schwer nachvollziehbaren Algorithmen. Stattdessen kann man selbst bereits

vor Beginn der Suche den Bereich relevanter Informationen durch eine Auswahl der zu durchsuchenden Bereiche innerhalb der Strukturen selbst festlegen.

- Eine Besonderheit von ARGUS ist es schließlich, dass es vier verschiedene Verfahren zur Ermittlung einschlägigen Archivguts anbietet, die jederzeit für einen beliebigen Wechsel zwischen ihnen zur Verfügung stehen. Diese vier Wege sind erstens die Ermittlung relevanter Bereiche sowie der Einstieg über die Strukturen von der Zusammenschau bis hinunter auf die Ebene der Verzeichnungseinheiten und der zum Teil damit verbundenen Digitalisate. Dazu gehört zweitens die Volltextsuche über alle oder ausgewählte Angaben und drittens das Blättern durch die Findbücher wie im gedruckten Buch. Und das ist viertens, soweit bei der Erschließung erfasst, der Index zu einzelnen Findbüchern.

Diese Grundsätze zielen darauf ab, Benutzern mit ARGUS ein Werkzeug für die Ermittlung von Archivgut für ihre Fragestellung an die Hand zu geben, das sie weitgehend selbstbestimmt nutzen und das ihnen die Kontrolle über das, was geschieht, belässt. ARGUS drängt sich nicht in den Vordergrund. Es ist nicht mehr als ein archivistisches Hilfsmittel, das die Vorbereitung eines Archivbesuchs unterstützt und einen Überblick über die bereitstehenden Bestände bis zu den Details einzelner Einheiten liefert.

ARGUS setzt diese Grundsätze mit einer speziellen inneren Architektur um, die auch im internationalen Vergleich zu anderen Archivangeboten innovativ ist. Sie besteht aus zwei miteinander verknüpften Ebenen. Die obere Ebene wird von der übergreifenden Beständeübersicht gebildet, die jeden Bestand an seinem Platz in der Gesamtstruktur aller Bestände kurz beschreibt. Sie liefert damit auch Beschreibungen der Bestände, zu denen noch keine Online-Findbücher vorliegen, und macht es so möglich, diese Informationen mit in die Recherche einzubeziehen. Darunter sind als weitere Ebene die Online-Findbücher mit den zugehörigen Beständebeschreibungen verknüpft und innerhalb der übergreifenden Beständestruktur, die von der Beständeübersicht vorgegeben wird, angeordnet. Diese Architektur ist Grundlage sowohl für die Auswahl relevanter

## 10 besondere Funktionen von ARGUS:

- Navigationsbaum in Form eines Inhaltsverzeichnisses zum gezielten Aufsuchen einzelner Strukturteile.
- Eigene Auswahl relevanter Bereiche für eine nachfolgende Suche mithilfe der Strukturen von ganzen Tektonikgruppen bis zu einzelnen Findbüchern.
- Blättern durch das geöffnete Findbuch von Gliederungsgruppe zu Gliederungsgruppe.
- Der blaue Balken als Bedienungszentrum für:
  - Blättern durch das Findbuch,
  - Sprung zur nächsten Fundstelle,
  - Anzeige der vollständigen Gliederungsansicht,
  - Aufruf der Beständeübersicht und
  - Indexaufruf.
- Anzeige der Fundstellen von Suchbegriffen im Textzusammenhang mit synchronisierter Anzeige von Kopfzeilen und Navigationsbaum.
- Weiterklicken von Fundstelle zu Fundstelle und Positionierung des gefundenen Titels zu Anfang der Seite mit Highlighting des gefundenen Wortes.
- Eingebettete Suche in einem gefundenen Findbuch unter Beibehaltung der übergeordneten Suche.
- Aufruf und Druck einer Notizseite mit umfassenden Informationen zu einzelnen Titeln einschließlich des Seitenkopfes der Gliederungsgruppe.
- Nutzung des Index mit Positionierung und Öffnen des Findbuchs am Ziel des zugehörigen Verweises.
- Feste Links zu den Findbüchern, die bei Antworten auf Anfragen in e-mails zum direkten Anklicken weitergegeben werden können.

Bereiche für eine anschließende Suche wie für die Anzeige der Resultate in ihren Kontexten. Beide Ebenen, die Beständeübersicht und die Findbücher, sind sowohl einzeln wie kombiniert durchsuchbar.

Mit der ständigen Präsenz der Strukturen in Verbindung mit dieser Architektur legt ARGUS die aus der Herkunft des Archivguts herrührenden Strukturen offen. Es macht die ursprünglichen Zwecke bei der Entstehung der Unterlagen deutlich und liefert damit Erläuterungen zu ihrer Einordnung und zu ihrem Verständnis bei der Auswertung. Damit wurde gleichzeitig der Rahmen für die Bereitstellung von digitalisiertem Archivgut in seinen Kontexten geschaffen. Digitale Reproduktionen präsentieren mit den hier aufgebauten Strukturen einzelne Aktenseiten ebenfalls in ihren Entstehungszusammenhängen. Damit wird das in der Digitalisierungsstrategie des Bundesarchivs vom März 2006 definierte Prinzip der kontextgebundenen Präsentation realisiert.

### Organisation des Erfahrungsaustausches

Die Verantwortlichkeit für die Bereitstellung der Findbücher und ihre Aktualisierung nach Ergänzungen oder Veränderungen liegt jeweils bei Beauftragten der Fachabteilungen. Sie übernehmen die Aufgabe, die Findbücher der eigenen Abteilung für die Integration in ARGUS vorzubereiten und hochzuladen. Wenn Findbuchdaten aus BASYS verwendet werden sollen, gehört dazu auch der Export der Daten, die mithilfe von BASYS-FOX in das EAD-Profil des Bundesarchivs konvertiert und eventuell mit weiteren Bestandteilen, wie der Einleitung, ergänzt werden. Am 22. Januar 2009, also kurz vor der Bereitstellung von ARGUS im Internet, fand ein Workshop mit den ARGUS-Beauftragten der Abteilungen, Vertretern von G 1 und der Stabsstelle statt. Dort wurden die erforderlichen Arbeitsschritte und technischen Abläufe vorgestellt und diskutiert. Außerdem wurden weitere Wünsche für eine Veränderung der Benutzerführung und des Layouts der Startseite angesprochen.

Mit den steigenden Nutzerzahlen einschließlich einer intensiveren internen Nutzung seit der Verfügbarkeit von ARGUS im Internet wurden die

Abteilungsverantwortlichen immer mehr zu Anlaufstellen für die Referate bei speziellen Fragen der Nutzung von ARGUS sowie für technische, inhaltliche und gestalterische Vorschläge neben Fragen zum allgemeinen Ablauf und zur besten Vorbereitung der Online-Findbücher für die Integration.

Am 25. Juni 2009 fand ein zweites Treffen statt, bei dem praktische Erfahrungen mit ARGUS ausgetauscht und weitere Fragen und Vorschläge diskutiert wurden, die in der Zwischenzeit aufgekomen waren. Dabei wurde über die grundlegenden Prinzipien des Aufbaus von ARGUS, seiner Nutzung für die Planung von nationalen und europäischen Portalen und über die in diesem Jahr im Rahmen eines Wartungsvertrages geplanten Anpassungen und Erweiterungen der Suchmaschine informiert. Auf Wunsch der Abteilungsbeauftragten wurden Veranstaltungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Referate vor Ort vorbereitet und angeboten. Diese Treffen dienten dem Erfahrungsaustausch, aus dem viele nützliche Anregungen hervorgingen, die in die weitere Entwicklung einfließen werden. Dabei entstand auch die Idee einer regelmäßigen Einführung in das Onlineangebot des Bundesarchivs für Benutzerinnen und Benutzer im Lichterfelder Lesesaal, die mit großem Interesse aufgenommen wurde. Dieses Angebot soll an einem festen Termin monatlich wiederholt werden.

Die Planungen für die Weiterentwicklung von ARGUS in der nächsten Zeit umfassen nach heutigem Stand Funktionen für die Ausgabe von PDF-Druckvorlagen für ganze Findbücher oder wählbare Abschnitte. In weiteren Schritten könnte eine serverseitige Sitzungsverwaltung aufgebaut werden, die eine Reihe von personalisierten Diensten, etwa eine Merkliste oder eine Auswahl größerer Bereiche mit mehr als 100 Findbüchern für eine nachfolgende Suche möglich macht. Außerdem wird überlegt, Funktionen, die für das Verbundfindmittel im Netzwerk entwickelt wurden, wie die Zwischenüberschriften in der Resultatliste, ein Hinweissfeld auf der Einstiegsseite und die Anzeige der übergreifenden Strukturen neben dem Suchschlitz zu übernehmen.

## ARGUS in Kooperationsprojekten

Als ein Werkzeug zur Bestände übergreifenden Recherche bietet ARGUS sich für den Aufbau von Verbundfindmitteln mehrerer Archive an. Für archivübergreifende Portale liegt es nahe, die im Bundesarchiv genutzte Architektur dreischichtig auszubauen. Über der vorhandenen Ebene mit der Beständeübersicht entsteht dabei die dritte Ebene mit der Archivlandschaft, in der die Archive selbst in einer gemeinsamen Struktur nach Sparten oder Regionen präsentiert werden, von wo aus die jeweilige Beständeübersicht aufgerufen und für die übergreifende Suche ausgewählt werden kann. Mit dieser Architektur findet jedes Archiv, jeder Bestand und jede Akte einen eindeutig zuzuordnenden Platz, der zudem noch Informationen über diesen Platz im Zusammenhang des Umfeldes mitliefert.

In dieser Weise wurde für das Portal „Netzwerk SED-/FDGB-Archivgut“ aufbauend auf den vorliegenden Entwicklungen von Midosasearch und seiner Anwendung im Netzwerk eine dreistufige Installation errichtet, in der einzelne oder mehrere der repräsentierten Archive und einzelne oder mehrere ihrer Bestände mit zugehörigen Findbüchern für eine übergreifende Suche ausgewählt werden können. Dabei ist gleichzeitig mit dem Rechercheinstrument ein Instrument für einen Überblick über die Partei- und Gewerkschaftsbestände der Staats- und Landesarchive der neuen Bundesländer sowie Berlins entstanden, das die früher vorhandenen zentralen und regionalen Organisationsstrukturen anzeigt.

Im Netzwerk wurden die vorhandenen MEX-Werkzeuge unter dem Namen MIDEX um Konversionsfunktionen erweitert und an die beteiligten Archive weitergegeben. Mit ihnen werden die Daten vor Ort von den Ausgangsformaten verschiedener Archivanwendungen in das Zielformat für das Verbundfindmittel umformatiert. Falls das Bundesarchiv in die Lage versetzt wird, das Portal für das SED-/FDGB-Archivgut zu einem deutschen Archivportal weiter zu entwickeln, wird es dazu die gleiche Architektur für eine Skalierung auf größere Mengen von Erschließungsangaben, höhere Nutzerzahlen sowie eine größere Heterogenität der Inhalte ausbauen. Ähnliches wird aktuell im Projekt APENet für den Aufbau eines eu-

ropäischen Archivportals diskutiert. Dort hat das Bundesarchiv die Leitung der Arbeitsgruppe, die das logische Modell des Portals entwickelt, übernommen.

Die Erfahrungen mit einer archivspezifischen Rechercheplattform werden ebenfalls in die Diskussionen um den Aufbau der Deutschen Digitalen Bibliothek wie der Europeana eingebracht, die beide den Anspruch haben, digitale Reproduktionen von Archivgut in gemeinsame Präsentationen mit digitalisiertem Bibliotheksgut und digitalen Abbildungen von Museumsgegenständen sowie weiterem Kulturgut zu integrieren.

Hilfreich für diese Kooperationen ist die Tatsache, dass ARGUS mit den internationalen Fachstandards arbeitet. Die Beständeübersicht wie die Findbücher sind nach EAD (Encoded Archival Description) formatiert und können deshalb in den internationalen Austausch eingebracht werden. Die Integration der Digitalisate erfolgt mit dem internationalen Standard METS (Metadata Encoding and Transmission Standard), der es ermöglicht, aus allen Digitalisaten eines Aktenstücks ein digitales Objekt zu erstellen und dessen interne Struktur für die Präsentation zu nutzen. Im Verbundfindmittel des Netzwerks werden außerdem EAC (Encoding Archival Context) für Informationen über Herkunftsstellen sowie EAG (Encoded Archival Guide) mit Angaben zur Archiveinrichtung, ihren Öffnungszeiten und Adressen genutzt. Sowohl Findbücher wie Beständeübersichten und auch die oberste Ebene, die Archivlandschaft, sind in EAD kodiert, wobei die Datei der Archiv-

landschaft auf die Struktur und die Links zu der Beständeübersicht und den Archivinformationen reduziert ist. Zu diesen Standards gibt es, soweit es die jeweils beschriebenen Einheiten betrifft, standardisierte Wege für den Datenaustausch mit der Standardfamilie um ISAD(G) (International Standard for Archival Description – General), die vom internationalen Archivrat (ICA – International Council on Archives) weiterentwickelt und gepflegt wird.

Obwohl erst kurz in Betrieb hat ARGUS bereits eine lange Entwicklung hinter sich. Durch die mehrjährige Nutzung von MidosaSEARCH für die Stiftung konnten schon zahlreiche Erfahrungen mit dem Betrieb in die neue Anwendung einfließen. Auch sind viele Wünsche und Anregungen in kleineren und größeren Änderungen umgesetzt worden. Beim weiteren Einsatz werden sich neue Anforderungen ergeben. Modernisierungen in der zugrunde liegenden Technik werden dort genutzt werden, wo sie die angebotenen Funktionen weiter verbessern. Die Rückmeldungen aus der täglichen Nutzung sind durchweg positiv. In den eingehenden Anfragen ist deutlich erkennbar, dass die Installation von bereits geübten wie von neuen Benutzern verwendet wird. Es war offensichtlich ein richtiger Schritt, bereits vor mehreren Jahren auf diese Form der Präsentation von Archivgut zu setzen und hier die Erschließungsdaten aus verschiedenen Anwendungen zusammenzuführen.

*Elrun Dolatowski,  
Kristina John,  
Angelika Menne-Haritz*

## Zusammenführung geteilter Überlieferungen im Bestand Auswärtiges Amt (bis 1945)

Die am Standort Berlin-Lichterfelde des Bundesarchivs aufbewahrten Unterlagen des Auswärtigen Amtes für den Zeitraum 1867 bis 1945 (sog. altes Amt) umfassen nur einen Bruchteil der Gesamtüberlieferung (ca. 1,6 Regalkilometer) aus dieser Zeit. Der größte Teil (ca. 18 Regalkilometer) der nach den Verlusten in der Endphase des Zweiten Weltkriegs noch erhaltenen Akten befindet sich heute im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Den überwiegenden Teil der hiesigen Archivalien hatte das Politische Archiv vor allem aus Platzgründen in den 1920er Jahren im Potsdamer Reichsarchiv deponiert. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Akten des Kaiserlichen Amtes, der Handelspolitischen Abteilung und der Rechtsabteilung. Gemeinsam mit anderen Beständen lagerte das Reichsarchiv diese Unterlagen in den Jahren 1944/45 zum Schutz vor Bombenschäden in die Salzbergwerksschächte bei Staßfurt in Sachsen-Anhalt aus. Von der sowjetischen Besatzungsmacht konfisziert, gelangte der größte Teil der Materialien nach 1949 in mehreren Abgaben über das Ministerium für Staatssicherheit der DDR in das damalige Deutsche Zentralarchiv Potsdam (später Zentrales Staatsarchiv der DDR) mit der Bestandssignatur 09.01 und nach der Überwindung der deutschen staatlichen Teilung in die Zuständigkeit des Bundesarchivs, jetzt mit der Signatur R 901.

Restakten der Handelspolitischen- und der Rechtsabteilung (Abt. II und III, 1885 bis 1920), die aus amtlichen Gründen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes verblieben und nach der Beschlagnahme durch die britische Besatzungsmacht letztlich nach England verbracht worden waren, hat das Bundesarchiv nach ihrer Rückgabe an die Bundesrepublik Deutschland (1957) im Oktober 1962 unter der Bestandssignatur R 85 verzeichnet.

Ca. 350 Akteneinheiten befinden sich derzeit noch im „Sonderarchiv“ beim Russischen Staatlichen

Militärarchiv in Moskau unter der („Fonds“)Bestandsnummer 1357. Sie sind dort in drei Findbüchern beschrieben<sup>1</sup>. Kopien dieser Findbücher sind inzwischen auch im Findmittelbereich in Berlin-Lichterfelde einsehbar.

### Überlegungen für einen Archivalientausch

Im Kontext dieser Zersplitterung entstanden in der im Sommer 2004 personell neu besetzten Leitung der Abteilung Reich und des zuständigen Kopfreferats Überlegungen, die Zusammenarbeit mit den Kollegen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes zu aktivieren. Sie zielten auf die Fortsetzung des bereits in früheren Jahren begonnen Gedankenaustauschs im Hinblick auf einen Archivalientausch. Dabei sollten die Interessen der Benutzer unbedingten Vorrang haben. Auch wenn es vor diesem Hintergrund dem Bundesarchiv nicht um reine Aktenzahlen ging, strebte es doch ein gewisses Maß an gleichberechtigter Flurbereinigung und inhaltlicher Ausgewogenheit im Interesse beider Seiten an.

Das Bundesarchiv unterbreitete den Kollegen im Politischen Archiv bei einem Gespräch im November 2006 den Vorschlag, alle Akten der Auslandsvertretungen, einschließlich der Botschaften China und Moskau, dort zusammenzuführen. Außerdem bestand seitens des Bundesarchivs großes Interesse daran, die Akten der Handelspolitischen Abteilung aus dem Zeitraum 1870 bis 1945 hier zu einem einheitlichen Teilbestand zu vereinen. Im Bundesarchiv befanden sich bis dahin die Unterlagen der Registraturschicht 1870 bis 1920 sowie Teile der in Nachfolge neu gebildeten Länderabteilung (Registraturschicht 1920 bis 1936) sowie Teile der 1936 wieder entstandenen Handelspolitischen Abteilung bis 1945 (3. Registraturschicht). Hier äußerten die Kollegen des Politischen Archivs jedoch schwere Bedenken, weil im Grunde in der Länderabteilung nicht nur die wirtschaftspolitischen, sondern auch die rein politischen Fragen in Arbeitsein-

*Auto Brief Nr. 1600  
fr. 1.7.05 am*

87



## Eisen- u. Stahlgießerei

Spezialität: **Maschinenteile** aller Art.  
roh und bearbeitet in anerkannt dichter und zäher Qualität und zweckentsprechender Härte, aus schmiedbarem Eisenguss, Temperstahlguss, härbarem Stahlguss, Grauguss, Hartguss, sowie geglühtem Feinguss, für alle Zweige der Industrie.

Großformmaschinenbetrieb für Massenartikel. Gussreinigung mittelst Sandstrahl-Gebläse.

### Mechanische Werkstätten.

Anfertigung und Montierung von Gussteilen aller Art  
in roh, lackiert, verzinkt, verzinkt, geschliffen, polirt und vernickelt.



Telegramm-Adresse:  
**STOCKEY & SCHMITZ  
GEVELSBERG**  
Fernsprechnr. Anschluss Nr. 94



DÜSSELDORF 1901

Postsendungen:  
NACH GEVELSBERG,  
Eisenbahnstationen nach Milze oder Milzetal.

FRANKFURT

Gegründet 1872  
ca. 300 Arbeiter.

# Stockey & Schmitz

Gevelsberg, den 29. Juni 1905.  
Westfalen

Kaiserlich Auswärtiges Amt

BERLIN.

\*\*\*\*\*

Wir gestatten uns mit Vorliegendem Ihre Dienste in folgender Sache in Anspruch zu nehmen.

Bekanntlich sind unsere Fabrikate, darunter zur Hauptsache „Schmiedbarer Eisenguss“ nach dem neuen Deutsch-Russischen Handelsvertrage mit wesentlich höheren Zöllen belegt worden, sodass der Zoll allein schon den eigentlichen Wert der Ware erheblich übersteigen wird. Da nun die russ. Verbraucher, hauptsächlich die südruss. Mähmaschinen-Fabrikanten vorläufig noch zum grossen Teil auf unsere Fabrikate angewiesen sind, so werden seitens dieser Fabrikanten Deckungskäufe gemacht, für welche wir die Garantie übernehmen sollen, dass solche noch vor Eintritt der Zollerhöhung in Russland eingeführt werden können.

Damit wir uns nun gegen die Uebernahme des höheren Zolles schützen und auch anderseits nicht mehr Aufträge herein nehmen, wie wir bis zum Eintritt des höheren Zolles bewältigen können, möchten wir Sie um gefl. Mitteilung gebeten haben, ob für den Beginn des neuen Deutsch-Russ. Handelsvertrages schon ein bestimmter Termin in Aussicht genommen ist. Falls Sie uns hierüber wider Erwarten eine Auskunft nicht zu geben vermögen, so bitten wir Sie uns zu sagen, zu welchem Termin die neuen Vereinbarungen frühestens in Kraft treten.

Wir sagen Ihnen für Ihre gefl. Auskunftserteilung im Voraus unseren verbindlichen Dank und zeichnen

hochachtungsvoll:

*Stockey & Schmitz*

*Fr. von Joebel*

118

heiten mit regionaler Zuständigkeit einheitlich behandelt wurden.

Das Politische Archiv zeigte sich wiederum besonders interessiert an der Vereinigung der gesamten Überlieferung der Personal- und Verwaltungsabteilung in seinem Bereich, da diese Materialien für dienstliche Zwecke des Auswärtigen Amtes besonders häufig nachgefragt würden.

Im Laufe der Gespräche des Jahres 2007 kristallisierte sich heraus, dass sich der Wunsch des Bundesarchivs, alle drei Registraturschichten der Handelspolitischen Abteilung, also auch die handelspolitischen Aktenzeichen der Länderabteilung von 1920 bis 1936, im Hause als einheitlichen Teilbestand den Nutzern zur Auswertung anbieten zu können, nicht würde realisieren lassen. Letztlich konnte sich das Bundesarchiv den archivfachlichen Argumenten der Kollegen im Politischen Archiv nicht entziehen. Sie machten geltend, dass der Nutzer nur zu sachgerechten Ergebnissen gelangen könne, wenn er gleichzeitig den Zugriff auf Handakten der zuständigen Referenten, Dirigenten und Direktoren sowie auf die Akten des Staatssekretärs und des Ministerbüros bzw. den Bestand der Geheimakten habe.

### Kompromisslösung

Um in absehbarer Frist zu einem Ergebnis zu gelangen, das der Zielsetzung des Bundesarchivs entsprach, bei einer „Flurbereinigung“ in erster Linie den Nutzerinteressen zu dienen, entwickelte das Referat R 1 einen Kompromiss, der im Einzelnen vorsah:

- Zusammenführung der Akten der Auslandsvertretungen (Botschaften, Konsulate) im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes ohne Ausnahmen,
- Vereinigung aller Akten der Personal- und Verwaltungsabteilung im Politischen Archiv,
- Dauerausleihe aller im Bundesarchiv überlieferten Akten der Länderabteilung (1920 bis 1936) an das Politische Archiv zur Komplettierung der Überlieferung der dortigen Registraturschicht, im Gegenzug vollständige Überführung der Akten der Handelspolitischen Abteilung für den Zeitraum 1936 bis 1945 in das Bundesarchiv.

Das nach Zustimmung durch den Präsidenten des Bundesarchivs dem Politischen Archiv im Juli 2007 unterbreitete Angebot fand rasch die Zustimmung der dortigen Kollegen. Nach Klärung zahlreicher technischer und organisatorischer Fragen zur Realisierung des Aktenaustauschs bzw. deren Dauerausleihe, konnten die Aktentransporte im Zeitraum von Mai 2008 bis Mitte November 2008 stattfinden.

Vereinbarungsgemäß wird das Politische Archiv die ca. 17.000 Verzeichnungseinheiten, die ihm das Bundesarchiv im Zuge der Dauerleihe überließ, in der fachlich angemessenen Weise archivisch bearbeiten und für die uneingeschränkte Benutzung ausschließlich dort zur Verfügung stellen. Zeitnah erhält das Bundesarchiv eine Übersicht über die neu vergebenen Signaturen entsprechend der Tektonik des Politischen Archivs.

Die sechsstelligen Signaturen der vom Politischen Archiv überlassenen Akten der Handelspolitischen Abteilung (1936–1945) konnten in der Datenbank problemlos an die im Bestand R 901 bereits vorhandenen (max. fünfstellig) angehängt werden. Sie sind somit auch elektronisch bestellbar. Die Möglichkeit, das zum Teilbestand gehörende umfangreiche Findbuch über ein Retrokonversionsverfahren in die Datenbank einzulesen, wird derzeit geprüft. Bis Ende 2010 soll es nach jetziger Planung gemeinsam mit den anderen Teilfindbüchern online gestellt sein.

Am erfolgreichen Abschluss des Aktentauschs waren sowohl Herr Göttlicher (Referat R 1) mit der zeitaufwendigen Erstellung der Signaturlisten als auch die Mitarbeiter des Magazindienstes in Berlin-Lichterfelde und in Dahlwitz-Hoppegarten mit der Aushebung der Akten und ihrer Verpackung auf Paletten maßgeblich beteiligt. Ihnen allen gebührt an dieser Stelle ein besonderer Dank für die unkomplizierte und engagierte Zusammenarbeit, die auch so manche Ungereimtheit in diesem Bestand, an dem bis dahin niemals eine Revision erfolgte, zu Tage förderte.

Das Bundesarchiv und insbesondere die Abteilung Reich sind auch zukünftig an einer Fortsetzung des gedeihlichen Gedankenaustauschs sowie einer kollegialen Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Politischen Archivs im Hinblick auf

die sukzessive Verbesserung der Benutzbarkeit der einzelnen Bestandteile interessiert. So könnte der im Politischen Archiv vorhandene „Rest“ (ca. 5 lfm) der Rundfunkpolitischen Abteilung des AA zur Komplettierung des hiesigen Teils möglicherweise an das Bundesarchiv abgegeben werden. Aber auch der dort vorhandene Überlieferungsteil der Auslandsorganisation der NSDAP für den Zeitraum 1937 bis 1943 (ca. 2 lfm) – hier liegt

die Zuständigkeit ganz klar beim Bundesarchiv – könnte ein Ansatzpunkt für weitere fruchtbare Gespräche sein.

*Simone Walther*

#### **Anmerkung**

1) Weitere Informationen unter [www.sonderarchiv.de](http://www.sonderarchiv.de)

## **Wo sind all die Akten hin ...? Das Schicksal der Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP**

Archivaren und Zeithistorikern leuchtet ohne Weiteres ein, wenn Helmut Heiber vor gut 25 Jahren den Versuch einer Rekonstruktion des Aktenbestandes der Partei-Kanzlei der NSDAP damit begründete, „welche immense Bedeutung die Akten einer Institution wie dieser Partei-Kanzlei für das *gesamte* Geschehen im Dritten Reich besitzen.“ Er musste indes sogleich hinzufügen: „Nur leider, diese gibt es nicht mehr“<sup>1</sup>.

Entsprechend lapidar heißt es im Findbuch zum Bundesarchiv-Bestand NS 6 Partei-Kanzlei der NSDAP: „Das Schicksal des Bestandes seit der Eroberung Deutschlands durch die Alliierten entspricht der Geschichte deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit ganz allgemein. Vielleicht gibt es ein bestandstypisches Spezifikum insoweit, als die Selbstvernichtung durch Parteifunktionäre einen größeren Anteil als die Vernichtung durch Feindeinwirkung ausmacht. Freilich lassen sich die Vernichtungshandlungen im Einzelnen nicht nachweisen“<sup>2</sup>. Es mag verwundern, dass die Angaben zur Vernichtung derart wichtiger Akten in beiden Fällen recht pauschal und unkonkret ausfallen.

Im Vorwort zu der Publikation „Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verloren gegangenen Bestandes“ findet sich immerhin ein Hinweis auf eine Auslagerung von Akten: „Bis auf ganz geringe Teile, vornehmlich aus der

letzten Zeit nach der Auslagerung, sind sie wie so viele andere verloren gegangen und werden von der Forschung entsprechend schmerzlich vermisst“<sup>3</sup>. In der gleichen Veröffentlichung werden auch Schriftgutverluste durch Bombenangriffe erwähnt: „23.11.43-8.9.44 (...) Die einschlägigen Akten der P[artei-]K[anzl]e[i] offenbar bei dem Luftangriff vom 24./25.4.44 auf München verbrannt“<sup>4</sup>.

Was aber hat es mit der genannten Auslagerung genau auf sich? In seinem zum hundertsten Jahrestag der Errichtung des Neuen Schlosses Steinach erschienenen Aufsatz „Die geheime Dienststelle ‚Übersee‘ der NSDAP-Parteikanzlei“ erläutert Hans Agsteiner: „Im Hinblick auf die Bedrohung durch feindliche Fliegerangriffe und den ohnehin bestehenden Raumbedarf sah man sich um einen sicheren Standort für Teile der Parteikanzlei im ländlichen Raum um. Da erinnerte man sich an das im Reichsbesitz stehende Neue Schloss Steinach<sup>5</sup>, das zwar dem Unternehmen ‚Reichsautobahnen‘ gehörte und als bedeutende Autobahnraststätte für die Autobahn Nürnberg-Wien vorgesehen war, doch wegen des Kriegs war an eine baldige Realisierung dieses Projekts nicht zu denken. So wurden ab Herbst 1943 Teile der Parteikanzlei von München in das Neue Schloss Steinach verlegt. (...) Aus Gründen der Geheimhaltung gab man der Dienststelle den Decknamen ‚Übersee‘ (...)“<sup>6</sup>.

## Dienststelle „Übersee“

Planungen für Auslagerungen „in das Ausweichquartier der PKzl. nach Steinach“ sind unter dem Datum 20. bis 31. August 1943 auch in den „Akten der Partei-Kanzlei“ nachgewiesen<sup>7</sup>. Am 25. Februar 1944 schreibt Dipl.-Ing. Werner Starke, Partei-Kanzlei, München, an die Dienststelle Berlin [der Partei-Kanzlei]: „Wie Ihnen bekannt ist, haben wir in den Kellern des Hauptgebäudes der Dienststelle Übersee sämtliche wichtigen Akten der Partei-Kanzlei untergebracht“<sup>8</sup>. Leider wird nicht konkretisiert, woraus diese „wichtigen Akten“ bestanden, aber das Bemühen der Partei-Kanzlei, ihre Kernbestände in Steinach vor Kriegseignissen zu sichern, wird deutlich. Die für Sommer 1944 belegte „Absicht, die wichtigsten der im – inzwischen von der PKzl. belegten – Schloß Steinach bei Straubing gelagerten Todt-Akten für eine spätere Biographie oder Briefedition durch das Reichsarchiv sicherstellen zu lassen“<sup>9</sup>, weist auf personenbezogenes Schriftgut hin.

Ausführlichere Auskünfte über die im Neuen Schloss Steinach gelagerten Akten gibt der im genannten Aufsatz von Hans Agsteiner zitierte „Tatsachenbericht eines bei dieser Dienststelle seinerzeit beschäftigten ‚Beamten‘, der mit einer Fortsetzung unter dem Titel ‚Die geheimnisvolle Dienststelle Übersee in Steinach‘ unter dem Pseudonym ‚NStr‘ in einem Zeitungsbericht veröffentlicht worden ist. Dieser Zeitungsbericht wurde dem Verfasser leider ohne Datums- und genaue Quellenangabe zugeleitet (...)“<sup>10</sup>.

In diesem Bericht heisst es u. a.: „Das Wesentlichste in Steinach war das große Personenarchiv der Partei, also nicht etwa eine Kartei, sondern die Akten selbst, auch die geheimsten, von jedem Parteigenossen, ob groß oder klein. All das war in peinlichster Sorgfalt in den weiten Kellergeschossen untergebracht, sauber in zahlreichen Schränken nach dem Alphabet aufgereiht, sodass mit einem Griff jede Akte zur Hand war. Sie wurden nämlich mächtig gebraucht, sowohl von den höheren Parteiämtern wie auch von Bormann<sup>11</sup> selbst. Tag und Nacht klingelte man um Akten an, die dann schnellstens durch Kuriere übersandt wurden. Alle Morgen fuhr ja ein Kurierwagen von Steinach nach München. Leider waren die Akten sehr gut bewacht und verschlossen. Mancher hät-

te doch gern einen Blick getan, und nicht nur in seine eigenen Akten. Auch die von Heß<sup>12</sup> waren dabei, von Strasser<sup>13</sup>, von Böhm<sup>14</sup> und anderen gefallenen Größen. Wem aber schon mal etwas davon durch Zufall in die Finger fiel, der war ehrlich erschrocken: Da gab es einfach kaum etwas, das der SD nicht gewusst hätte. Schon ein leichter Schwips war in den Akten verewigt, und alle anderen privaten Liebhabereien, Frauengeschichten, Schulden, Reisen. Zum Beispiel wurde der oberste Vertreter der Parteikanzlei im damaligen Protektorat abgerufen, weil er sich mehrfach leise schwan-kend in der Öffentlichkeit gezeigt hatte. Eine andere kleine Abteilung in Übersee bewahrte die Akten mehr oder minder prominenter Nicht-Pg's. Da hatte man beispielsweise die ganzen Ehescheidungsakten des Dichters Ludwig Thoma<sup>15</sup>. In den Akten von Geheimrat Prof. Dr. Heidegger<sup>16</sup>, Freiburg, war übel vermerkt, dass der Gelehrte angeblich vor Kurzem bei den Beuroner Benediktinern Exerzitien mitgemacht hätte. Dass zur Betreuung dieser Akten ein größerer Angestelltenstab für Steinach nötig war, lässt sich denken“<sup>17</sup>.

## Kriegsende in Steinach

Was in Steinach bei Kriegsende geschah, lässt sich den Aussagen von Zeitzeugen entnehmen, die in einer am 9. April 1995 vom Bayerischen Rundfunk ausgestrahlten Sendung unter dem Titel „Brand von Schloss Steinach“ im Gespräch mit Redakteur Bernd Kellermann zu Wort kamen<sup>18</sup>:

„Kellermann: ‚Erlebt hat den Brand des Neuen Schlosses Steinach dagegen Karl Schneider aus Straubing. Sein Vater war damals Stadtbrandrat. Er selber war Jungfeuerwehrmann.‘

Karl Schneider: ‚Von Straubing aus hat sich dies so dargestellt, dass es eine rund um die Uhr am Stadtturm positionierte Beobachtung gab, als ein großer Feuerschein aus Richtung Norden, aus dem Gebiet Steinach zu sehen war. Die Luftschutz-einsatzleitung der Stadt Straubing und mein Vater waren der Meinung, die Straubinger Feuerwehr müsste Löschhilfe leisten, weil ja die Dorffeu- wehren damals für solche Brände gar nicht aus- gerüstet waren. Aber der Oberbürgermeister Dr. Höchtl hat sofort gesagt: ‚Kommt nicht in Frage, kein Feuerwehrfahrzeug verlässt die Stadt!‘“

Nationalsozialistische

Deutsche Arbeiterpartei

## Partei-Kanzlei

Dipl.-Ing. Werner S t a r k e

München 33, den 25. Februar 1944.

Führerbau

III D 8 - Kn

Bei Antwort bitte  
Abt.-zeichen und  
Betreff angeben

*zsh  
2.3.44*

An die  
Dienststelle Berlin  
B e r l i n  
Wilhelmstraße  
z.Hd. Pg. Z e h

*Mo 2.3.44*

Sehr geehrter Parteigenosse Zeh!

Wie Ihnen bekannt ist, haben wir in den Kellern des Hauptgebäudes der Dienststelle Übersee sämtliche wichtigen Akten der Partei-Kanzlei untergebracht. Da die Keller nur schwach geheizt werden können, sind für die Sachbearbeiter warme Kleider und Stiefel erforderlich. Ich hatte mich deshalb mit verschiedenen Dienststellen in Verbindung gesetzt. Pg. Diehm teilte mir mit Vermerk vom 27. Dezember 1943 mit, daß Sie von der "Eifi" Eisenbahn-Filzstiefel GmbH., Berlin Filzstiefel für die Dienststelle Übersee erhalten hätten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Filzstiefel uns baldmöglichst zustellen könnten, da sie dringend benötigt werden.

Heil Hitler!

*Starke*

Kellermann: „Höchtl kannte nämlich den ausdrücklichen Befehl: Das Neue Schloss Steinach muss brennen. Und mit ihm müssen alle ausgelagerten Akten der Nazi-Parteizentrale verbrennen. (...) Akten wurden aus den Kellern in die hölzernen Baracken im Garten geschafft. Die Baracken selber wurden präpariert.“

Martha Sperl [Telefonistin]: „Es ist vorher schon mit Teer gestrichen worden, daran kann ich mich erinnern, weil wir gesagt haben: „Was werden sie jetzt machen? Das brennt ja am besten!“ Es hat ja schnell brennen müssen. Alles verbrannt.““

Mit dem Brand des Schlosses beschäftigt sich auch der von Hans Agsteiner zitierte anonyme Verfasser ‚NST‘ in seinem Zeitungsbericht: „Es kamen also die allerletzten Tage. (...) Dann plötzlich Befehl: Alle Angestellten in den Schloßhof. Wer konnte, drückte sich natürlich. Die anderen hatten eine Kette vom Hof bis an die Baracken zu bilden. Und von Hand zu Hand gingen, flogen, flatterten nun die kostbaren Personalakten aus den Kellern. Sie wurden gestapelt, um mit den Baracken verbrannt zu werden. Aus. Die ganze Putschschaft des Großdeutschen Reiches auf dem Scheiterhaufen. Nur die wichtigsten hatte man vorher noch ausgelesen, ein paar armselige Kisten voll, um sie nach Berchtesgaden in den ‚Adlerhorst‘ des Führers, nach der Festung ‚Tirol‘ und womöglich in den Untersberg zu schaffen. Als Grundstock für den demnächstigen Wiederaufbau. (...) Bald also werden die Baracken brennen. Nein, nicht das Schloss selbst. Es soll samt der unschätzbaren Bibliothek und dem reichen und wertvollen Inventar erhalten bleiben. So versicherte man ehrenwörtlich. Bloß in den Kellern, so heißt es, sollen ein paar Aggregate der Fernschreiber gesprengt werden. Aber woher kommt nur der durchdringende Benzingeruch? (...) Die Baracken gehen hoch. Qualm steht schon dick über dem Walde, knatternder Feuerschein. Und jetzt blitzt auch Feuerschein rot aus den Kellerfenstern des Schlosses selbst. Nur die Aggregate? (...) Und Schloss Steinach brennt lichterloh. Man hatte die ganzen Bodenräume mit Benzin übergossen“<sup>19</sup>.

Diese nach dem Krieg entstandenen Aufzeichnungen und Aussagen von Zeitzeugen werden von der einzigen bekannten zeitgenössischen Quelle, den Tagebuchaufzeichnungen des Grenadiers

Ernst Herrmann<sup>20</sup>, in den Grundzügen bestätigt und zweifelsfrei datiert:

„23. April 1945 Abmarsch nach Münster<sup>21</sup>. (...) 24. April 1945 Ankunft am Morgen. Brennendes Schloss, in dem die Parteikanzlei untergebracht war! Überstürzte Flucht: Verstreute Akten, Bücher, Suppe im Kessel, gefüllte Benzinflaschen, ein Auto und hunderte von Flaschen Wein, der aus den heißen Kellern herausgeholt wurde! Abmarsch um 21.30 in Richtung (...) Straubing (...)“<sup>22</sup>.

Hier wird bereits angedeutet, dass es nach Abzug der Mitarbeiter der Partei-Kanzlei zu Plünderungen durch die Bevölkerung kam. Dies bestätigt die oben genannte Rundfunkreportage:

„Kellermann: ‚Für die Mauerreste und vor allem für die Akten – soweit solche noch übrig waren – hatten die Menschen damals eine besondere Verwendung‘ (...).

Karl Penzkofer: (...) ‚Die sind damals rausgefahren mit den Wägen und haben die Steine geholt für ihre Feldwege, haben die übriggebliebenen Akten geholt als Heizmaterial und haben dann sich – man könnte vielleicht so sagen – gerächt an dieser Vergangenheit (...)‘“<sup>23</sup>.

In einem nach Kriegsende verfassten Bericht des damaligen Steinacher Hauptlehrers August Pfeffer ist zu lesen: „Die Amerikaner erließen nach dem Schlossbrand eine Bekanntmachung, nach der das Plünderungsgut wieder abgeliefert werden sollte. (...) Die Besatzer verbrannten schließlich das zurückgegebene und bei den ehemaligen Stallungen im Neuen Schloss Steinach aufgetürmte Plünderungsgut“<sup>24</sup>.

Um welches Plünderungsgut es sich hierbei handelte, bleibt unklar. Sollten verbliebene Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP in die Hände der Amerikaner gelangt sein: Wurden sie an Ort und Stelle vernichtet oder doch eher beschlagnahmt und in eine der Dokumentensammelstellen verbracht? Es bleibt in jedem Fall festzuhalten: Ein großer Teil der Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP ist in der Nacht vom 23./24. April 1945 im Neuen Schloss Steinach verbrannt.

Sabine Herrmann

## Anmerkungen

- 1) Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte, Teil I, Regesten, Band 1, bearbeitet von Helmut Heiber, München 1983, S. X.
- 2) Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Band 23, Partei-Kanzlei der NSDAP, Bestand NS 6, Teil 1: Bestandsverzeichnis, bearbeitet von Josef Henke, Koblenz 1984, S. XL
- 3) Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil I, Regesten, Band 1, S. X
- 4) Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil I, Regesten, Band 1, S. 903; Regest verweist auf BArch, NS 19/2747
- 5) heute Gemeinde Steinach, Landkreis Straubing-Bogen, Bayern
- 6) Neues Schloss Steinach 1908–2008, Beilage zum Gemeindeboten der Gemeinde Steinach, 3. Teil, Dezember 2008, darin: Hans Agsteiner: Die geheime Dienststelle „Übersee“ der NSDAP-Parteikanzlei, S. 22
- 7) Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil I, Regesten, Band 2, bearbeitet von Helmut Heiber, 1983, München S. 959 (BDC Reichskulturkammer/Bildende Künstler/Prof. Troost)
- 8) BArch, NS 6/241
- 9) Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil I, Regesten, Band 1, S. 950 (BArch R 3/1602)
- 10) Neues Schloss Steinach 1908–2008, S. 32
- 11) Martin Bormann (1900–1945), 1933 Reichsleiter der NSDAP, 1941 Leiter der Partei-Kanzlei
- 12) Rudolf Walter Richard Heß (1894–1987), 1933 „Stellvertreter der Führers“, 1941 Alleinflug nach Schottland, britische Kriegsgefangenschaft, 1946 in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt.
- 13) wahrscheinlich Gregor Strasser (1892–1934), 1924–1933 Mitglied des Reichstags (NSDAP-Fraktion), 1926–1932 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1934 im Zusammenhang mit der Röhm-Affäre erschossen.
- 14) vermutlich Ernst Julius Röhm (1887–1934), langjähriger Führer der Sturmabteilung (SA), 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1934 auf Befehl Hitlers erschossen.
- 15) Ludwig Thoma (1867–1921), bayerischer Schriftsteller.
- 16) Prof. Dr. Martin Heidegger (1889–1976), Philosoph, 1933–1934 Rektor der Freiburger Universität.
- 17) Neues Schloss Steinach, S. 34.
- 18) Zitiert nach: Neues Schloss Steinach, S. 30 und S. 44.
- 19) Neues Schloss Steinach, S. 45/46.
- 20) Geboren am 10. Mai 1928 in Schönborn, Kreis Liegnitz, Niederschlesien, gehörte seit 16. April 1945 als Grenadier zum Grenadier-Ausbildungsregiment Hohenfels, das beim Rückzug am 24. April 1945 das brennende Neue Schloss Steinach passierte und am 2. Mai 1945 bei Pfarrkirchen den Amerikanern übergeben wurde.
- 21) heute Ortsteil der Gemeinde Steinach, Landkreis Straubing-Bogen, Bayern.
- 22) Neues Schloss Steinach, S. 48
- 23) Neues Schloss Steinach, S. 44
- 24) Neues Schloss Steinach, S. 52

## DC 20 Ministerrat der DDR – Zentrales Erschließungsvorhaben des Referates DDR 1 auf der Zielgeraden

Die organisatorische Erweiterung des Referates DDR 1 zum Januar 2002 wurde als eine Chance gesehen, einen der wichtigsten Bestände der Abteilung, den Ministerrat der DDR (DC 20), als Erschließungsprojekt in den Fokus zu rücken. In den nachfolgenden Jahren arbeitete ein Team bestehend aus zwei Sachbearbeitern und zwei Bürosachbearbeiterinnen unter Leitung der Referatsleiterin mit unterschiedlichen Arbeitszeitanteilen an diesem Bestand. Sowohl Referendare, Archivinspektorenanwärter als auch Auszubildende und Praktikanten wurden in die Verzeichnungsarbeiten einbezogen. Über Arbeitsergebnisse wurde bereits in den „Mitteilungen“ berichtet<sup>1</sup>.

Zur Ausgangslage zählten ca. 1.140 lfm Akten, die zwar nahezu vollständig benutzbar, aber inhaltlich oft in unzureichender Weise und ausschließlich mittels unterschiedlichster konservativer Findmittel zugänglich waren. Für alle Unterlagen stand die Aufnahme in das Archivverwaltungssystem BASYS noch aus. In einer im Mai 2002 vorgelegten Erschließungskonzeption musste festgestellt werden, dass mehr als die Hälfte des Bestandes in klassischen manuellen Verzeichnungs-schritten zu bearbeiten sein würde.

In den vergangenen Jahren sind ca. 75 Prozent der Findmittel neu bearbeitet und online zur Verfügung gestellt worden. Derzeit stehen vierzehn Online-Findbücher, in denen insgesamt 30.186 Datensätze erfasst sind, zur Verfügung. Es sind dies:

- Sitzungen des Plenums des Ministerrates (MR) 1949–1990 (DC 20–I/3)
- Sitzungen des Präsidiums des Ministerrates 1952–1989 (DC 20–I/4)
- Informationen an die Mitglieder des Ministerrates 1961–1990
- Teil 1 Ministerrat 1949 bis November 1989, Ministerpräsident/Vorsitzende des MR; gedruckt erschienen als Publikationsfindbuch Nr. 106

- Teil 2 Ministerrat 1949 bis November 1989, Stellvertreter des Vorsitzenden des MR einschließlich der Ersten Vorsitzenden
- Teil 3 Ministerrat 1949 bis November 1989 – Bereiche, die dem Vorsitzenden bzw. seinen Stellvertretern direkt unterstellt waren:
  - Protokollabteilung
  - Anleitung der örtlichen Räte
  - Staatssekretär für die „Koordination der Arbeit nach Westberlin“
  - Staatssekretär für Staats- und Wirtschaftsrecht
  - Staatssekretär für Organisation und Inspektion
- Teil 4 Ministerrat 1949 bis November 1989 – Regierungskanzlei (1949–1952)
- Teil 5 Ministerrat 1949 bis November 1989 – Büro des Präsidiums des MR (1954–1962)
- Regierung Hans Modrow (November 1989 bis April 1990), gedruckt erschienen als Publikationsfindbuch Nr. 115 Teil 1
- Regierung Lothar de Maizière (April bis Oktober 1990), gedruckt erschienen als Publikationsfindbuch Nr. 115 Teil 2.

Zusätzlich sind Akten verschiedener noch erheblich unvollständiger Klassifikationen über Ausdrücke im Lesesaal in Berlin zugänglich. Ihre Online-Stellung ist für 2009 vorgesehen. Insgesamt kassiert wurden bisher 145 lfm Schriftgut. Das Erschließungsergebnis umfasst zum jetzigen Zeitpunkt ca. 805 lfm Unterlagen in neu bearbeiteten Findmitteln.

### Zur Rolle der Retrokonversion von Findmitteln bei der Bearbeitung

Bei der Analyse der Ausgangslage wurden Findmittel benannt, deren Überarbeitung sich auf redaktionelle Kürzungen und Vereinheitlichungen beschränken konnten. Sie lagen überwiegend in Karteiform vor und wurden 2002 für die Erfassung in der Datenbank durch Schreibkräfte vor-

geschlagen, was wegen der Ausführung anderer Aufgaben nur in sehr begrenztem Maße zustande kam. Als 2004 die ersten Verträge des Bundesarchivs mit Fremdfirmen für die Retrokonversion abgeschlossen wurden, fand DC 20 nicht unmittelbar Berücksichtigung.

Im Interesse der Abteilung lag es gleichwohl, die Sitzungsunterlagen des Plenums und des Präsidiums des Ministerrates schnellstmöglich online präsentieren zu können, da durch die rechtliche Verbindlichkeit der von der Regierung der DDR gefassten Beschlüsse grundlegende Informationen zu einer Vielzahl von Themen zu Politik und Gesellschaft der DDR geboten werden können.

Die in Benutzung stehenden Karteien der betreffenden Überlieferungsteile DC 20 I/3 und I/4 (Sitzungsunterlagen von Plenum und Präsidium) hatten sich allerdings als unbrauchbar für die digitale Umsetzung erwiesen. An ihrer Stelle wurden durch das Fachreferat für ca. 10.000 Akteneinheiten (ca. 290 lfm) die Inhaltsverzeichnisse kopiert. In den Kopien erfolgte die Kennzeichnung von Serien- und Bandfolgenzuordnung sowie die Streichung von inhaltlichen Dopplungen. Diese Kopien waren dann die Grundlage der Retrokonversion im Jahre 2006. Im gleichen Jahr konnten mit der Online-Stellung der Sitzungsunterlagen wesentliche Quellen von herausragender Bedeutung zur Erforschung der DDR-Geschichte in neu recherchierbarer Form zugänglich gemacht werden, die dem Benutzer häufig weiterzufolgende Hierarchie- und Handlungsstränge aufzeigen. In den folgenden Jahren sind weitere Findmittel zu ca. 95 lfm Unterlagen retrokonvertiert worden, was angesichts anderer Großbestände eher geringfügig wirkt, wobei aber zu beachten ist, dass jeweils Findmittel ausgewählt wurden, die eine besonders große Informationsdichte aufwiesen, wie es auch schon bei den Sitzungen des Ministerrates der Fall war. Die einzelnen Datensätze weisen einen durchschnittlichen Umfang von 1.300 Zeichen auf. Die wesentlichen inhaltlichen Aussagen sind dabei in der Bezeichnung der Beschlüsse zu suchen, welche im Enthält-Vermerk aufgezählt werden.

Ein anderes Beispiel für Informationsdichte findet sich in Teil 3 bei den Unterlagen des Staatssekretärs für Organisation und Inspektion des MR. Die Fülle von einzelnen Kontrollberichten je

Akten-/Lagerungseinheit lässt sich zutreffend nur mittels Vorgangsverzeichnung beschreiben, was zu 25 bis 30 Datensätzen je Einheit führt. Etwa 8.000 Datensätze beschreiben die Akten der genannten 95 laufenden Meter. Der überwiegende Anteil speiste sich aus Abgabelisten, die die Sachtitel der oben genannten Kontrollberichte beinhalten. Verzeichnungsmethodisch waren hier klare Grenzen gesetzt. Der Titel des Einzelberichtes sollte nicht so verkürzt werden, dass der Anschein erweckt wird, es handele sich um eine Sachakte. Auch bot nur die wörtliche Erfassung des Berichtstitels die Möglichkeit, Doppelstücke zu identifizieren und zu kassieren<sup>2</sup>. Die Beauftragung von Archivfachpersonal mit solchen Erfassungsaufgaben sollte in jedem Fall mit Bewertungsarbeiten und Indizierung verbunden werden. Dies ergibt sich aus Festlegungen der Tätigkeitsbewertungen für Angestellte, ist aber auch aus arbeitspsychologischer Sicht sinnvoll.

In mehrfacher Hinsicht wird an dieser Stelle offenkundig, wie mithilfe der Retrokonversion auf besonders rationelle Weise ein großer Fortschritt bei der Erschließung erreicht werden kann; der im Falle von DC 20 allerdings nicht mit dem Aktenumfang beeindruckt, sondern eher an der Anzahl der Datensätze zu messen ist. Neben den inhaltlichen Voraussetzungen, die die zur Retrokonversion vorgeschlagenen Findmittel aufweisen sollten, sind deshalb auch formale Festlegungen, wie zum Beispiel die Erschließungsdichte bei der Auswahl, zu berücksichtigen.

Das Erschließungsprojekt DC 20 befindet sich mittlerweile auf der Zielgeraden, noch ca. 180 lfm Akten sind zu bearbeiten. Die Möglichkeiten, Findmittel des Bestandes zu retrokonvertieren, werden als ausgeschöpft eingeschätzt. Die ausstehenden Akten sind ausnahmslos über Findkarteien oder Verzeichnisse zugänglich, die gravierende inhaltliche und formale Mängel aufweisen. Die Korrektur solcher Datensätze in BASYS würde mehr Aufwand erfordern als die Neuerfassung durch Archivfachpersonal. Die Bewertung und Erschließung, insbesondere die Neusignierung und Korrektur der Aktenbildung, wird in diesen Fällen mit der Erfassung in der Datenbank sinnvoll verbunden.

*Evelyn Grünspek*

**Anmerkungen**

- 1) Vergl. Evelyn Grünspek: Erschließungsvorhaben des Referates DDR 1 – Bestand DC 20 Ministerrat der DDR. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 1/2007, 15. Jg, S. 67–77 und Ulf Rathje: Neue Findbücher zum Bestand DC 20 Ministerrat der DDR: Regierungen Hans Modrow und Lothar de Maizière. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 1/2008, 16. Jg, S 71–74.
- 2) Aus den von Editura erfassten ca. 5.500 Datensätzen (Einzelberichten) sind bei den anschließenden Bewertungsarbeiten ca. 600 Datensätze zur Kassation ausgesondert worden. Bei der Vielfalt der Inhalte hätte bei der Bewertung durch Einsichtnahme in die Unterlagen nur ein Bruchteil dieser Kassationsmenge erreicht werden können.

## Organisationsstruktur und Ausrüstung der Volkspolizei der DDR. Online-Findbuch zum Bestand DO 1 Ministerium des Innern, Teil Stab-Organisation

Seit Juli 2009 steht mit dem Findbuch DO 1 Ministerium des Innern (Mdl), Teil Stab-Organisation ein Findmittel zur Überlieferung eines Leitungsinstrumentes des Mdl online, welches erstmalig umfassend Archivgut zur Organisationsstruktur und Ausrüstung der Volkspolizei der DDR präsentiert. Neben Dokumenten zur Struktur- und Kräfteplanung des Mdl als Dienststelle enthält dieser Teilbestand Unterlagen mit detaillierten Angaben zu den Kräften und Mitteln der nachgeordneten Polizeibehörden, angefangen bei den „Spezialeinrichtungen“ des Mdl wie beispielsweise der Hubschraubereinheit, dem Krankenhaus der Volkspolizei, dem Kriminalistischen Institut oder einer der zahlreichen Spezialeinheiten der Polizei über die Bezirksdirektionen der Volkspolizei bis hin zu den Polizeiverwaltungen auf Kreisebene, den Volkspolizei-Kreisämtern.

Auf eine ausführliche Darstellung der Geschichte des Bundesarchiv-Bestands DO 1 und der Besonderheiten bei dessen Bearbeitung wie auch der allgemeinen Aufgaben des Ministeriums des Innern wird an dieser Stelle verzichtet. Bei Interesse sei hierzu auf Heft 1/2007 der „Mitteilungen aus dem Bundesarchiv“ verwiesen<sup>1</sup>. Die nachfolgenden Ausführungen informieren ausschließlich über den Strukturteil Stab-Organisation des Mdl und dessen Überlieferung.

**Geschichte, Aufgaben und Organisation**

Im Zuge weitreichender Strukturänderungen des Ministeriums im Juni 1958 wurde im Mdl – wie

in militärischen Einheiten üblich – für die Lösung grundlegender strategischer Entscheidungen ein Stab gebildet<sup>2</sup> und zunächst dem Stellvertreter des Ministers und Chef der Deutschen Volkspolizei unterstellt<sup>3</sup>.

Der Stab des Mdl war u.a. verantwortlich für die

- Überarbeitung und Vervollkommnung der Dokumentation sowie die Bereitstellung von Kartenmaterial,
- Erfassung und Überwachung der Einsatzbereitschaft aller Kräfte und Mittel der bewaffneten Organe des Mdl,
- Analyse der polizeilich-taktischen Lage,
- Koordinierung von operativen Maßnahmen der bewaffneten Organe des Mdl,
- Zusammenarbeit in militärisch-taktischen und Ausbildungsfragen mit der Operativen Verwaltung des Ministeriums für Nationale Verteidigung,
- Ausarbeitung von Weisungen für die Stabsarbeit<sup>4</sup>.

1964 wurde die Abteilung KV 3 – Struktur- und Stellenpläne, Besoldung und Tarifwesen – aus der Kaderverwaltung herausgelöst. Die Aufgabenbereiche Struktur- und Stellenpläne wurden dem Stab des Mdl übertragen, die Besoldung (und das Tarifwesen) zur Finanzverwaltung des Mdl verlagert<sup>5</sup>. Zuständig für die Realisierung der Anforderungen waren zunächst die Stellvertreterbereiche Operativ und Organisation des Chefs des Stabes. Ab den 1970er Jahren wurden die Aufgaben des Stabes auf die drei Stellvertreterbereiche Opera-

tiv, Organisation sowie Planung und Information aufgliedert<sup>6</sup>.

Die besondere politische Bedeutung des Bereichs Stab-Organisation beruht auf seiner Zuständigkeit für die Ausarbeitung von Arbeits- und Führungsprinzipien im MdI, einschließlich der dort zu erfassenden Weisungen.

Den Arbeitsbereichen des Stabes-Organisation oblag somit

- die Erarbeitung und Fortschreibung der Grundsatzdokumente über die Struktur- und Kräfteplanung,
- die Führung, Überwachung und Verwaltung der Stellenplan-Kontingente,

- die Planung und der Nachweis der Hauptausrüstung,
- die Führung des operativen Nachweises der Kräfte und Mittel,
- die Verteilung und Nachweisführung aller vom MdI herausgegebener Weisungen,
- die Versorgung mit topographischen Karten,
- die Verwaltung und Bewertung des Schriftgutes<sup>7</sup>.

Grundsätzlich bestand der Geschäftsbereich Stab-Organisation aus den Bereichen Organisation und Planung. Zu den Hauptaufgaben des Bereichs Organisation zählte die Arbeit mit den Struktur- und Stellenplandokumenten. Dem Bereich Planung oblag hingegen hauptsächlich die Nachweisführung der Kräfte und Ausrüstungen. Während sei-



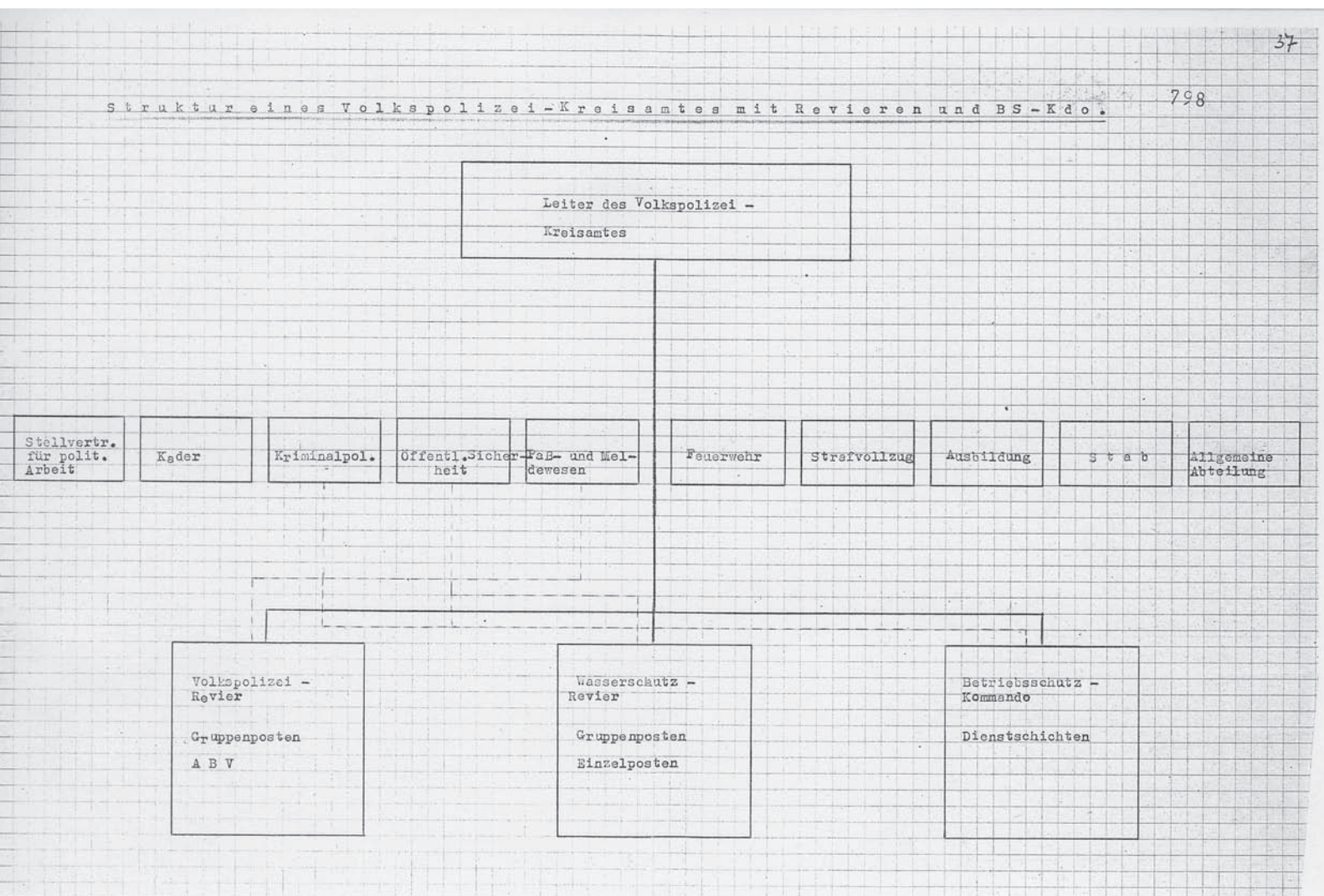
Nach dem Mauerbau verhandeln Offiziere der Volkspolizei mit Vertretern der US-Army im Oktober 1961 über Verfahrensweisen beim Passieren für Angehörige der amerikanischen Botschaft. Bundesarchiv, Bild 183-87605-0001 (Fotograf: o. Ang.)

nes Bestehens änderte sich die Geschäftsverteilung immer wieder geringfügig: Zuständigkeiten für bestimmte Aufgaben und Kompetenzen wurden anderen Organisationseinheiten zugeordnet. Insbesondere in den 1960er Jahren wurden zunächst Erfahrungen gesammelt und infolge von Arbeitsplatzanalysen Optimierungen vorgenommen.

In den 1970er und 80er Jahren blieb die Geschäftsverteilung innerhalb des Stabes-Organisation dann weitgehend gleich. Dem Stellvertreter des Chefs des Stabes-Organisation unterstanden nunmehr die Abteilungen Organisation/Hauptausrüstung und B-Planung, d.h. die Planung der Mobilmachung im Verteidigungsfall, sowie die Referate Weisungswesen und Archivwesen<sup>8</sup>. Erst Ende der 80er Jahre wurde eine neue Geschäftsverteilung

angestrebt. Inwieweit diese jedoch noch wirksam wurde, ist nicht nachweisbar.

Mit der durch die friedliche Revolution im Jahre 1989 ausgelösten politischen Wende wurde die Leitung des nunmehrigen Ministeriums für Innere Angelegenheiten Minister Lothar Arendt übertragen. Die Aufgabengebiete des bisherigen Stabes-Organisation, insbesondere Fragen der materiell-technischen Sicherstellung fielen in die Zuständigkeit des Stellvertreters Organisation, Oberst Budach<sup>9</sup>. Nach der Amtsübernahme des Ministeriums des Innern durch Minister Michael Diestel im April 1990 übernahm die Unterabteilung I der Zentralabteilung Aufgaben der Strukturanpassung, der Innere Dienst oblag dem Referat 4<sup>10</sup>.



Struktur eines Volkspolizei-Kreisamtes 1959, BArch DO 1/ 12444

## Überlieferung und Quellenwert

Im Ergebnis der archivischen Bearbeitung umfasst der Teilbestand Stab-Organisation nunmehr 774 Akteneinheiten mit einem Umfang von 23,5 lfm. Er enthält wesentliche Informationen für Untersuchungen zur Struktur, Geschäftsverteilung und Ausrüstung des MdI und den nachgeordneten Polizeibehörden der Jahre 1962 bis 1989 sowie ausgewählte Dokumente der Jahre 1950 bis 1962<sup>11</sup>.

Im neu erschlossenen Teilbestand finden sich umfassende Struktur- und Stellenpläne des MdI und der in der gesamten DDR tätigen Deutschen Volkspolizei. Neben Übersichten zu Zentralen Polizeieinrichtungen sind ebenso Pläne zur Geschäftsverteilung der Polizei in den Bezirken und Kreisen überliefert. Anhand der vorliegenden Aufstellungen kann genau nachvollzogen werden, wie viele Polizeikräfte in den verschiedenen Bereichen tätig waren. Zu mehr als 90.000 Wachmeistern und Offizieren kamen nochmals mehrere Tausende in den unterschiedlichen Polizeistellen tätige Zivilkräfte. Jede dieser Stellen ist in den „Strukturspinnen“, den Listen und Tabellen vermerkt. Jedoch auch die vielen Einsätze der Volkspolizei zur Absicherung von politischen Veranstaltungen oder aber auch zur Unterstützung der Volkswirtschaft lassen sich hier nachweisen.

Zudem liegen für die gesamte Zeit des Bestehens des MdI Unterlagen zur Ausrüstung des MdI und der Polizeibehörden vor. Die Listen geben Auskunft zur Bewaffnung der Polizei, zu Einsatz- und Transportfahrzeugen, zu speziellen Ausrüstungen wie Kameras, Aufnahmegegeräten und Einsatzbestecken für die Arbeit am Tatort. Auch die Ausstattungen der Werkstätten, des Medizinischen Dienstes und die Mittel zur politischen Agitation sind hier penibel dokumentiert. Daneben finden sich ebenso Hinweise zur Unterstützung der jungen Nationalstaaten in Afrika und Asien mit militärischen Ausrüstungen.

Somit ist es nicht weiter verwunderlich, dass der Anteil vormaliger Verschlussachen (VS)-Dokumente außerordentlich hoch ist. Nur wenige der vorgenannten Unterlagen waren bis 1990 ohne Einschränkungen zugänglich.

Einen weiteren Überlieferungsschwerpunkt des Teilbestands bilden die Akten des Weisungs- und

Archivwesens. Hier finden sich zahlreiche Unterlagen zur Gestaltung des Weisungswesens sowie zur Archivarbeit im MdI und den nachgeordneten Polizeibereichen.

Die im Stab des MdI als eigenständige Sammlung zusammengefassten Weisungen des MdI und seiner Funktionsvorgängerin der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) sowie Weisungen des MfS und von zeitweilig beim MfS eingegliederten Bereichen des MdI zu Polizeiaufgaben sind nicht in diesem Teilband enthalten. Mit ihrem ca. 10.000 Befehlen, Direktiven, Dienstvorschriften, Ordnungen, Anordnungen, Richtlinien und anderen formgebunden Weisungen würde diese Sammlung den Rahmen eines Gesamtfindbuchs sprengen. Dem interessierten Benutzer ist sie jedoch schon seit 2005 über separate Findbücher auf der Internetseite des Bundesarchivs zugänglich.

## Ergänzungsüberlieferungen

Im Bundesarchiv sind ergänzende Überlieferungen zur Organisation und Geschäftsverteilung im MdI und der Deutschen Volkspolizei in den folgenden Beständen zu erwarten:

- DO 1    Ministerium des Innern,  
insbesondere Teile
  - Büro des Ministers
  - Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP)
  - Stab-Organisation (Weisungen)
- DC 20    Ministerrat der DDR
- DY 30    Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Die Unterlagen der Landes-/Bezirks- und Kreispolizeibehörden selbst werden der regionalen Zuständigkeit entsprechend in den Landesarchiven verwahrt.

Ebenso sind zu Forschungen zur Polizei in der DDR die Unterlagen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR heranzuziehen.

*Kerstin Risse*

**Anmerkungen**

- 1) Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 1/2007, S.77 ff.
- 2) Befehl Nr. 24/58 vom 20. Juni 1958 über die Struktur des MdI. Siehe BArch DO 1/58139.
- 3) Protokoll der Kollegiumssitzung vom 21. Februar 1958. Siehe BArch DO 1/10403.
- 4) Durchführungsanweisung Nr. 3 zum Befehl Nr. 24/58 vom 20. Juni 1958 über die Struktur des MdI. Siehe BArch DO 1/58139.
- 5) Übernahme von Aufgaben der Kaderverwaltung in den Stab. Siehe BArch DO 1/62265 und DO 1/12407.
- 6) Strukturbefehle des MdI. Siehe BArch DO 1 MdI, Teil Stab Organisation (Weisungen).
- 7) Aufgaben des Bereiches Stab-Organisation. Siehe BArch DO 1/12431.
- 8) Ab 1974 fungieren die Referate Weisungswesen und Archivwesen vereint als Abteilung IX Weisungs- und Archivwesen.
- 9) Anregungen zur Organisation des Ministeriums für Innere Angelegenheiten. Siehe BArch DO 1/10503.
- 10) Hausanordnung vom 13. August 1990. Siehe BArch DO 1/61900.
- 11) Die fehlenden Struktur- und Stellenpläne der Jahre 1950 bis 1962 sind aufgrund der in dieser Zeit geltenden Zuständigkeiten hauptsächlich im DO I-Teilbestand Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) überliefert. Ein Findbuch zum Teilbestand HVDVP steht seit 2008 online.

## Geplante Forschungen. Neues Online-Findbuch zum Bestand DF 4 Ministerium für Wissenschaft und Technik

Für die Wahrnehmung der archivischen Aufgabe, Archivgut nutzbar zu machen, gelten Online-Findbücher mehr und mehr als zeitgemäßer Standard. Dass für die Überlieferung des Ministeriums für Wissenschaft und Technik (Bestand DF 4) nun mit einem weiteren Findbuch dieses anzustrebende Niveau weitgehend erreicht wurde, haben die Arbeit von Inge Lärmer, der im Verwaltungsarchiv dieses Ministeriums tätigen Archivarin, und das Retrokonversionsprogramm des Bundesarchivs ermöglicht.

In Heft 2/2005 der „Mitteilungen aus dem Bundesarchiv“ ist über die Erarbeitung und Online-Stellung der ersten Findbücher zum Bestand DF 4 berichtet worden<sup>1</sup>. Nun soll auch die Fertigstellung des anschließenden Verzeichnisses angezeigt werden, das die Akten des bereits erwähnten Ministeriums und des Forschungsrats der DDR aus den Jahren 1967 bis 1990 beschreibt, zumal damit ein vorläufiger Abschluss der Bearbeitung des Bestandes DF 4 erreicht worden ist. Zwar wurde die systematische Bewertung einiger ins Bundesarchiv gelangter Akten dieses Bestandes noch vertagt, um zunächst weitere Bestände zu erschließen, aber es ist anzunehmen, dass eine gelegentliche Überprüfung der eher kassablen Akten kaum zu wesentlichen Ergänzungen des Findbuches führen wird. Zudem wird der durch das Findbuch gewonnene Überblick über die Überlieferung die abschließende Bewertung der restlichen Akten erleichtern.

### Zur Geschichte der Institutionen

Das 1967 aus dem Staatssekretariat für Forschung und Technik hervorgegangene Ministerium für Wissenschaft und Technik (MWT) sollte eine einheitliche Leitung und Koordinierung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung, eine schnelle Einführung ihrer Ergebnisse in die Wirtschaftspraxis und deren finanzielle Ergiebigkeit gewährleisten<sup>2</sup>. Es bediente sich dabei des zentralen Staatsplans Wissenschaft und Technik, in den gesamtwirtschaftlich als bedeutsam angesehene Forschungen aufgenommen wurden. Es war außerdem für die internationale Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet – hier u. a. für den Erwerb und die Vergabe von Lizenzen – und für eine wirksame Verwendung der für Forschung und neue Technologien eingesetzten Mittel aus dem staatlichen Haushalt verantwortlich.

Um aussichtsreiche Forschungsrichtungen zu bestimmen, Forschungseinrichtungen zu profilieren und Wissenschaftler in die Planung der Schwerpunkte einzubeziehen, sollte das Ministerium mit dem ehrenamtlich tätigen Forschungsrat<sup>3</sup> und dessen Zentralen Arbeitskreisen<sup>4</sup> zusammenwirken sowie diese Gremien zugleich anleiten und kontrollieren<sup>5</sup>. Dabei war das Büro des Forschungsrats – wie beim vorangegangenen Staatssekretariat – in die Organisationsstruktur der staatlichen Stelle eingebunden.

Darüber hinaus unterstanden dem MWT unmittelbar

- das Zentralinstitut für Information und Dokumentation (ZIID),
- die Zentralstelle für Korrosionsschutz,
- die Forschungsstelle beim Ministerium,
- das Rechenzentrum des Ministeriums,
- das Forschungsinstitut Meinsberg (seit 1980)
- und das „Objekt Wuhlheide“.

Außerdem war das Ministerium für die wissenschaftspolitische Anleitung und Kontrolle der nicht dem Ministerrat angehörenden Leiter

- des Deutschen Amtes für Messwesen und Warenprüfung bzw. des Amtes für Standardisierung, Messwesen und Warenprüfung,
- des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen,
- des Staatlichen Amtes für Technische Überwachung und
- des Amtes für industrielle Formgestaltung

verantwortlich, ohne dass diese dem MWT direkt unterstellt gewesen wären.

Das MWT hatte viele Koordinierungsaufgaben zu lösen. Bei den Abstimmungen mit der Staatlichen Plankommission und den Industrieministerien waren bei der Planung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und ihrer Überführung in die Produktion die Möglichkeiten und die Arbeitsergebnisse verschiedener Institutionen zu berücksichtigen. Zu nennen sind hier die dem Ministerrat unterstellte Akademie der Wissenschaften mit einer Vielzahl von (Zentral-)Instituten und Forschungsstellen, die in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen fallenden Einrichtungen, die bei den Industrieministerien oder bei Betrieben und Kombinatn angesiedelten Institute und Forschungs- und Entwicklungsstellen sowie die Gremien der Kammer der Technik. Hinzu kam die Vorbereitung von Beschlüssen des ZK der SED und des Ministerrats.

Nach den gesellschaftlichen Umbrüchen des Herbstes 1989 gehörte das Ministerium für Wissenschaft und Technik von Januar bis April 1990 dem Wirtschaftskomitee an<sup>6</sup>. Nach dessen Auflösung wurde es im April 1990 in Ministeri-

um für Forschung und Technologie umbenannt<sup>7</sup>. Unter dieser Bezeichnung bestand es als Organ des Ministerrats der DDR, bis das Bundesministerium für Forschung und Technologie nach dem Inkrafttreten des Einigungsvertrags am 3. Oktober 1990 einzelne Aufgaben übernahm. Auch der Forschungsrat der DDR wurde im Rahmen der Wiedervereinigung aufgelöst<sup>8</sup>.

### **Inhaltliche und zeitliche Schwerpunkte der im Findbuch erfassten Überlieferung**

An Teil 1 der Findbücher zum Bestand DF 4 anschließend, umfasst das jüngste Findbuch wesentliches Schriftgut

- des Ministeriums für Wissenschaft und Technik aus den Jahren 1967 bis 1990, vereinzelt auch bis 1949 zurückreichend,
- des von April bis zum 2. Oktober 1990 die deutsche Wiedervereinigung vorbereitenden Ministeriums für Forschung und Technologie sowie
- des Forschungsrats und der ihm zugeordneten Zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik aus den Jahren 1957 bis 1990.

Es weist vor allem Akten zur Verflechtung der Wirtschaftsplanungen mit der Planung naturwissenschaftlicher Forschungen und technologischer Ziele, zur internationalen und deutsch-deutschen Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet sowie zur gesellschaftlichen Einbindung von Wissenschaftlern in der DDR (zum Beispiel im Forschungsrat oder durch die Verleihung staatlicher Auszeichnungen) nach. Zumindest ab Mitte der 1970er Jahre scheint zu diesen Komplexen eine relativ dichte Überlieferung vorzuliegen.

Neben vielfältigen Prognosen zu vermeintlich ertragreichen Forschungszielen lässt sich auch Schriftgut zur Entwicklung einzelner Forschungsschwerpunkte finden. Hier seien beispielhaft Datenverarbeitung und Mikroelektronik, die Herstellung von Farbbildröhren, Probleme der Luftverschmutzung, die Substitution von Asbest, die Anwendung von Biotechnologien und Fragen der Energieökonomie genannt.



Das Forschungsinstitut Manfred von Ardenne in Dresden, im Hintergrund die Kuppel der Sternwarte, aufgenommen 1990. Bundesarchiv, Bild 183-1990-0321-300 (Häßler)

Die Organisation der Forschungsplanung und die Bemühungen um die Umsetzung ihrer Ergebnisse in die Produktion gehen insbesondere aus (nicht ganz leicht zu überblickenden) Plandokumenten, Sitzungsunterlagen und Korrespondenzakten hervor. Diese Unterlagen bieten Stoff für allgemeine wirtschafts- und wissenschaftspolitische Auswertungen und für speziellere Recherchen zum Beispiel zur Stellung der Forschungsinstitute Manfred von Ardenne in Dresden und Kurt Schwabe in Meinsberg, zur Organisation des Vereinten Instituts für Kernforschung in Dubna und des Instituts für Grundlagen der tropischen Landwirtschaft in Kuba, zu den Funktionen des Rechenzentrums und des „Objekts Wuhlheide“ des MWT oder zum Handel der DDR mit Lizenzen.

Da Jahres- und Abschlussberichte der Forschungseinrichtungen nicht mehr – wie bei den Rechtsvorgängern bis 1963 – regelmäßig beim Ministerium für Wissenschaft und Technik eingereicht werden mussten, sondern in der Regel nur noch vom Zentralinstitut für Information und Dokumentation nachgewiesen wurden, enthält der Bestand ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre keine repräsentative und gleichartige Dokumentation der Tätigkeit eines großen Teils der Forschungsstellen wie zuvor. Aufgaben und Arbeitsergebnisse forschender Stellen finden sich nur fallweise im Schriftgut des Ministeriums. Sie sind eher in den Überlieferungen der Akademie, Universitäts- und Hochschulinstitute sowie der Betriebe zu suchen, die dem MWT nicht unmittelbar unterstellt waren.

Bei den Recherchen ist zu beachten, dass das Bestandsverzeichnis in der Regel nach der in den 1980er Jahren vorgefundenen Verwaltungsstruktur des Ministeriums gegliedert ist, sodass gleichartige Betreffende an verschiedenen Stellen auftauchen können. Zum Beispiel kommen Akten zur Tätigkeit des Forschungsrats gehäuft im Bereich der stellvertretenden Minister Hilbert/Michalowsky vor, denen das Büro des Forschungsrats unterstand. Aber auch in anderen Bereichen findet sich Schriftgut des Forschungsrats, weil dort dessen Tätigkeit verfolgt oder mitgestaltet wurde.

### **Bestandsgeschichte und archivische Bearbeitung**

Die in Teil 2 der Findbücher zum Bestand DF 4 ausgewiesene Überlieferung wurde im Verwaltungsarchiv des Ministeriums für Wissenschaft und Technik aufbewahrt und – bis auf die nachfolgend genannten Ausnahmen – von der 1976 bis 1990 im MWT tätigen Archivarin Inge Lärmer engagiert und sachgerecht erfasst, bewertet, geordnet und verzeichnet. Die Akten sind dem Zentralen Staatsarchiv größtenteils im September 1990 mit Abgabeverzeichnissen und rund 2.800 Verzeichnungskarteikarten übergeben worden. Ergänzt wurden sie durch ca. 400 weitere, vom Verwaltungsarchiv bereits erfasste Akten, die das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) dem Bundesarchiv 1998 mit Abgabeverzeichnissen übergeben hat.

Ein Aktenplan ist im MWT 1968 eingeführt worden, hat aber, soweit die Aktenbildung erkennen lässt, kaum Anwendung gefunden. In den 1980er Jahren wurde er überarbeitet, aber nicht für verbindlich erklärt.

Die bei den Mitarbeitern des Ministeriums für Wissenschaft und Technik meistens fehlenden Registratur-Kenntnisse und -Gewohnheiten, aber auch ein ängstliches Geheimhaltungsregime führten dazu, dass in den von Sachbearbeitern, Sekretärinnen und Verschlussachen-Stellen verwalteten Unterlagen selten komplette Vorgänge vorgefunden werden. Aus dieser Zersplitterung des Schriftguts erklärt sich auch die Hervorhebung einzelner Dokumente oder Sachverhalte in archivischen Enthält-Vermerken.

Durch das Retrokonversionsprogramm des Bundesarchivs konnte im Jahr 2007 eine digitale Fassung der Verzeichnungskartei und des Abgabeverzeichnisses zu den 1998 übernommenen Akten für die BASYS-Datenbank des Bundesarchivs hergestellt werden. Da die Systematik der Teil-Findbücher zum Bestand DF 4 nicht durch unübersichtliche Provisorien durchbrochen werden sollte, wurden die digitalisierten Verzeichnungsdaten für die Online-Stellung überarbeitet und zusammenhängend klassifiziert. Ihre Struktur wurde den durch die Informationstechnik gegebenen Möglichkeiten und Gewohnheiten angepasst, indem Bandfolgen und Serien gebildet und die sehr unübersichtliche Klassifikation gestrafft wurden. Redundant erscheinende Verzeichnungen, die möglicherweise der Bewertung und Komplettierung der Unterlagen gedient hatten, wurden ge-

kürzt und die noch nicht klassifizierten Angaben den bereits verzeichneten Akten zugeordnet.

Nachdem erst die digitalisierte Fassung der Kartei erkennen ließ, dass die seit April 1990 an das Verwaltungsarchiv abgegebenen Akten noch nicht verzeichnet worden waren, wurden noch etwa 200 Akten aus dieser Abgabeschicht zur Aufnahme in das Findbuch ausgewählt.

Die im Verwaltungsarchiv gewählte Gliederung des Bestandes nach der Verwaltungsorganisation wurde beibehalten. Ansätze einer weiteren Untergliederung, denen möglicherweise der kaum verwendete Aktenplan zugrunde lag, wurden zusammengefasst, aber wiederkehrend angewendet, sobald sich Untergliederungen anboten. Dadurch konnte die Klassifikation von acht auf vier Seiten gekürzt werden. Innerhalb der Klassifikationsgruppen wurden die Angaben nach der Laufzeit der Akten bzw. Bandfolgen und Serien oder nach Aktentiteln gereiht. Auf diese Weise konnten im Findbuch insgesamt ca. 3.300 Akteneinheiten des Ministeriums für Wissenschaft und Technik und des Forschungsrats der DDR im Umfang von schätzungsweise 150 lfm erfasst werden.

Nun können alle, die sich für die Wissenschafts-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR und deren internationale Einbindung interessieren, im Internet in den Findbüchern zum Bestand DF 4 „stöbern“ und geeignete Quellen für ihre Forschungen auffindig machen. Ein Besuch des Archivs lässt sich auf diese Weise optimal vorbereiten.

*Gisela Haker*

#### **Anmerkungen**

- 1) Gisela Haker, Die Bewertung und Erschließung von Schriftgut zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik in der DDR von 1948 bis 1967. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 2/2005, 13. Jg., S. 63–73
- 2) Bekanntmachung über die Bildung von Ministerien vom 11. August 1967, In: GBl II Nr. 81, S. 571; Statut des Ministeriums für Wissenschaft und Technik; Beschluss des Ministerrates vom 30. Oktober 1975 (GBl. I Nr. 44 vom 26. November 1975) – Beschluss des Präsidiums des Ministerrats über die Hauptaufgaben und die Verantwortlichkeit des Ministeriums für Wissenschaft und Technik vom 22. November 1967, In: BArch DC 20/1/4/1666
- 3) Verordnung über das Statut des Forschungsrates der DDR vom 7. Januar 1965, In: GBl II Nr. 22, S. 177 ff.
- 4) Verordnung über Zentrale Arbeitskreise für Forschung und Technik vom 7. August 1967, In: GBl II Nr. 77, S. 551 ff
- 5) Vgl. Statut des Ministeriums (Anm. 1), §§ 1 (8) und 4 (7)
- 6) Beschluss über die Gründung eines Wirtschaftskomitees des Ministerrates vom 18. Januar 1990 (GBl. I Nr. 5 vom 2. Februar 1990)
- 7) Beschluss des Ministerrates vom 30. Mai 1990 (GBl. I Nr. 30 vom 12. Juni 1990)
- 8) Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 (Einigungsvertrag), 1990, Artikel 38 (7), In: GBl. I Nr. 64, S. 1643

## Projekt zur Digitalisierung der Druckgenehmigungsakten für Belletristik, Bestand DR 1 Ministerium für Kultur der DDR

Die folgenden Ausführungen sollen einen Blick in ein laufendes Arbeitsvorhaben ermöglichen. Bei der Digitalisierung der Druckgenehmigungsakten für Belletristik handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt der Abteilung DDR und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, an dem das Fachreferat DDR 1(a) und das Referat StA 1 bzw. das Kompetenzzentrum für Retrokonversion und Digitalisierung (Projektleitung) beteiligt sind.

Die Verfassung der DDR sah eine Zensur nicht vor. Tatsächlich erfolgte diese jedoch unter dem Ersatzbegriff der „Druckgenehmigung“ und betraf nahezu die gesamte Buchproduktion. Zuständig dafür waren seit 1946 der Kulturelle Beirat für das Verlagswesen, seit 1951 das Amt für Literatur und Verlagswesen, seit 1956 das Ministerium für Kultur und dort seit 1963 die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel.

Das Druckgenehmigungsverfahren lief wie folgt ab: Genehmigung der Themenpläne der Verlage durch die Hauptverwaltung; Einreichung der Manuskripte zur fachlichen und ideologischen Prüfung; Entscheidung auf der Grundlage von Verlagsgutachten, Gutachten der Hauptverwaltung und Außengutachten; gegebenenfalls Änderungsverhandlungen nach zumeist mündlicher Unterrichtung der Verlage; Kompromiss oder auch Nichterteilung der Druckgenehmigung.

Die Druckgenehmigungsakten haben einen Gesamtumfang von ca. 130 lfm oder ca. 3.600 Bänden und liegen für die Planjahre 1947 bis 1991 vor. Eine Akte umfasst im Schnitt 23 Vorgänge. Ein Druckgenehmigungsvorgang besteht in der Regel aus einem Titelbogen oder Druckgenehmigungsbogen mit formalen Angaben, den Gutachten und gegebenenfalls Schriftwechsel.

Der Bestand ist derzeit durch ein vorläufiges Verzeichnis erschlossen. Die Klassifikation zeigt eine sehr uneinheitliche Struktur: Die Ablage erfolgte nach Jahrgängen, nach Autoren, nach Titeln und nach Verlagen. Die vorläufige Erschließung geht bis zum Aktenband unter Hinzufügung von Jah-

reszahl oder Buchstabenfolge. Einzelne Druckgenehmigungsvorgänge sind nicht erfasst. Ablagefehler kommen häufig vor. Bei Nachauflagen wurden die alten Vorgänge oft „mitgeschleppt“. Im Allgemeinen bedarf es für Recherchen bereits der Kenntnis genauer bibliografischer Angaben. Die Suche nach einzelnen Vorgängen ist oft mit „Umwegen“ und der Bestellung einer größeren Anzahl von Akten verbunden oder bleibt ohne Erfolg. Ein auch weiter anhaltendes Interesse an dieser äußerst stark benutzten Quelle ist absehbar.

### Vorbereitung und Start des Projekts

Vor dem beschriebenen Hintergrund hatte es wiederholt Überlegungen zu einer vertieften Erschließung gegeben. Im Jahr 2008 konkretisierte sich das Vorhaben einer Digitalisierung der Druckgenehmigungsvorgänge. Eine Analyse sah das Projekt im Einklang mit dem Grundsatzpapier „Digitalisierung im Bundesarchiv“. Entscheidend waren der hohe Quellenwert, die starke Benutzernachfrage und erschwerte Recherchemöglichkeiten. Aus Kostengründen wurde die Bearbeitung auf die am stärksten benutzten belletristischen Druckgenehmigungsvorgänge beschränkt (ca. 1.100 Bände). Das Vorgehen sah die Verfilmung, Digitalisierung, Erschließung und Verknüpfung des Findmittels auf dem Weg der Auftragsvergabe an eine Firma vor. In der Vorbereitungsphase wurde das Projekt bis zur Vertragsreife gebracht.

Das Ziel der inhaltlichen Erschließung sollte die Erstellung eines detaillierten Verzeichnisses der einzelnen Druckgenehmigungsvorgänge sein, also eine vertiefte Erschließung durch Enthält-Vermerke. Es wurde die Erfassung von Autor, Titel, Verlag, Drucknummer und Jahr aus den formalen Angaben der Druckgenehmigungsbögen vorgesehen. Aus den Vorgängen selbst sollten die Hinweise auf vorhandene Gutachten und die Namen der Gutachter ermittelt werden.

Zur urheberrechtlichen Problematik einer geplanten Veröffentlichung der namentlich gezeichneten Gutachten im Internet wurden Stellung-

nahmen des Referates Z 3 sowie der Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) eingeholt. Diese verwiesen auf die Gefahr urheberrechtlicher Klagen. Zu berücksichtigen ist, dass Verlags- und Außengutachten zum Teil urheberrechtlichen Bestimmungen unterliegen und dass ein Teil der Gutachter-Namen in der Datenbank der VG Wort hinterlegt ist. Insofern werden zwei Findmittel-Varianten mit Digitalisaten erarbeitet. Eine vollständige Fassung soll im Benutzersaal in Berlin-Lichterfelde zur Verfügung stehen. Im Internet wird eine verschlankte Variante zugänglich sein, aus der die namentlich gezeichneten Verlags- und Außengutachten herausgelöscht wurden. An deren Stelle wird ein Hinweisblatt eingefügt, das über die Möglichkeit einer Benutzung der vollständigen (digitalisierten) Akte auf Antrag nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes informiert. Die Gutachten können also wie bisher nach der Unterzeichnung einer Verpflichtungserklärung persönlich eingesehen oder als Kopien bestellt werden.

Zur komfortableren Benutzung der Digitalisate wird für jede digitalisierte Akte eine sogenannte Orientierungsoberfläche angelegt. Sie wird aus den Kopfteilen der einzelnen Druckgenehmigungsbögen erstellt. Unter den Kopfteilen werden jeweils Autor und Werk vermerkt. Die Druckgenehmigungsbögen liegen in der Regel am Anfang eines jeden Vorgangs. Sie ermöglichen als strukturelevante Schriftstücke dem Benutzer eine schnelle Orientierung im Aktenband. Wie gewohnt gelangt man im Online-Findbuch durch Öffnen einer Klassifikationsgruppe zum Aktenverzeichnis mit Signaturen, Titeln und Enthält-Vermerken. Am Ende der Enthält-Vermerke findet sich jeweils der Link „Akte einsehen“, über den man zur Orientierungsoberfläche kommt. Durch Anklicken eines ausgewählten Kopfteiles lässt sich der Druckgenehmigungsbogen öffnen. Damit ist man im konkreten Vorgang und bei den Digitalisaten angelangt, wo beliebiges Blättern und Ausdrucken möglich sind. Die Orientierungsoberfläche ermöglicht es dem Benutzer also, ohne Durchsuchen des gesamten Aktenbandes zum Ziel zu kommen.

Nach Ausräumen verschiedener Hindernisse bestand Klarheit über das konkrete Vorgehen: Verfilmung der ausgewählten Bände, Herstellung der Digitalisate, Erschließung, Verknüpfung des Findmittels, Ersetzen der Digitalisate durch Hinweisblätter, Gestaltung der Orientierungsoberflächen, Anfertigung von zwei Dateien, Erstellung einer Findbucheinleitung und Online-Stellung.

Auf der Grundlage der Vorarbeiten wurde beim Referat Z 5 ein Beschaffungsantrag mit umfangreichen Anlagen vorgelegt. Im Dezember 2008 erhielt die Firma ArchivInForm den Zuschlag durch das Beschaffungsamt des BMI.

Parallel zur Vorbereitung des Projektablaufes erfolgte die Bearbeitung des Findmittels für die Datenbankeingabe. Die fertige Datei im EAD-Format wurde im Dezember 2008 an die Firma ArchivInForm übersandt. Dort konnte nach Abschluss von Verfilmung und Digitalisierung Ende Februar 2009 eine probeweise Bearbeitung beginnen. Hierbei ergaben sich Hinweise für die zeitgleich zu erstellenden umfangreichen Bearbeitungsrichtlinien. Der Zeitplan sieht für die Firma eine Bearbeitungszeit von zehn Monaten vor, von Dezember 2008 bis Oktober 2009. Die Bearbeitung erfolgt über das Programm MIDEX, ein Software-Werkzeug für die integrierte Internet-Präsentation von Archivgut.

Inzwischen kann eine erste positive Bilanz gezogen werden: Das Projekt ist termingerecht gestartet, der vorgesehene Zeitplan konnte mit Abschluss von Verfilmung und Digitalisierung bisher eingehalten werden. Erste Arbeitsergebnisse liegen vor und wurden bei einer Besprechung der Abteilung DDR am 1. April 2009 vorgestellt. Bei weiter gutem Verlauf ist mit der Online-Stellung zum Ende des Jahres zu rechnen. Mit der elektronischen Publikationsform wird durch erhöhten Nutzungskomfort eine erhebliche Verbesserung der bislang schwierigen Recherchemöglichkeiten für Benutzer und Archivare – bei gleichzeitigem Schutz des Archivgutes – erreicht. Zugleich zeichnen sich neue Forschungsansätze ab.

*Johanna Marschall-Reiser*

## 60 Jahre NATO – 10 Jahre NATO-Archiv: Archivische Kernaufgaben im multinationalen Kontext

Unter dem doppelsinnigen Motto „NATO through its Archives“ veranstaltete das Archiv der Nordatlantischen Vertragsorganisation in deren Brüsseler Hauptquartier im März 2009 eine eintägige Konferenz zur NATO-Geschichte anlässlich des sechzigjährigen Bestehens des Bündnisses. Die dort gehaltenen Vorträge spiegelten nicht nur die Bandbreite der historischen Forschung zur Geschichte der Allianz wider; sie vermittelten zugleich einen Eindruck davon, wie erfolgreich die Bemühungen um die archivische Sicherung des historischen Erbes der NATO während des zurückliegenden Jahrzehnts gewesen sind. Denn vor genau zehn Jahren wurde auf Beschluss des Nordatlantikrates, den auch das Bundesarchiv gemeinsam mit seinen Partnerinstitutionen durch einen jahrelangen Diskussionsprozess initiiert hatte, ein eigenes Archiv eingerichtet.

Öffentliche Aufmerksamkeit finden vor allem die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der inzwischen 28 Mitgliedstaaten des NATO-Bündnisses. Allerdings bleiben Vorstellungen darüber, was die NATO eigentlich ist, häufig diffus. Tatsächlich hat das NATO-Bündnis eine ebenso weitläufige wie komplexe und vielschichtige Organisationsstruktur<sup>1</sup>. Etwa 4.000 Personen sind im Brüsseler Hauptquartier tätig<sup>2</sup>. Das Wirken der ausgedehnten zivilen und militärischen Bürokratie der Allianz schlägt sich in Akten und elektronischen Unterlagen nieder, die eine wesentliche Quellengrundlage für die Erforschung der transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft sind. Für diese Überlieferungsbildung ist der strukturelle Aufbau des Bündnisses konstitutiv. Und auch der Zugang zu den Unterlagen hängt wesentlich von den Funktionsprinzipien der NATO ab.

### Organisationsstrukturen

Die Mitgliedstaaten der NATO arbeiten zwar eng zusammen, sie haben dem Bündnis aber – im Unterschied zur EU hinsichtlich bestimmter Politik-

felder – keine direkten Souveränitätsrechte übertragen. Die NATO ist also eine multinationale, aber eben keine supranationale Organisation. Das Bündnis beruht auf der freiwilligen Kooperation zwischen souveränen Staaten. Entscheidungen werden einvernehmlich, d.h. durchgängig im Konsensverfahren getroffen. Was für Fragen der ‚großen Politik‘ gilt, findet seine Entsprechung auch bei der Beschlussfassung und bei der Umsetzung archivischer Kernaufgaben, nämlich der Sicherung und der Zugänglichmachung archivwürdiger Unterlagen des Sicherheits- und Verteidigungsbündnisses.

Prägend für die Entwicklung der Allianz war die „Bildung einer integrierten militärischen Struktur, dass heißt im Kern einer NATO-Kommando- und Streitkräftestruktur, und eines politischen Ordnungsrahmens für die Zusammenarbeit der nationalen Streitkräfte mit und unter den NATO-Befehlshabern und ihren Hauptquartieren auf allen Ebenen bei gleichzeitiger Wahrung des Rechts der Nationen auf souveräne Entscheidungen und die politische Kontrolle durch die zuständigen NATO-Gremien“<sup>3</sup>.

Das oberste Entscheidungsorgan des Bündnisses ist der Nordatlantikrat, der sowohl auf der Ebene der Regierungschefs, der Außen- und Verteidigungsminister als auch der Ständigen Vertreter (d.h. der nationalen Botschafter bei der NATO) tagen kann. Das Exekutivorgan der NATO ist das Generalsekretariat mit dem Generalsekretär an der Spitze. Dem Generalsekretariat nachgeordnet ist der Internationale Stab (International Staff – IS) mit etwa 1.200 zivilen Mitarbeitern<sup>4</sup>. Der an die Weisungen des Nordatlantikrates gebundene Militärausschuss (Military Council – MC) setzt sich aus den militärischen Stabschefs der Mitgliedstaaten bzw. deren Ständigen Militärischen Vertretern zusammen. Der Internationale Militärstab (International Military Staff – IMS) umfasst etwa 400 Mitarbeiter, darunter vorwiegend Militärs. Der IMS hat die Aufgabe Pläne auszuarbeiten, Lage- und Situationsbeurteilungen zu erstellen

und dem MC grundsätzliche Empfehlungen auszusprechen.

Das Grundelement der Arbeitsprozesse des Bündnisses sind derzeit etwa 300 Ausschüsse (committees). Einer Vielzahl von Leitungsgremien unterstehen jeweils Unterorgane, welche die ständige Arbeit zwischen den Tagungen des Hauptorgans koordinieren. Diesen nachgeordnet sind schließlich zahlreiche administrative Organe, die die politischen und militärischen Beschlüsse vorbereiten und ausführen.

An der Spitze der militärischen Kommando- und Befehlsstruktur im engeren Sinn stehen seit 2002/2003 zwei funktional ausgerichtete strategische Hauptquartiere: das Allied Command Operations (ACO) im belgischen Mons mit seinem Hauptquartier SHAPE<sup>5</sup> sowie das Allied Command Transformation (ACT)<sup>6</sup> in Norfolk, USA. Diese neue militärische Kommandostruktur hat das während des Kalten Krieges ausgebildete Netzwerk von bis zu sechzig fest eingerichteten NATO-Hauptquartieren abgelöst.

Mit den tiefgreifenden Veränderungen einer über mehrere Jahrzehnte gewachsenen Organisation gingen auch Verwerfungen in der Überlieferung einher – ein vom Transformationsprozess der Bundeswehr in der Abteilung Militärarchiv des Bundesarchivs nur allzu bekanntes Phänomen! Heute ist das Allied Command Operations federführend für die militärische Führung aller Einsätze des Bündnisses<sup>7</sup>.

### **Komplizierte Registraturverhältnisse, komplexe Überlieferungsstrukturen**

Die vorangegangenen Ausführungen lassen erkennen, dass die Registraturverhältnisse und Überlieferungsstrukturen des Bündnisses komplexer sind, als dies ein zu monolithischen und zentralistischen Assoziationen neigender Betrachter des Bündnisses annehmen könnte. Der Hinweis, „entsprechende Unterlagen würden ja bei der NATO liegen!“, ist denn auch eine wenig zielführende Binsenweisheit. Eine im Zusammenhang mit dem Aufbau einer eigenen Archivorganisation der



Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954, mit denen die Voraussetzung für den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO geschaffen werden, links: Bundeskanzler Adenauer. Bundesarchiv, Bild 183-27146-0001 (Fotograf: o. Ang.)

NATO im Jahre 1999/2000 erstellte Situationsanalyse evaluierte mehr als einhundert Zentral- und Teilregistraturen innerhalb der Zuständigkeitsbereiche des Internationalen Stabes, des Internationalen Militärstabes sowie der zahlreichen nachgeordneten Kommandobehörden und Ämter.

Das Bündnis verfügt bis heute weder über einen einheitlichen Aktenplan, noch wird ein solcher durchgängig angewendet. Auch für die Aktenaussonderung gab es kein einheitliches Regelwerk; die selbständige Vernichtung nicht mehr benötigter Unterlagen war vielerorts der Regelfall. Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre wurden zwar, nicht zuletzt durch die Bemühungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NATO-Archivs, wichtige, für das Entstehen einer geordneten Überlieferung nötige Standards entwickelt und mit der Implementierung begonnen. Dennoch bleibt die Situation heterogen: Während auf der einen Seite die NATO durch eine Information Management Policy bündnisweit Richtlinien für den nachhaltigen Umgang mit elektronischen Unterlagen einzuführen versucht und vielfach leistungsfähige Registraturen anzutreffend sind, begegnet der NATO-Archivar an anderen Stellen ungeordneten Sachbearbeiterablagen und Fileserverunterlagen, die wegen organisatorischer Veränderungen nicht selten ad hoc archivisch gesichert werden müssen. Personelle Fluktuation auf den zivilen und militärischen Dienstposten erschwert zudem wirksame Vereinbarungen zur regelmäßigen und geordneten Aussonderung nicht mehr benötigter Unterlagen.

Nationalspezifische Traditionen und Selbstverständnisse sowie die Politisierung auch vergleichsweise belangloser Sachverhalte waren und sind kein leichtes Umfeld für die flächendeckende Umsetzung archivischer Belange. Geheimhaltung ist überhaupt ein zentrales Problem, dem die archivischen Kernaufgaben der Sicherung und Zugänglichmachung historisch bedeutsamer Unterlagen begegnen.

### **Eine eigene Archivorganisation der NATO**

Die Vergegenwärtigung eines halben Jahrhunderts NATO-Geschichte bei gleichzeitig sich fundamental wandelnden Zukunftsaufgaben hatte im

Jahre 1999 die Mitgliedstaaten zu der gemeinsamen Entscheidung bewogen, das historische Erbe des Bündnisses durch den Aufbau einer eigenen Archivorganisation zu sichern und zugänglich zu machen. Das NATO-Archiv gehört heute der Public Diplomacy Division des Internationalen Stabes an. Es verfügt über die herkömmliche archivische Infrastruktur<sup>8</sup>.

Parallel konstituierte sich der NATO-Archivschutz (Archives Committee). Dieser soll den Nordatlantikrat in allen Fragen hinsichtlich der Sicherung von historisch bedeutsamen Unterlagen ziviler wie militärischer Provenienz innerhalb der NATO-Organisation beraten und begleitet die Arbeit des NATO-Archivs. Er fungiert als wichtige Kommunikationsplattform für den multilateralen Interessenausgleich bei der Fortentwicklung des Archivprogramms sowie bei der Zugänglichmachung von NATO-Archivgut. Das Gremium tagt mindestens einmal jährlich – häufig in Verbindung mit einem fachspezifischen Workshop – und setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Ständigen Vertretungen der NATO-Mitgliedstaaten sowie je einem nationalen archivfachlichen Vertreter. Für das Bundesarchiv nimmt diese Aufgabe der Referatsleiter MA 1 wahr.

Rechtsgrundlagen im engeren Sinn, aus denen sich die Aufgaben, Zuständigkeiten und Arbeitsweisen des NATO-Archivs sowie Regularien für den Zugang zu Archivgut der NATO ableiten ließen, die etwa den deutschen Archivgesetzen vergleichbar wären, gibt es nicht. Entsprechendes wäre mit dem übergeordneten Rahmen der freiwilligen Kooperation souveräner Staaten nicht vereinbar. Die der Arbeit des NATO-Archivs zugrunde liegenden Regelwerke sind Vereinbarungen und Richtlinien, auf welche sich alle Bündnisstaaten zuvor im Konsens verständigt haben.

Von grundlegender Bedeutung ist die Policy on the Public Disclosure of NATO Information (PPD) mit der Zielsetzung, „to inform public opinion and broaden the understanding of the purposes, principles and results of the common endeavour of NATO in all its fields of activity; to stimulate discussion about NATO through the examination of information that documents NATO’s evolution, missions, policies, consultations and decision making; and to promote and facilitate research

about NATO”<sup>9</sup>. Demnach sollen alle Unterlagen der Allianz, die historisch bedeutsam und wenigstens dreißig Jahre alt sind, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist aber, dass die Unterlagen keiner Geheimhaltung mehr unterliegen und dass die verantwortlichen Stellen aller Mitgliedstaaten ihre Zustimmung dazu erteilt haben. Die Verantwortung für die Aufhebung des Geheimnisschutzes folgt, wie in Deutschland auch, dem sogenannten Originator-Prinzip, d. h. sie liegt allein bei der eine Verschlussache herausgebenden Dienststelle.

Der Archiv-Ausschuss unterstützt bei der Implementierung und Weiterentwicklung der PPD durch regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie durch die Erarbeitung konkreter Richtlinien. Dem NATO-Archivar kommt die Verantwortung zu, den Prozess der Offenlegung initiativ durch Benennung relevanten Registraturguts, durch Koordination sowie durch Berichterstattung gegenüber dem Archiv-Ausschuss voranzutreiben. Die Verfahrensfragen für „declassification and public disclosure“ regelt eine spezielle Direktive, die in der Umsetzung zwischen einer systematischen, kontinuierlich entlang der 30-Jahres-Frist betriebenen Offenlegung und einer anlassbezogenen unterscheidet. Dazu ermitteln die Mitarbeiter des Archivs in Zusammenarbeit mit den zivilen und militärischen Dienststellen der NATO jährlich die numerisch strukturierte Dokumentenüberlieferung (committee document series), die älter als dreißig Jahre ist, und bringt diese in das von der PPD vorgegebene Zustimmungsverfahren ein.

Mit der Implementierung der PPD ist es gelungen, eine Rückgratüberlieferung zur Geschichte des Bündnisses zu sichern und zugänglich zu machen. Bei den einschlägigen Unterlagen handelt es sich um Dokumente, die am Ende eines Bearbeitungs- und Entscheidungsprozesses stehen, ohne diesen selbst wiederzugeben. In den zurückliegenden zehn Jahren haben die Mitarbeiter des NATO-Archivs die Überlieferung der in den vergangenen Jahrzehnten bis zu 467 zeitweilig oder dauerhaft eingerichteten Ausschüsse des Bündnisses in den Registraturen ermittelt und deren „document series“ für die Offenlegung und öffentliche Zugänglichmachung gegenüber den Mitgliedstaaten vor-

geschlagen. Im Ergebnis können inzwischen mehr als eine Viertelmillion Dokumente aus dem Zeitraum 1949 bis 1974 von der wissenschaftlichen Forschung und seitens der interessierten Öffentlichkeit recherchiert und eingesehen werden<sup>10</sup>. Regelmäßig erhalten die Mitgliedstaaten ein Access-gestütztes Gesamtverzeichnis aller offengelegten Dokumente, die nach Provenienz, Aktenzeichen, Betreff und Laufzeit recherchierbar sind. Historiker erkennen an, dass damit eine erste wichtige Grundlage für die Erforschung der NATO und des Kalten Krieges geschaffen worden ist<sup>11</sup>.

### Schwer zugängliche Dokumentation der Entscheidungsprozesse

Der mit viel Engagement und Mühen erreichte Stand der Überlieferungsbildung im NATO-Archiv kann dennoch nur ein Zwischenziel sein, denn die „document series“ umfassen, wie angedeutet, nur die Schlussfassungen von Dokumenten, die vom Nordatlantikrat, den Ausschüssen, Kommandobehörden und der sonstigen NATO-Administration an die Mitgliedstaaten weitergeleitet wurden. Die zugrunde liegenden Entscheidungsfindungsprozesse sind insbesondere in Sachakten (subject files) überliefert, die von der systematischen Offenlegung ausgenommen sind. Hier gestaltet sich die Zugänglichmachung ungleich schwieriger. Über das richtungsweisende Beispiel der Harmel-Akten aus dem Jahre 1967 hinaus konnten in den zurückliegenden Jahren keine Fortschritte erzielt werden<sup>12</sup>.

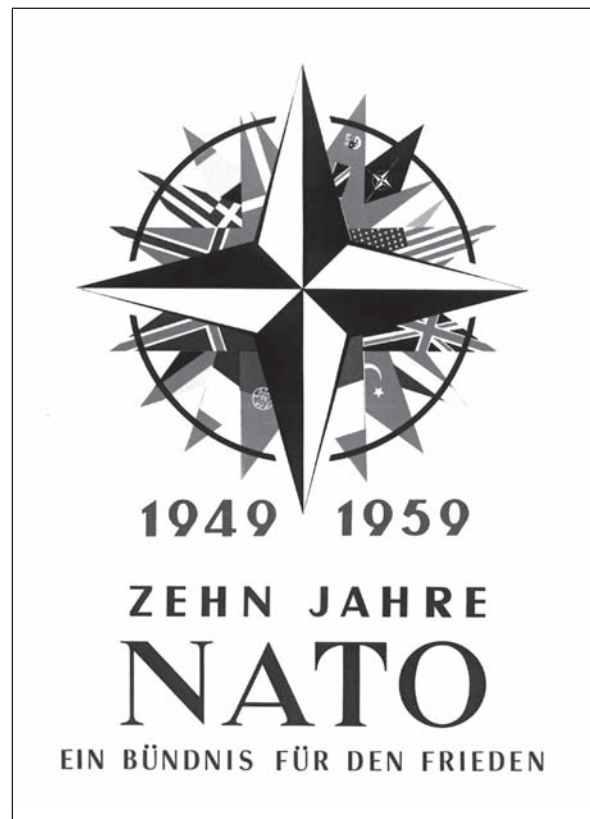
Entsprechende Bedeutung wurde dem im Jahre 2007 durch das Bundesarchiv in den Archiv-Ausschuss eingebrachten Antrag auf die Offenlegung von 56 (!) Dokumenten aus NATO-Provenienz beigemessen, die Bestandteil der in Freiburg verwahrten Überlieferung des früheren, streng geheim gehaltenen tri-nationalen Planungstabes „LIVE OAK“ für die Verteidigung West-Berlins sind<sup>13</sup>. Nach mehr als eineinhalb Jahren passierte der deutsche Antrag die Verschweigefrist (silence procedure) im Januar 2009 ohne Einsprüche eines oder mehrerer Mitgliedstaaten, woraufhin auch diese Unterlagen in die Benutzung gegeben werden können. Während der Verschweigefrist erhalten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre Bedenken schriftlich mitzuteilen. Das Verfahren



NATO-Werbepostkarte, 1956  
Bundesarchiv, Plak 005-042-012

bietet politisch-diplomatische Flexibilität beim Ausgleich nationaler Positionen, bedingt aber, wie das Beispiel von „LIVE OAK“ zeigt, zeitintensive Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse.

Der im Gefolge des deutschen Antrages gestarteten Initiative des NATO-Archivs, ergänzend ausgewählte „subject files“ der NATO zur zweiten Berlin Krise 1958/61 offenzulegen, begegneten denn auch Vorbehalte einzelner Mitgliedstaaten<sup>14</sup>. Die eingangs erwähnte öffentliche Tagung des NATO-Archivs im März 2009 ist sicherlich ein geeigneter Schritt, innerhalb des Bündnisses um Akzeptanz und Unterstützung für das „declassification and public disclosure program“ zu werben. Abschließend sei die noch nicht abgeschlossene Einführung eines Aussonderungs- und Bewertungskataloges (retention and disposition schedule) erwähnt, der im Rahmen eines Workshops des Archiv-Ausschusses im November 2008 diskutiert wurde<sup>15</sup>. Der vorliegende Entwurf einer operationalisierenden Direktive benennt grundsätzlich archivwürdige Unterlagen wie beispielsweise die Überlieferungen von Nordatlan-



Zehn Jahre NATO. Ein Bündnis für den Frieden, 1959  
Bundesarchiv, Plak 005-042-009

tikrat und des NATO-Militärausschusses, der zivilen und militärischen Spitzengremien sowie acht weiterer sogenannter „top category committees“, deren Mitglieder sich ausschließlich aus den Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsministern sowie den Botschaftern der Mitgliedstaaten zusammensetzen.

### NATO-Archiv und Bundesarchiv

Die archivische Sicherung und Zugänglichmachung der NATO-Überlieferung ist auch für die Arbeit der Abteilung Militärarchiv von Bedeutung. Denn die Geschichte der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland während der zurückliegenden sechzig Jahre lässt sich kaum von der Geschichte des nordatlantischen Bündnisses trennen. Auch wenn die Aufnahme Deutschlands in die NATO noch bis zum Jahre 1955 auf sich warten ließ, waren die nationale Verteidigungsplanung der Bundesrepublik und die Fortentwicklung der NATO-Strategie während des Kalten Krieges untrennbar miteinan-

der verwoben. Längst stützt sich die diesbezügliche historische Forschung nicht mehr nur auf die nationale Überlieferung<sup>16</sup>. Der weltpolitische Umbruch in den 1990er Jahren und der damit einhergehende Wandel der NATO „vom Verteidigungsbündnis zum Instrument globaler Stabilitätsprojektion“<sup>17</sup> ändert an diesem Befund nichts, im Gegenteil.

An die Stelle der bipolaren Konfrontation des Kalten Krieges sind Sicherheitsrisiken getreten, die nicht nur von militärischer Gewalt anderer Staaten ausgehen, sondern auch von Konfliktursachen wie Armut und Massenelend, Umweltzerstörung oder von ethisch und religiös motivierter Gewalt. Globalisierung und Staatsabschwächung haben weitreichende Auswirkungen auf die Gestaltung staatlicher Sicherheitspolitik. Sicherheitspolitik ist nicht nur auf die Prävention und Deeskalation von Konflikten angelegt. Sie ist multidimensional ausgerichtet, indem sie diplomatische, polizeiliche, militärische sowie wirtschaftliche Elemente verbindet. In einer demokratischen Gesellschaft muss die Sicherheitspolitik generell und bei Einzelentscheidungen immer wieder neu legitimiert werden (Parlamentsvorbehalt für den Einsatz der Bundeswehr) und öffentliche Akzeptanz finden.

Die globale Projektion von Sicherheitsrisiken hat aber auch eine multilaterale Sicherheitspolitik zur Folge<sup>18</sup>. Programmatisch erklärt das vom Bundesministerium der Verteidigung im Jahre 2006 herausgegebene „Weißbuch“ folgerichtig: „Die transatlantischen Beziehungen bleiben die Grundlagen deutscher und europäischer gemeinsamer Sicherheit. Sie bilden das Rückgrat der Nordatlantischen Allianz, des stärksten Ankers der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“<sup>19</sup>.

Während der Zeit des Kalten Krieges erstreckte sich die Geschichte der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses im Wesentlichen auf die Entscheidungsfindung auf politisch-strategischer Ebene. Natürlich gab es auch in der NATO Operationsplanungen für den Einsatz der Bundeswehr selbst unter den Bedingungen des Atomkrieges. Gottlob blieb es bei Annahmen; allenfalls die Erforschung von Anlage und Auswertungen von NATO-Manövern mag ein operationsgeschichtlich relevantes Erkenntnispotenzial bieten<sup>20</sup>.

Seit den weltpolitischen Veränderungen der 1990er Jahre verändert sich dies Schritt für Schritt. Der durch das vorläufige Ende der Staatenkriege beförderte Traum vom ‚ewigen Frieden‘ wurde enttäuscht. Im Jahre 2009 befinden sich mehrere Tausend Bundeswehrangehörige in Einsätzen auf drei Kontinenten – die Bundeswehr als Armee im Einsatz ist nicht nur Realität, sie ist auch Normalität<sup>21</sup>. Keiner der 1991 begonnenen Auslandseinsätze der Bundeswehr erfolgte im nationalstaatlichen Alleingang. Die meisten deutschen Militärmissionen, insbesondere die größeren Engagements auf dem Balkan und in Afghanistan, waren bzw. sind Bestandteil von NATO-Einsätzen. Dabei hat sich insbesondere der ISAF-Einsatz in Afghanistan zu einem regelrechten Katalysator für die Umgestaltung der Führungs- und Einsatzstrukturen, aber auch des Selbstverständnisses der NATO entwickelt<sup>22</sup>.

Selbst wenn unter Annahme bestmöglicher Bedingungen die archivwürdigen Unterlagen der, um beim Beispiel Afghanistan zu bleiben, am ISAF-Einsatz im weiteren Sinn beteiligten deutschen Provenienzstellen vollständig an das Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv abgegeben würden, so bildete diese Überlieferung nur einen perspektivischen Ausschnitt ab, nämlich den des nationalen Befehlsstranges. Doch der Bundeswehreininsatz in Afghanistan ist ein integraler Bestandteil der übergeordneten ISAF-Mission der NATO. ISAF gliedert sich in fünf Regionalkommandos, von dem Deutschland als Führungsnation das Regional Command North anführt. Die jüngsten Ereignisse zeigen einmal mehr, dass die dortige Entwicklung nicht isoliert verläuft. Die oberste politisch-strategische Kommandoebene des internationalen Militäreinsatzes ist das NATO-Hauptquartier in Brüssel. Weisungen des Generalsekretärs, in der Regel auf der Grundlage von Beschlüssen des Nordatlantikrates, werden durch das Allied Command Operations/SHAPE bzw. das nachgeordnete Allied Joint Force Command Headquarters im niederländischen Brunssum per Weisungen an den turnusmäßig wechselnden Befehlshaber des NATO-Hauptquartiers in Kabul umgesetzt. Von dort erhält der Befehlshaber des Regional Command North bzw. der Befehlshaber des deutschen Einsatzkontingentes unter Berücksichtigung nationaler Einsatzbeschränkungen – parallel zum nationalen Befehlsstrang (Bundes-

minister der Verteidigung/Einsatzführungsstab des BMVg/Einsatzführungskommando der Bundeswehr) – seine Weisungen<sup>23</sup>.

Welche Unterlagen deutscher militärischer Vertreter und Dienststellen im Zusammenhang mit NATO-Einsätzen wie KFOR (im Kosovo) und ISAF oder von Einsätzen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik<sup>24</sup> auch von der Abteilung Militärarchiv übernommen werden – sie bieten stets nur eine begrenzte Perspektive und eingeschränktes Erkenntnispotential. Die Geschichte des sicherheitspolitischen Engagements Deutschlands lässt sich allein auf der Grundlage der nationalen Überlieferung und ohne Berücksichtigung von NATO- und EU-Überlieferung nicht mehr hinreichend erforschen. Die Tragweite dieser Feststellung erschließt sich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich historisch bedeutsame Ereignisse mit zunehmender gesamtgesellschaftlicher Relevanz sind. So hat beispielsweise der im Jahre 2001 begonnene Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan bislang über 2,6 Milliarden Euro gekostet. Eine zunehmende Zahl der am Hindukusch eingesetzten Männer und Frauen kehrt mit posttraumatischen Stresssymptomen nach Hause zurück. Die Zahl der durch Anschläge oder Kampfhandlungen getöteten Bundeswehrangehörigen steigt kontinuierlich an. Nicht zufällig setzt angesichts der negativen Schlagzeilen aus Afghanistan erstmals eine breitere öffentliche Auseinandersetzung über die Ziele und Folgen der Auslandseinsätze der Bundeswehr ein<sup>25</sup>.

Ein Scheitern des momentan mit über 58.000 Soldaten aus 42 Nationen ausgeführten internationalen ISAF-Einsatzes dürfte auch gravierende Auswirkungen auf die zukünftige Fähigkeit des Nordatlantischen Bündnisses nach sich ziehen, als globale Ordnungsmacht in Erscheinung zu treten<sup>26</sup>. Von den Folgen einer solchen Entwicklung wäre die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in mehrfacher Hinsicht betroffen. Da mag eine in diesem Zusammenhang auch an die Arbeit der Archive gerichtete Grundforderung zitiert werden: „Ein demokratisierter Informationszugang ist Grundlage für die [...] unerlässliche Evaluierung jeder einzelnen Mission der Bundeswehr. Aus-

landseinsätze sind eine kostspielige und nicht nur für die Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz, sondern für die gesamte Gesellschaft potenziell riskante Angelegenheit. Die staatliche Anwendung von Gewalt ist eine derartige Ausnahmesituation, dass sie nicht nur einer moralischen und legalen Begründung bedarf, sondern auch einer seriösen Einschätzung ihrer Effektivität. Dabei ist eine klare Definition dessen nötig, was erreicht werden soll und zu welchen politischen, menschlichen und wirtschaftlichen Kosten, mit welchen Nebenwirkungen und in welchem Zeitraum. Eine solche Prüfung, gemessen an klar formulierten Zielen, ist in anderen staatlich geförderten Projekten eine Selbstverständlichkeit. Wenn bei der Kontrolle des Militärapparates ein anderer Anspruch gelten sollte, dann eher ein höherer<sup>27</sup>. Die jüngste öffentliche Diskussion über die Anwendbarkeit des Wortes „Krieg“ auf das militärische Engagement Deutschlands in Afghanistan unterstreicht diese Forderung nachdrücklich<sup>28</sup>.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ein zentrales Handlungsfeld des Staates. Der Kernauftrag des Bundesarchivgesetzes, historisch bedeutsame Unterlagen für die Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft zu sichern und zugänglich zu machen, kann heute nur in einem größeren Bezugsrahmen erfolgen. Die profunde Kenntnis von Aufgaben, Funktions- und Organisationsstrukturen der NATO und ihren Veränderungen unterstützt die konzeptionelle Begründung der nationalen archivischen Überlieferungsbildung und befähigt zugleich zur kompetenten, über den ‚Tellerrand‘ der eigenen Bestände hinausblickenden Beratung von Archivbenutzern<sup>29</sup>. Zugleich liegt es in der Verantwortung der archivfachlichen Vertreter der Mitgliedstaaten der NATO, die Bildung einer aussagekräftigen Archivüberlieferung des Bündnisses und den Zugang für Forschung und interessierte Öffentlichkeit durch Erschließung und rechtliche Regelungen weiterzuentwickeln. Der Archiv-Ausschuss der NATO ist hierfür das richtige Gremium. Dieser Anspruch muss auch dann bestehen bleiben, wenn seine Umsetzung nach dem heutigen Stand der Dinge wohl noch sehr viele kleine und mühevollen Schritte erfordern wird!

*Andreas Kunz*

## Anmerkungen

- 1) Das in unregelmäßigen Abständen von der Public Diplomacy Division der NATO herausgegebene NATO-Handbuch vermittelt die grundlegenden Kenntnisse über den organisatorisch-strukturellen Aufbau des Bündnisses. Die zuletzt 2006 erstellte Ausgabe ist unter <http://www.nato.int/docu/handbook/2006/hb-en-2006.pdf> (Stand 30.5.2009) verfügbar. Die aktuelle Organisationsstruktur ist einsehbar unter <http://www.nato.int/cps/en/SID-3BB-FC6EF-FFB6F89F/natolive/structure.htm> (31.5.2009).
- 2) Etwa die Hälfte von ihnen gehört den nationalen Delegationen an, die ihren Sitz am NATO-Hauptquartier haben. Zu Aufgaben und Organisation der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der NATO siehe [www.nato.diplo.de](http://www.nato.diplo.de)
- 3) Klaus Wiesmann: Die NATO, in: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff. Hrsg. von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Hamburg 2001, S. 635–670, Zitat S. 641.
- 4) Der Internationale Stab umfasst derzeit sechs Abteilungen, die von einem Beigeordneten Generalsekretär (Assistant Secretary General) geleitet werden: Division of Political Affairs and Security Policy, Operations Division, Division of Defence Investment, Division of Defence Policy and Planning, Division of Public Diplomacy sowie die Executive Management Division.
- 5) SHAPE – Supreme Headquarters Allied Powers Europe
- 6) Transformation meint den in den modernen Streitkräften Europas und Nordamerikas stattfindenden Umbau und deren Reformierung, um die nach dem Ende des Kalten Krieges entstandenen neuen Anforderungen von Konfliktvorsorge und -bewältigung anzupassen. Vgl. Wilfried von Bredow: Probleme der Transformation und das neue Bild des Soldaten, in: Europäische Sicherheit 4/2009, S. 56–58
- 7) Auf dem operationellen Level sind unterhalb des Allied Command Operations/SHAPE zwei sogenannte Joint Force Commands (Brunsum und Neapel) für die Führung von Landoperationen sowie das Joint Headquarters in Lissabon unterstellt, welches ein verlegbares seegestütztes Hauptquartier betreiben kann. Vgl. auch Wilhelm Bocklet: Neue Strukturen für neue Aufgaben, in: Strategie und Technik, April 2009, S. 15–16
- 8) <http://www.nato.int/archives/>
- 9) <http://www.nato.int/archives/policy.htm> (Stand 11.6.2009)
- 10) <http://www.nato.int/archives/available.htm>
- 11) Lawrence S. Kaplan: The Development of the NATO Archives, in: Cold War History 3 (2003), S. 103–106
- 12) <http://www.nato.int/archives/files.htm> (Stand 11.6.2009). Die auf den Vorschlag des belgischen Außenministers Pierre Harmel im Dezember 1966 vom Nordatlantiktatrat in Auftrag gegebene Studie untersuchte die grundlegenden sicherheitspolitischen Veränderungen in den seit der Gründung des Bündnisses vergangenen 20 Jahren und begründete das neue Selbstverständnis der NATO, das sich auf die Formel ‚Sicherheit gleich Verteidigung gleich Entspannung‘ bringen ließ. Vgl. Helga Haften-dorn: Entstehung und Bedeutung des Harmel-Berichts der NATO von 1967, in: VfZ 40 (1992), S. 169–221
- 13) Bestand BArch BW 71. Vgl. Sean M. Maloney: Notfallplanung für Berlin. Vorläufer der Flexible Response 1958–1963, in: Militärgeschichte, N.F. (1997), S. 3–15
- 14) Die bei nationalen Vorbehalten ins Feld geführten Ablehnungsgründe sind unterschiedlicher Natur; sie entspringen aber auch unterschiedlichen Auffassungen über Rolle und Bedeutung des Staates und unterschiedlich ausgeprägter Bereitschaft zu Transparenz und Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns. Vgl. auch Volker Gießler: Archivierung von Überlieferungen zur NATO. Erfahrungen aus der Sicht des deutschen Bundesarchivs, in: Schweizer Bundesarchiv (Hrsg.): Internationale Überlieferungsbildung, Dossier 14, 2008
- 15) <http://www.nato.int/archives/policy2.htm> (Stand 11.6.2009)
- 16) Vgl. Bruno Thoß: NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952–1960, München 2006 (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland; 1)
- 17) Johannes Varwick: Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?, München 2008, S. 139
- 18) Vgl. Sven Bernhard Gareis: Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung, 2. akt. Aufl., Opladen 2006
- 19) Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006, S. 39
- 20) Als Beispiel für eine Operationsgeschichte des Kalten Krieges vgl. die exemplarische Studie von Helmut R. Hammerich: Der Fall „MORGENGRUSS“. Die 2. Panzergrenadier-Division und die Abwehr eines überraschenden Feindangriffs westlich der Fulda 1963, in: Frank Nögler (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden, Einsichten, Perspektiven, München 2007 (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland; 7), S. 297–312
- 21) Vgl. Andreas M. Rauch: Auslandseinsätze der Bundeswehr, Baden-Baden 2006
- 22) Vgl. Diego A. Ruiz Palmer: Afghanistan als Herausforderung für die Umgestaltung, <http://www.nato.int/docu/review/2005/issue2/german/art2.html> (Stand 11.6.2009)
- 23) <http://www.nato.int/isaf/structure/comstruc/index.html> (Stand 31.5.2009). Eine anschauliche Darstellung der Befehls- und Kommandostrukturen innerhalb eines NATO-Einsatzes bietet Werner Widder: Deutsche Soldaten im Hauptquartier SFOR, in: Peter Goebel (Hrsg.): Von Kambodscha bis Kosovo. Auslandseinsätze der Bundeswehr seit dem Ende des Kalten Krieges, Frankfurt a.M. 2000, S. 216–224
- 24) Die 1999 im Kontext der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (GASP) ins Leben gerufene Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hat seit Anfang 2003 zu zwanzig polizeilich-militärischen Einsätzen weltweit geführt. Das Einsatzspektrum der ESVP umfasst humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen. Dem Politischen und Sicherheitspolitischen

- Komitee (PSK) als höchstem politischen Gremium der ESVP sind ein EU-Militärausschuss (EUMC) sowie der EU-Militärstab (EUMS) beigegeben. Zur schnellen Krisenreaktion setzt die EU das Konzept ständig verfügbarer und weltweit einsetzbarer, multinational zusammengesetzter Gefechtsverbände um. Vgl. Franco Algeri/Sibylle Lang/Michael Staack (Hrsg.): *Militärische Aspekte der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Lichte der deutschen Ratspräsidentschaft*, Bremen 2008 (Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V.; 26)
- 25) Vgl. Rüdiger Fiebig: *Einstellungen der deutschen Bevölkerung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr*, in: *Europäische Sicherheit* 7/2009, S. 14–16; Klaus Naumann: *Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen*, Hamburg 2008; Dieter Weiss, *Deutschland am Hindukusch*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43/2008, S. 6–14
- 26) Grundsätzlich dazu Klaus Olshausen: *Die Nordatlantische Allianz vor ihrem 7. Jahrzehnt*, in: *Europäische Sicherheit* 4/2009, S. 16–25
- 27) Eric Chauvistré: *Wir Gutkrieger. Warum die Bundeswehr im Ausland scheitern wird*, Frankfurt a.M. 2009, S. 168.
- 28) Vgl. u.a. Thomas Darnstädter: *Der endlose Einsatz. Warum man einen Krieg nicht leugnen soll*, in: *Der Spiegel* 31/2009, S. 34–35
- 29) So prognostiziert Rolf-Dieter Müller in seiner jüngst vorlegten Einführung in die historische Teildisziplin der Militärgeschichte: „Die dramatischen Veränderungen nach 1990 haben Kriegsbild, Aufgaben und Struktur von modernen Armeen sowie der internationalen Politik revolutioniert. Auch die Stellung des Militärs im politischen System und bei multinationalen Einsätzen erfordert neue Formen der Militärgeschichtsschreibung. Sie stützt sich – nicht nur in technischer Hinsicht – auf neuartige und vielfältige Quellen und muss dabei die meist untergeordnete Rolle des Militärs gegenüber dem politischen Primat sowie den ständig wechselnden, komplizierten Zusammenhang mit nationalen, internationalen Organisationen bis hin zu zivilen Hilfsorganisationen berücksichtigen. Aspekte des Medienkrieges, der innenpolitischen Meinungsbildung und ein erweiterter Medienbegriff sind einzubeziehen.“ [Rolf-Dieter Müller: *Militärgeschichte*, Köln 2009, S. 18]

## Die evangelische Marineseelsorge im Zweiten Weltkrieg. Ein Erschließungsprojekt im Bundesarchiv-Militärarchiv

Die Geschichte der deutschen Militärseelsorge zählt nicht gerade zu den Modethemen der modernen historischen Forschung<sup>1</sup>. Über die Gründe hierfür lässt sich trefflich spekulieren: Den militärgeschichtlich Interessierten ist sie womöglich zu „transzendent“, den Kirchenhistorikern zu „profan“, aber auch für den Profanhistoriker sind die Hemmnisse zahlreich: Weder eignet sich die Betrachtung der Militärseelsorge dazu, mit post-strukturalistischen „-ismen“ oder Theoriegebilden aufgeladen zu werden, noch bekommen Stipendien- bzw. Drittmittelgeber leuchtende Augen bei der Ankündigung eines solchen – auf den ersten Blick wohl „angestaubt“ daherkommenden – Forschungsthemas.

Dabei kann die Untersuchung der Militärseelsorge in ihren organisatorischen Strukturen wie auch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung – gerade unter den Bedingungen einer Diktatur – von großem Wert

auch für übergreifende bzw. allgemeinhistorische Fragestellungen sein. Zum einen kann sie wichtige Einblicke in Struktur, Funktionieren und Selbstverständnis eines Herrschaftssystems bieten, andererseits ein gewichtiges Licht auf die Stellung und das Selbstverständnis der Kirchen, aber auch auf Funktionszuweisungen werfen, die von außen an die Kirchen herangetragen werden. Gerade am Beispiel der nationalsozialistischen Diktatur werden dabei auch offensichtliche Widersprüche, wie etwa der zwischen der offensiven Kirchenfeindlichkeit einerseits und der Instrumentalisierung von Religion und Kirche andererseits, plastisch und dies in einem Bereich, der – Stützpfiler und Reibungsfläche zugleich – einen neuralgischen Punkt jedes Herrschaftsgefüges bildet: dem Militär.

Die Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur seit Januar 1933 war von massiven Wiederauf-

rüstungsbestrebungen begleitet. Schon 1934 war die Reichswehr der Weimarer Zeit in „Wehrmacht“ umbenannt worden, 1935 folgte die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, die dem Deutschen Reich 1919 im Zuge des Versailler Vertrages entzogen worden war. Mit dem Überfall auf Polen im September 1939 mündete diese Politik – unter einseitiger Aufkündigung der bestehenden völkerrechtlichen bzw. außenpolitischen Verträge – bekanntermaßen in den Zweiten Weltkrieg.

Wie unter diesen Bedingungen die aus dem Kaiserreich überkommene Militärseelsorge weiterexistierte, wie sie strukturell organisiert war, wer ihre Glieder und Verantwortlichen waren, was ihre Arbeit in den Friedens- und den Kriegsjahren ausmachte, ob und wie sie organisatorisch und mental in das nationalsozialistische Herrschaftssystem integriert war bzw. von diesem vereinnahmt worden ist, oder auch, ob und wie sich einzelne Personen oder ganze Gruppen von den Instrumentalisierungsbestrebungen abgegrenzt haben, sind daher nicht nur berechtigte, sondern auch höchst spannende Fragen, die noch der Beantwortung durch die Historiker harren.

### **Vom Nachlass Ronneberger zur amtlichen Überlieferung der Evangelischen Marine-seelsorge**

Gelegentlich liegen die Gründe für Forschungsde-siderata wie dem eben umrissenen aber noch um vieles näher, als dies die oben erwähnten Spekulationen vermuten lassen: wenn nämlich die Quellenüberlieferung – der notwendige „Rohstoff“ historischen Arbeitens – als ungehobener „Schatz“ in den Tiefen eines Archivs schlummert. Um einen solchen „Schatz“ handelt es sich bei der Überlieferung zur evangelischen Marine-seelsorge, die unlängst im Bundesarchiv-Militärarchiv erschlossen worden ist.

Als Erschließungsprojekt im Rahmen des zweiten Praktikums für den höheren Archivdienst war die Bearbeitung des (Teil-)Nachlasses Friedrich Ronneberger (N 237) vorgesehen. Friedrich Ronneberger (1886–1968) war seit Ende der 1920er Jahre evangelischer Marinestationspfarrer beim Kommando der Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven, seit etwa 1938 hatte er als Evan-

gelischer Marinedekan die Leitung der evangelischen Marine-seelsorge im Bereich des Marineoberkommandos der Nordsee inne. Seit Ende der 1930er bzw. dem Beginn der 1940er Jahre führte er den Titel des Dienstältesten Evangelischen Marinedekans und war in dieser Funktion Oberhaupt der gesamten evangelischen Marine-seelsorge im Nord- und Ostseebereich, zunächst der Reichswehr, später der Wehrmacht. Als die Kriegsmarine nach Kriegsende im Frühjahr 1945 teilweise in den Deutschen Minenräumdienst aufgegangen war, nahm Ronneberger im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland die Funktion des Dienstältesten Evangelischen Marinedekans bei der Deutschen Minenräumdienstleitung wahr.

Eine Prüfung des Materials aus dem Nachlass Ronneberger hat jedoch sehr schnell ergeben, dass es sich bei der Mehrzahl der Unterlagen nicht um nachlasstypisches Material, d. h. persönliche Unterlagen, sondern um amtliches Schriftgut der evangelischen Marine-seelsorge handelt. Dieses stammte darüber hinaus nicht ausschließlich aus der Tätigkeit Ronnebergers als Marinedekan im Marinestationspfarramt Wilhelmshaven, sondern umfasste auch die Überlieferung aus weiteren Provenienzstellen der evangelischen Marine-seelsorge, vornehmlich aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Zu den Provenienzbildnern zählen neben den Marinestationspfarrämtern in Kiel und Wilhelmshaven zahlreiche kleinere Marinepfarrämter bzw. -pfarrstellen im Nord- und Ostseebereich.

Es schien daher nicht zweckmäßig, die amtlichen Unterlagen weiterhin im Nachlass zu belassen. Mit Blick auf den amtlichen Charakter und die Struktur der Überlieferung lag es vielmehr nahe, nicht die Bearbeitung des Nachlasses Ronneberger in den Vordergrund zu stellen, sondern stattdessen den im Bundesarchiv-Militärarchiv bereits vorliegenden Bestand RM 26 Evangelische Marine-seelsorge – Evangelische Marinedekane zu ergänzen.

### **Bestandsgeschichte und archivarische Bearbeitung**

Ins Bundesarchiv ist die Überlieferung zur evangelischen Marine-seelsorge mit dem Nachlass des evangelischen Marinedekans Friedrich Ronneber-

ger gelangt. Ronneberger war nach dem Zweiten Weltkrieg, zu Beginn der 1950er Jahre, von der Evangelischen Kirche in Deutschland beauftragt worden, die Überlieferung der Marineseelsorge in einer Zweigstelle des Evangelischen Kirchenarchivs in Wilhelmshaven zusammenzuführen<sup>2</sup>. Er hatte in dieser Funktion zahlreiche Anstrengungen unternommen, über seine Kontakte zu ehemaligen Marinepfarrern die noch vorhandene Überlieferung der Marinegemeinden zusammenzutragen.

Im Rahmen einer ersten Bearbeitung des Nachlasses Ronneberger in den 1970er Jahren war bereits ein Teil der Akten als amtliche Überlieferung erkannt und vom Nachlass getrennt worden. Für diese Akten, die vornehmlich aus dem Marinestationspfarramt Wilhelmshaven, dem Sitz des Dienstältesten Marinedekans, stammen, war seinerzeit der bereits erwähnte Bestand RM 26 Evangelische Marinedekane gebildet worden.

Im Herbst 2008 ist nun die Erschließung der umfangreichen bisher noch unbearbeiteten Überlieferung aus dem Nachlass Ronneberger in Angriff genommen worden. Auch dieser Teil des Schriftgutes war nahezu ausschließlich amtlicher Natur und wurde daher dem Bestand RM 26 zugeführt, der auf diese Weise nicht nur quantitativ, sondern auch inhaltlich wesentlich erweitert werden konnte. Neben der Überlieferung zum Marinestationspfarramt Wilhelmshaven fand bzw. fanden sich im bislang unbearbeiteten Teil auch das Schriftgut des zweiten evangelischen Marinestationspfarramts in Kiel, die Kriegstagebücher der Marinepfarrer, die Überlieferung einzelner Marinepfarrämter sowie die Personalakten nahezu sämtlicher evangelischer Marinepfarrer aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

Im Mittelpunkt der archivarisches Bearbeitung hat in erster Linie die systematische Bestandsbildung bzw. -erweiterung gestanden. Ziel war es dabei, die gesamte amtliche Überlieferung zur evangelischen Militärseelsorge im Bestand RM 26 zu vereinigen. Denn weiteres amtliches Material wurde auch im Nachlass des seinerzeitigen evangelischen Marinedekans beim Marineoberkommando der Ostsee, Kurt Sontag (Bestand N 616) gefunden. Aufgrund der inhaltlichen Erweiterung ist dessen Titel in Evangelische Marineseelsorge geändert worden.

Bei der so im Bestand RM 26 zusammengefassten Überlieferung handelt es sich um einen Sammelbestand, der das Schriftgut verschiedener Registraturbildner vereint. Im Rahmen der Erschließung galt es daher vor allem, die Provenienzen sauber voneinander abzugrenzen und diese mittels der Klassifikation sichtbar zu machen. Die Klassifikation spiegelt daher zugleich die Verwaltungsstruktur der Marineseelsorge wider. Es ist deshalb für jedes einzelne Marinepfarramt ein eigener Klassifikationspunkt eingerichtet worden, auch wenn hier das Material teilweise nur bruchstückhaft überliefert war oder in einigen Fällen nur aus einer einzigen Archivalieneinheit bestand.

Die im Nachlass des Dienstältesten Marinedekans Friedrich Ronneberger überlieferten Personalakten der Marinepfarrer und Marinekirchenbeamten wurden in den Bestand PERS 6 überführt; eine Liste über die vorhandenen Personalakten wurde dem Findbuch beigelegt.

## Inhalt, Struktur und historische Bedeutung

Die mit dem Nachlass Ronneberger in das Bundesarchiv-Militärarchiv gelangten amtlichen Unterlagen sind nicht zuletzt aufgrund ihrer Geschlossenheit für die Geschichte der Evangelischen Marineseelsorge im Zweiten Weltkrieg von herausragender Bedeutung. Die Laufzeit der Überlieferung erstreckt sich – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – vom Anfang der 1920er bis zum Beginn der 1950er Jahre<sup>3</sup>. Der überwiegende Teil der Überlieferung betrifft jedoch die Zeit des Zweiten Weltkriegs.

Den Kern der Überlieferung bilden die Dienstakten der beiden Marinestationspfarrämter Wilhelmshaven und Kiel, die den Marineoberkommandos Nordsee bzw. Ostsee zugeordnet waren. Hier hatten die beiden evangelischen Marinedekane Friedrich Ronneberger (Bereich MOK Nordsee, Gesamtleitung) und Kurt Sontag (Bereich MOK Ostsee) ihren Sitz. Darüber hinaus finden sich Unterlagen einzelner Marinepfarrämter des Nord- und Ostseebereichs sowie der vom „Dritten Reich“ besetzten Gebiete. Die Überlieferung zur evangelischen Marineseelsorge liegt heute im Bundesarchiv weitestgehend so vor, wie sie in den Provenienzstellen gewachsen ist. Im Falle

der beiden Marinstationspfarrämter in Kiel und Wilhelmshaven ist sie sehr umfangreich, die Unterlagen der kleineren Marinepfarrämter sind jedoch – vermutlich durch Kriegswirren aber auch Vernichtungsbefehle bedingt – nur bruchstückhaft vorhanden. Die Bedeutung und Aussagekraft der Überlieferung wird in besonderer Weise durch die ebenfalls erhaltenen Personalakten der evangelischen Marinegeistlichen und Marinekirchenbeamten aufgewertet. Die Geschichte der Evangelischen Marineseelsorge im Zweiten Weltkrieg wird daher – nach Ablauf der noch geltenden Personenschutzfristen – künftig über „biographische Anmerkungen“<sup>4</sup> hinaus auch kollektivbiografisch aufgearbeitet werden können.

Inhaltlich und strukturell handelt es sich bei der Überlieferung zur Evangelischen Marineseelsorge um Verwaltungsschriftgut der beiden evangelischen Marinedekane an Nord- und Ostsee sowie einzelner Marinepfarrämter bzw. -pfarrer. In den Unterlagen spiegelt sich sowohl die Organisation und Verwaltung der Evangelischen Marineseelsorge als auch die gesamte Breite des kirchlichen Lebens der Marinegemeinden wider. Es finden sich darin Angelegenheiten der evangelischen Wehrmachtsseelsorge im Allgemeinen und der Marineseelsorge im Speziellen, Personalangelegenheiten der Marinepfarrer, die Ausstattung der Marinepfarrer und -pfarrämter sowie Fragen der Gefallenen-, Internierten-, Verwundeten- und Gräberfürsorge. Verwaltungsrundschreiben und militärische Tagesbefehle gestatten eine Einbettung der Befunde in den allgemein- bzw. militärhistorischen Kontext.

Für einzelne Marinekirchengemeinden können darüber hinaus Aufzeichnungen über Geburten und Sterbefälle sowie Kirchenaustritte, -eintritte, -wiedereintritte und Konversionen nachgewiesen werden. Inwieweit es sich dabei um Marinekirchenbücher im eigentlichen Wortsinne oder lediglich um Vorstufen zu diesen handelt, konnte nicht mit letzter Sicherheit festgestellt werden. Gemeinsam mit den zahlreichen Gefallenen-, Vermissten- und Gräberlisten bilden sie jedoch in jedem Falle auch eine wichtige genealogische Quelle.

Unter den Verwaltungsdrucksachen ist in erster Linie das Handbuch für Evangelische Marinepfarrer, eine Zusammenstellung der wichtigsten

Verfügungen der evangelischen Marineseelsorge, hervorzuheben. Für diese Zusammenstellung sind einerseits die amtlichen Gesetz- und Verordnungsblätter ausgewertet worden, andererseits aber auch Verfügungen – etwa des Dienstältesten Marinedekans oder des Obersten Feldbischofs der Wehrmacht, die nicht im Druck erschienen sind.

Besonders wertvoll für die Geschichte der evangelischen Marineseelsorge im Zweiten Weltkrieg sind die halbjährlich erstellten ausführlichen Arbeitsberichte der Marinepfarrer, die in den Unterlagen der beiden Marinedekane allerdings nur vereinzelt überliefert sind. Sie werfen ein besonderes Licht auf die Situation in den einzelnen Marinepfarrämtern bzw. Einsatzstellen sowie alltägliche Probleme der Marineseelsorge, wie etwa die regelmäßig bemängelte relative Kirchenferne der Marineangehörigen etc. Ab Juni 1942 wurden diese Berichte durch sogenannte Kriegstagebücher der Marinepfarrer ersetzt, die durch die stark schematisierten und nurmehr stichwortartigen Vermerke nicht so aussagekräftig wie die Arbeitsberichte sind<sup>5</sup>. Der Umfang und die Geschlossenheit der Überlieferung machen sie aber gleichwohl zu wertvollen Zeitdokumenten.

Einen wesentlichen Teil der Überlieferung bilden – wie bereits erwähnt – die Personal- und Beurteilungsakten der Marinepfarrer. In wahrscheinlich selten anzutreffendem Umfang bzw. Geschlossenheit spiegeln sich darin nicht nur die Mechanismen der Personalrekrutierung, die Sozialstruktur und Persönlichkeitsprofile der evangelischen Marinepfarrer sowie ihr Arbeitsalltag wider, sondern auch besondere Vorkommnisse wie persönliche Zerwürfnisse und Dienststrafverfahren, die wiederum Einblicke in die innerkirchlichen Verhältnisse in der Marineseelsorge erlauben und möglicherweise auch für die kirchenpolitische Einordnung der Marineseelsorge innerhalb des nationalsozialistischen Kirchenkampfes von Relevanz sein könnten.

### **Erschließungsergebnisse, Benutzungsbedingungen, Überlieferungsverweise**

Der um die Archivalien aus den Beständen N 237 und N 616 sowie aus dem unsignierten Teil des Nachlasses Ronneberger erweiterte Bestand

RM 26 umfasst nunmehr 334 Archivalieneinheiten (ca. 4,5 lfd. m). Zusätzlich liegen im Bestand PERS 6.145 Personalakten von Marinegeistlichen und Marinekirchenbeamten sowie im Bestand PERS 8 weitere 25 Personalakten von Marinegeistlichen aus der Zeit des Kaiserreichs vor.

Besondere Benutzungsbedingungen für die Unterlagen des Bestandes RM 26 bestehen nicht. Die Personalakten der evangelischen Marinepfarrer und Marinekirchenbeamten unterliegen den üblichen Schutzfristen nach § 5 Abs. 2 Bundesar-

chivgesetz, die 30 Jahre nach dem Tod bzw., wenn das Todesdatum nicht feststellbar ist, 110 Jahre nach der Geburt des Betroffenen enden.

Im Kontext der übrigen militär- und marinegeschichtlichen Überlieferung findet sich der Bestand Evangelische Marineseelsorge in der Abteilung Militärarchiv des Bundesarchivs „in bester Gesellschaft“ und eröffnet einen breit angelegten Zugriff auf ein noch nahezu unbearbeitetes Forschungsfeld.<sup>6</sup>

*Beatrix Kuchta*

### Anmerkungen

- 1) An neueren Gesamtdarstellungen liegt bisher nur die stark theologisch akzentuierte Arbeit von Dieter Beese vor, die die evangelische Militärseelsorge im Zweiten Weltkrieg untersucht, vgl. ders., Seelsorger in Uniform. Evangelische Militärseelsorge im Zweiten Weltkrieg, Hannover 1995. An älteren übergreifenden Arbeiten, vgl. v.a. Georg May Interkonfessionalismus in der deutschen Militärseelsorge von 1933 bis 1945 (= Kanonistische Studien und Texte, Bd.30), Amsterdam 1978  
Die katholische Militärseelsorge vor 1945 ist jüngst in vorbildlicher Weise biografisch aufgearbeitet worden, vgl. Biographisches Lexikon der Katholischen Militärseelsorge Deutschlands 1848 bis 1945, im Auftrag des Katholischen Militärbischofsamtes Berlin, hrsg. von Hans Jürgen Brandt und Peter Häger, unter Mitarbeit von Karl Hengst, Paderborn 2002. Über die Biogramme aller ermittelbaren Militärgeistlichen [sic!] hinaus führt ein ausführlicher verwaltungshistorischer Abriss durch die wechselvolle Geschichte der katholischen Militärseelsorge von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, vgl. Konrad Zillober/Peter Häger, Zu Recht und Organisation der katholischen Militärseelsorge, in: Biographisches Lexikon der Katholischen Militärseelsorge Deutschlands 1848 bis 1945, S.XXXV–LXXXVIII. Ein vergleichbares Werk steht für die evangelische Militärseelsorge bisher noch aus.  
Die Zeit nach 1945 ist bisher ebenfalls nur für die katholische Seite aufgearbeitet worden, vgl. Klaus Steuber, Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Untersuchung zum Verhältnis von Staat und Kirche (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd.12), Mainz 1972  
Die Marineseelsorge als Teilgebiet der Militärseelsorge behandelt bisher nur Hellmuth Wiesener, Die evangelische Seelsorge in der Deutschen Kriegs-Marine, Gotha 1891 [sic!].
- 2) Vgl. Landeskirchenamt der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers an den Superintendenten zu Aurich vom 16. Dezember 1952 (BArch, N 237/45, unpag.)
- 3) Einzelne Personalakten reichen bis in die 1880er Jahre zurück, und auch ein Teil der Sachakten aus dem Marinestationspfarramt Wilhelmshaven bezieht sich auf die Zeit seit Mitte der 1920er Jahre.
- 4) So der Untertitel eines 1992 erschienenen Aufsatzes von Martin Zeil, vgl. ders., Dienst am Menschen – Dienst am Vaterland. Biografische Anmerkungen zu den deutschen Militärseelsorgern in den beiden Weltkriegen, in: Hans Jürgen Brandt (Hrsg.), Und auch Soldaten fragten. Zu Aufgabe und Problematik der Militärseelsorge in drei Generationen, Paderborn 1992, S. 63–80
- 5) Vgl. Rundschreiben des Dienstältesten Marinedekans Friedrich Ronneberger vom 13. Juni 1942 (BArch, RM 26/231, unpag.)
- 6) Zu nennen sind u.a. die folgenden Bestände:  
Militärseelsorge
  - RW 12-I Evangelischer Feldbischof der Wehrmacht (1931–1945)
  - RW 12-II Katholischer Feldbischof der Wehrmacht (1915–1942)
  - RH 15 Allgemeines Heeresamt, Amtsgruppe Seelsorge (1928–1945)
  - RH 13 General z.b.V. beim OKH, Gruppe III, Kriegsgräberfürsorge (1940–1945)
  - PH 32 Militärkirchliche Dienststellen (1850–1920)Marine
  - RM 31 Marinestation der Ostsee (1849, 1867–1946)
  - RM 33 Marinestation der Nordsee (1873–1945)
  - RM 45-I Dienst- und Kommandostellen im Bereich Ostsee (1939–1945)
  - RM 45-II Dienst- und Kommandostellen im Bereich Nordsee (1919–1945)Nachlässe
  - N 237 Teilnachlass Friedrich Ronneberger, Evangelischer Marinedekan Nordsee, Dienstältester Evangelischer Marinedekan
  - N 616 Nachlass Kurt Sonntag, Evangelischer Marinedekan Ostsee
  - N 282 Nachlass Franz Dohrmann, Evangelischer Feldbischof der Wehrmacht

## Endstation Archiv?

### Öffentlichkeitswirksame Potenziale der Filmbenutzung

Das Bundesarchiv als zentrales deutsches Filmarchiv übernimmt innerhalb des Kinemathekenverbundes folgende Aufgaben:

- die möglichst vollständige Archivierung der deutschen Filmproduktion unter Berücksichtigung von Koproduktionen,
- die Erhaltung der Filmbestände durch Sicherung der Ausgangsmaterialien (insbesondere von Originalnegativen und Dupnegativen), Restaurierung und Pflege,
- die Erschließung des Filmguts nach formalen und inhaltlichen Kriterien (Bestandskatalogisierung),
- die Vermittlung der Nutzung und Auswertung durch Bereitstellung von Kopien<sup>1</sup>.

Um dabei die Aufgabenstellung der „möglichst vollständigen Archivierung des deutschen Filmerbes“ auch nur annähernd erfüllen zu können, bedarf es erheblicher Anstrengungen bei der Kontaktpflege mit Filmproduzenten und deren Verbänden<sup>2</sup>, da im Unterschied zu der überwiegenden Zahl der europäischen Länder in Deutschland weder eine Pflichtregistrierung sämtlicher Filmwerke noch eine Abgabepflicht für Filme existiert, wie sie für Bücher seit langem völlig selbstverständlich ist<sup>3</sup>.

Wie Bewertung und Erschließung gehört die Bestandserhaltung zu den Kernaufgaben archivarischer Einrichtungen. Dabei liegt auf der Hand, dass die konservatorische Sicherung audiovisueller Medien einen vergleichsweise höheren technischen, materiellen und personellen Aufwand erfordert als bei der schriftlichen Überlieferung auf Papier. Da hinter einer Vielzahl der an die Filmtechnik des Bundesarchivs in Hoppegarten gerichteten Restaurierungs- und Kopieraufträge ein aktuelles Benutzungsinteresse steht, konnten in den vergangenen Jahren schätzungsweise 39 Prozent der jährlich etwa 400 archivisch und konservatorisch gesicherten Filmtitel unmittelbar einer aktiven Nutzung zugeführt werden. Dennoch müssen regelmäßig Benutzerwünsche aus

konservatorischen Gründen mit dem Hinweis auf § 5 (6) Pkt. 3 Bundesarchivgesetz abgelehnt werden. So stellt die Schere zwischen der konservatorischen Sicherung einzelner Titel, die gezielt nachgefragt werden, und der Bestandserhaltung als aktive archivfachliche Profilbildung der Überlieferung eine ständige Herausforderung an die Abteilung Filmarchiv dar.

Ob Filme als historische Quelle dienen können und welcher Stellenwert ihnen neben den herkömmlichen, überwiegend schriftlichen Zeugnissen zukommen mag, wird seit Jahrzehnten kontrovers diskutiert. Filmaufnahmen dienten noch in der jüngsten Vergangenheit vornehmlich als Sekundärquellen zur Veranschaulichung der aus traditionellen Quellen gewonnenen Erkenntnisse, obwohl sie durchaus geeignet sind, selbst zum Mittelpunkt der Fragestellung oder eines Forschungsinteresses zu werden.

Auch bei der Benutzung filmischer Quellen im Bundesarchiv stehen zunächst die bekannten Zwecke im Vordergrund: wissenschaftliche Auswertung, publizistische Nutzung, amtliche und private Fragestellungen. Hinsichtlich der Verteilung der Häufigkeit dieser unterschiedlichen Motive sind jedoch gravierende Unterschiede im Vergleich zu den klassischen Benutzungen im Schriftgutbereich festzustellen: Etwa die Hälfte der Filmbenutzungen wird über den Verleih von Filmen in unterschiedlichen technischen Formaten (zum Beispiel VHS, DVD, Kinofilm) realisiert. Dazu gehört auch die Ausleihe von analogen und digitalen Videoformaten mit Bundesarchivlogo und Timecode zu Sichtungszwecken mit dem Ziel einer Auswahl von Klammerteilen für neue Produktionen – sofern der Inhaber der Urheberrechte einem solchen Verfahren zugestimmt hat<sup>4</sup>. Während für Vorführungen im universitären Rahmen zunehmend ebenfalls auf nichtfilmische Bildinformationsträger zurückgegriffen wird, werden für öffentliche Vorführungen nach wie vor Filme im 35 mm oder auch 16 mm Format ausgeliehen. Dies geschieht beispielsweise anlässlich

spezieller Filmreihen im Rahmen von Festivals im In- und Ausland sowie auch als wissenschaftliche Begleitprogramme zu Ausstellungen.

Der vorliegende Beitrag will insbesondere der Frage nachgehen, welchen öffentlichkeitswirksamen Einfluss Filmveranstaltungen auf die Außenwirkung und den Bekanntheitsgrad des Bundesarchivs haben können.

## Kooperationen

Kooperationen unterscheiden sich qualitativ vom „jedermann“ Recht auf Benutzung von Archivgut des Bundesarchivs<sup>5</sup>. Sie können Ziel-, Partner- oder aufgabenorientiert abgeschlossen werden und definieren Rechte und Pflichten der Zusammenarbeit.

Insbesondere bei den kleineren Programm- und Archivkinos am konkurrenzreichen Kinomarkt wird das Bundesarchiv als verlässlicher Partner geschätzt. Das Bundesarchiv, welches selbst kein Kino unterhält, ist hierbei allenfalls als reagierender Leihgeber wahrnehmbar. Nur in ausgewählten Fällen tritt es als aktiv gestaltender Projektpartner in Erscheinung, beispielsweise bei der jährlich vom Bundesarchiv im Rahmen des Internationalen Leipziger Festivals für Dokumentar- und Animationsfilm gestalteten einwöchigen Retrospektive, über die in den „Mitteilungen aus dem Bundesarchiv“ zuletzt ausführlich 2008 berichtet worden ist<sup>6</sup>. Die in Planung befindliche 50. Jubiläumsveranstaltung wird sich vom 26. Oktober bis zum 1. November 2009 dem Werk des Regisseurs Joris Ivens widmen.

Als zweite wichtige Größe im Veranstaltungskalender des Bundesarchivs hat sich das cinefest, Internationales Festival des deutschen Film-Erbes in Hamburg, seit 1991 eine Gemeinschaftsveranstaltung von CineGraph Hamburg und dem Bundesarchiv, etabliert<sup>7</sup>. Auch zu dieser Veranstaltung erscheint regelmäßig eine Begleitpublikation, die seit der jüngsten Vergangenheit auch eine DVD mit ausgewählten Filmbeispielen enthält. Das diesjährige Festival wird vom 14. bis zum 22. November 2009 unter dem Thema „Schatten des Krieges. Innovation und Tradition im Europäischen Kino 1940–1950“ stehen. Teile des Filmprogramms

werden im Anschluss auch in Prag, Wien, Zürich, sowie im Zeughauskino in Berlin gezeigt werden. Integraler Bestandteil ist ein alljährlich im Auditorium des Pei-Baus des Deutschen Historischen Museums in Berlin stattfindender nichtöffentlicher Vorkongress zur Vorbereitung der Hamburger Veranstaltung und zur Präzisierung der Programmauswahl. In diesem Jahr lud das Bundesarchiv erstmals in diesem Rahmen am 22. Mai 2009 zu einer ganztägigen Veranstaltung nach Hoppegarten ein. Dieser Einladung folgten etwa 30 Filmwissenschaftler und Studierende, Kolleginnen und Kollegen anderer kinemathekarischer Einrichtungen aus dem In- und Ausland. An die mehrstündigen Filmvorführungen schloss sich eine Führung durch die modernen filmtechnischen Bearbeitungsräume und die auf die speziellen Anforderungen für die Lagerung von Cellulosenitratfilm ausgerichteten Magazinräume an.

Auf eine mit fast 35 Jahren weit länger währende Tradition der Vorführung von Spielfilmen aus seinen Beständen, kombiniert mit einer fundierten Einführung und meistens ergänzt von einer Wochenschau, kann das Bundesarchiv mit der gemeinsam mit dem Kultur- und Schulverwaltungsamt der Stadt Koblenz durchgeführten Veranstaltungsreihe zurückblicken<sup>8</sup>.

## „Wiederentdeckt“ und „FilmDokument“

Diese beiden Filmreihen sind Gemeinschaftsveranstaltungen des 1991 gegründeten CineGraph Babelsberg, Berlin-Brandenburgisches Centrum für Filmforschung e.V., mit dem Bundesarchiv-Filmarchiv, welches die Programme durch die kostenlose Ausleihe der Kopien sowie durch Hilfestellung bei den filmografischen Recherchen unterstützt. „Wiederentdeckt“ stellt einmal im Monat vergessene Schätze der deutschen Spielfilmproduktion vor. Zu sehen sind Werke, die oftmals im Schatten jener Filme stehen, die den deutschen Filmruhm begründet haben. Sie sind Zeugnisse einer wirtschaftlich leistungsfähigen und handwerklich ambitionierten Filmindustrie. Jeder Filmabend beinhaltet auch hier jeweils zeitgenössische Beiprogramme in Form einer Wochenschau, eines Werbefilms oder eines Trailers, um an diese heute nicht mehr übliche Aufführungspraxis zu erinnern. In der Reihe „FilmDoku-

ment“ hingegen finden - ebenfalls einmal monatlich – Kultur- und Dokumentarfilme ebenso ihren Platz wie Lehr- und Werbefilme, Wochenschauen sowie die breite Vielfalt des Animationsfilms.

In enger Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv-Filmarchiv gestalten die Mitarbeiter von CineGraph Babelsberg die Filmprogramme, analysieren die Filme im historischen Kontext, erstellen Begleitblätter für das Publikum und führen in die Veranstaltungen ein. Darüberhinaus werden auch Filmwissenschaftler aus dem In- und Ausland eingeladen, Filme aus ihrem Fachbereich vorzustellen, wie beispielsweise Michael K. Buckland von der School of Information, University of California, Berkeley, welcher seine Forschungsergebnisse über den auf Grund seiner jüdischen Herkunft 1937 nach Palästina ausgewanderten Erfinder Emanuel Goldberg im März 2009 dem Berliner Publikum präsentierte. Um die von ihm entwickelte Amateurfilmkamera „Kinamo“ bekannt zu machen, war Goldberg selbst in die Rollen des Regisseurs und Darstellers geschlüpft, wie der im Bundesarchiv überlieferte Werbefilm „Ein Sprung ... ein Traum. Eine Kinamogeschichte aus dem Studentenleben“ von 1927 belegt. Die im Kontext der Veranstaltungsreihen entstehenden Forschungsergebnisse werden regelmäßig im Filmblatt, der Zeitschrift von CineGraph Babelsberg, veröffentlicht<sup>9</sup>. Als unverzichtbare Partner sind als Aufführungsorte das Zeughauskino und das Arsenal zu nennen.

In beiden Reihen wurden seit 1992 („Wiederentdeckt“) bzw. 1997 („FilmDokument“) bisher nahezu 900 Kurz- und Langfilme vorgestellt – fast ausschließlich Filme, die in keiner Filmgeschichte erwähnt werden, die im Ganzen aber unverzichtbar sind für eine kritische, kultur- und mediengeschichtlich orientierte Analyse des deutschen Filmschaffens. Vor zwei Jahren wurde erstmals in diesem Rahmen eine umfangreichere Retrospektive erarbeitet. Das Programm „Wiederentdeckt: Richard Eichberg“ zeigte vom 6. bis 15. Juli 2007 im Zeughauskino eine charakteristische Auswahl von zwölf Produktionen dieses für das deutschsprachige Genrekino zentralen Regisseurs. Die diesjährige 150. Veranstaltung von „Wiederentdeckt“ wird am UNESCO Welttag des audiovisuellen Erbes, dem 27. Oktober 2009, als Sonderveranstaltung mit der Uraufführung eines

Restaurierungsergebnisses gefeiert werden. Dabei handelt es sich um die vom Bundesarchiv auf der Basis einer schwedischen Verleihkopie rekonstruierten deutschen Fassung des Films „Grausige Nächte“ von Lupu Pick aus dem Jahre 1921.

### Probleme der öffentlichen Wahrnehmung

Selbst wenn es gelingt, mit Einzelveranstaltungen zahlreiche Interessierte in die Kinosäle zu locken, bleibt die Resonanz in der Regel auf Cineasten begrenzt und findet kaum öffentliche Beachtung über den Veranstaltungsrahmen oder die Region hinaus sowie nur selten Niederschlag in den Medien. Sogar bei der Berichterstattung über die Retrospektive während der Dokumentarfilmwoche in Leipzig wurde in den vergangenen Jahren nicht immer auf die Urheberschaft des Bundesarchivs verwiesen. Die Dienstleistungen, welche das Bundesarchiv als modernes Archiv für Öffentlichkeit, Forschung und Verwaltung im Rahmen des Filmverleihs erbringt bzw. schon im Vorfeld, zum Beispiel bei der Restaurierung und Umkopierung eines Filmtitels, erbracht hat, müssen deutlicher erkennbar werden. Das Wirken des Bundesar-



Special Bundesarchiv-Filmarchiv. Beilage der Ausgabe Nr.6 von filmecho/filmwoche, Februar 2009.

chivs bleibt in vielen Fällen auf den Hinweis im Vorspann beschränkt, dass es sich um eine Kopie aus seinen Beständen handelt.

Die Frage nach einem Nutzen von Filmveranstaltungen als einer möglichen Plattform für das Bundesarchiv, die eigene Arbeit und die eigenen Aktivitäten einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen, ist durchaus berechtigt. Welche Chancen bieten Benutzungen und bestehende Kooperationen generell für die Berichterstattung über das Bundesarchiv? Die Restaurierung von Einzel Filmen, besondere Funde und Übernahmen oder adressatenorientierte Kampagnen sind durchaus geeignet, das Bundesarchiv als Experten für filmhistorische und filmarchivische Fragen in der Gesellschaft bekannt zu machen. Dies haben verschiedene Beispiele gerade in der jüngsten Vergangenheit deutlich gemacht, indem sie sowohl auf besonders herausgehobene Arbeitsergebnisse aufmerksam gemacht haben, als auch die Aufgabenerledigung in der Abteilung Filmarchiv im Allgemeinen thematisierten.

Als bei einer Veranstaltung des Filmmuseums Potsdam Filme aus dem Bundesarchiv über das vernichtete Potsdamer Stadtschloss gezeigt wurden, bildeten sich lange Schlangen vor dem mehr als hundert Zuschauer fassenden Kinosaal. Einen ähnlichen Publikumsansturm erlebte einige Monate später die mit dem Partner Zeughauskino des Deutschen Historischen Museums vom Bundesarchiv kuratierte Matinee „Das Berliner Schloss im Film“ am 2. Juli 2007, welche – wie auch sämtliche Wiederholungen – rasch ausverkauft war. Gezeigt wurden filmische Zeugnisse des Berliner Stadtschlusses von der Kaiserzeit bis hin zu unveröffentlichten Originalaufnahmen von der Sprengung der Ruinen des Schlosses im September 1950. Im Anschluss stellten sich der Historiker für Berlin-Brandenburgische Territorialgeschichte, Prof. Dr. Laurenz Demps, der Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums, Prof. Dr. Hans Ottomeyer, und der Leiter der Abteilung Filmarchiv des Bundesarchivs, Karl Griep, der Diskussion mit den Zuschauern. Diese beiden Filmveranstaltungen waren als Publikumsrenner Ausnahmeerscheinungen.

Naturgemäß kann nicht jede Restaurierung und konservatorische Sicherung so spektakulär sein,

wie es beispielsweise die Arbeiten des Bundesarchivs an den Filmen „Metropolis“ im Jahre 2003, „Panzerkreuzer Potemkin“ 2005 und „Berlin. Die Sinfonie der Großstadt“ 2007 waren. Ein Projekt wie die Uraufführung der restaurierten Fassung des Films „Berlin. Die Sinfonie der Großstadt“ mit Orchesterbegleitung im ausverkauften Berliner Friedrichstadtpalast vor zwei Jahren ist undenkbar ohne die Zusammenarbeit vieler Partner. So wurde dieses Werk von Walter Ruttmann, das einen einzigartigen Einblick in Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Weimarer Republik gibt, in Kooperation mit dem ZDF und ARTE sowie mit Unterstützung der Tochter des Regisseurs im 80. Jahr nach der Premiere zur Wiederaufführung gebracht<sup>10</sup>.

In den letzten Jahren ist es gelungen, die Präsenz des Bundesarchivs während der Internationalen Filmfestspiele, wenn sich alljährlich im Februar am Medienstandort Berlin-Brandenburg internationale, aber auch die für das deutsche Filmerbe wichtigen Produzenten und andere Filmemacher versammeln, deutlich zu erhöhen. Erstmals in diesem Jahr konnte sich das Bundesarchiv in einem 15-seitigen Berlinale-Special der Zeitschrift „filmecho/filmwoche“ als Partner der Filmwirtschaft und Bewahrer des deutschen Filmerbes vorstellen<sup>11</sup>. Die Berlinale hat sich zudem als medienwirksame Plattform für die Präsentation neuer Umkopierungen, die in der Abteilung Filmarchiv hergestellt worden sind, erwiesen: Die lange verschollen geglaubte Originalfassung der „3-Groschen-Oper“ von Georg Wilhelm Pabst aus dem Jahr 1931 wurde vom Bundesarchiv aufwendig restauriert und am 19. Februar 2006 in der restaurierten Fassung uraufgeführt. 75 Jahre nach seiner Premiere war die Verfilmung des berühmten Theaterstücks von Bertolt Brecht im Rahmen der Berlinale erstmals wieder im ursprünglichen Bildformat von 1:1.19 zu sehen. Die Retrospektive 2009 widmete sich mit dem Titel „Bigger than Life“ der Geschichte der 70-mm-Filme, was für das Bundesarchiv Anlass war, den Film „Flying Clipper – Traumreise unter weißen Segeln“ (Hermann Leitner/Rudolf Nussgruber, 1961/62), als die erste deutsche Breitfilmproduktion, mit großem technischen, materiellen und personellen Aufwand wieder in ihrem originalen Format verfügbar zu machen<sup>12</sup>. Trotz immerhin 154 Minuten Laufzeit und ver-

spätetem Filmstart kurz vor Mitternacht war das Kino am Potsdamer Platz zur Premiere der neuen Kopie aus dem Bundesarchiv – bei der auch die Witwe des Produzenten anwesend war – nahezu ausverkauft, sodass die Veranstalter dem internationalen Publikum kurzfristig einen weiteren Vorführtermin anboten.

Vor einigen Jahren hat der Filmpianist Carsten-Stefan Graf von Bothmer „Stummfilm-Konzerte“ im Kino Babylon<sup>13</sup> ins Leben gerufen – Vorführungen von Stummfilmen, die er selbst begleitet oder von einem Orchester begleiten lässt. Wegen der großen Öffentlichkeitswirkung dieser Reihe hat sich die Abteilung Filmarchiv um eine Zusammenarbeit bemüht. Es wurde erreicht, dass der Veranstalter die Filmauswahl mit dem Bundesarchiv abstimmt, so dass hier die Möglichkeit eröffnet wurde, neu rekonstruierte Filme zur Auf-führung zu bringen, meistens ergänzt durch wissenschaftlich-fachliche Einführungen. Faszinierend wirkte vor allem die Werbung im „Berliner Fenster“ (Monitore in den Berliner U-Bahnen) für die „Stummfilm-Konzerte“.

Die genannten Beispiele belegen, dass Veranstaltungen mit Filmen aus dem Bundesarchiv wirkungsvoll dazu beitragen können, den Bekanntheitsgrad des Bundesarchivs im Allgemeinen und die seiner verschiedenen Dienstleistungen insbesondere bei der Sicherung des deutschen Filmerbes zu erhöhen. Das Bestreben, die Öffentlichkeitsarbeit für die Abteilung Filmarchiv zu intensivieren, sollte sich zunächst darauf konzentrieren, den eigenen Anteil an Projekten mit Kooperationspartnern deutlicher als es für die Vergangenheit konstatiert werden kann, erkennbar werden zu lassen und dafür die vorhandenen Netzwerke und Ressourcen zu nutzen.

Innerhalb der Abteilung Filmarchiv ist das für die Filmbenutzungen verantwortliche Referat für die meisten Filmveranstaltungen des Bundesarchivs zuständig. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist inzwischen regelmäßig Thema bei den monatlichen Abteilungsbesprechungen – auch, um die fachliche Zuarbeit für die Stabsstelle zu verbessern, die alle Maßnahmen des Bundesarchivs für diesen Bereich koordiniert.

*Babette Heusterberg*

#### **Anmerkungen**

- 1) Vgl. § 4 Kinematheksverbandsvertrag in der Fassung vom 1. Februar 2005. <http://www.bundesarchiv.de>. Dem vom Bundesarchiv, der Stiftung Deutsche Kinemathek und dem Deutschen Filminstitut geschlossenen Vertrag gehören als kooptierte Mitglieder die Filmmuseen in Düsseldorf, Frankfurt, München und Potsdam sowie CineGraph Hamburg und das Haus des Dokumentarfilms in Stuttgart an. Als Gäste nehmen die DEFA-Stiftung und die Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung an der Arbeit des Verbundes teil.
- 2) Vgl. Ergebnisse der Produzentenumfrage 2008 „Vier Minuten für das Deutsche Filmerbe“ [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)
- 3) Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek vom 22. Juni 2006 (BGBl. I S. 1338), geändert durch Artikel 15 Abs. 62 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) (DNBG). Vgl. zur öffentlichen Diskussion zum Thema Pflichtregistrierung und Pflichtabgabe: „Experten: Alle Kinofilme für die Nachwelt erhalten“ [www.bundesarchiv.de/aktuell/hib/2008/2008\\_182/03.html](http://www.bundesarchiv.de/aktuell/hib/2008/2008_182/03.html)
- 4) Vor allem aus denselben urheberrechtlichen Gründen blieb die Bereitstellung von digitalen Formaten über das Internet bislang auf Pilotprojekte beschränkt: [www.wissenschaftsarchiv.de](http://www.wissenschaftsarchiv.de)
- 5) BArchG § 1
- 6) Heinrich-Polte, Barbara: Spurensuche. FilmPositionen aus 5 Jahrzehnten: diskutiert – zensiert – verhindert – ausgezeichnet. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 1/2008, S. 109-111.
- 7) Foitzik, Roland: cinefest 2007. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 1/2008, S. 111–112.
- 8) Jeweils aktuelle Übersicht unter: [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)
- 9) [www.filmblatt.de](http://www.filmblatt.de)
- 10) Kühn, Karin: „Berlin. Die Sinfonie der Großstadt“ - Restaurierung und Wiederaufführung des großen Berlin-Films von Walter Ruttmann. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 1/2008, S. 100–102.
- 11) Das Gedächtnis des Kinos lebt. Bundesarchiv-Filmarchiv. In: [filmecho/filmwoche](http://filmecho/filmwoche), 6/2009.
- 12) Vgl. [www.bundesarchiv.de/aktuelles/pressemitteilungen/00270/index.html](http://www.bundesarchiv.de/aktuelles/pressemitteilungen/00270/index.html)
- 13) [www.stummfilmkonzerte.de](http://www.stummfilmkonzerte.de)

## Das Theaterensemble des Kulturpalastes Chemnitz und die „Sorge um den Menschen“ der Gewerkschaft Kunst

Während eines vierwöchigen Stage am Bundesarchiv Berlin im Januar 2009 hatten die Verfasser im Rahmen ihrer Staatsarchivreferendariate Gelegenheit, das Softwarewerkzeug MEX (MidosoEditor für XML-Standards) kennenzulernen, welches das Bundesarchiv seit 2004 im Zuge der von der New Yorker Andrew W. Mellon-Stiftung geförderten Projekte <daofind> und <daofind+> (Digitalisiertes Archivgut in Online-Findbüchern) entwickelt hat<sup>1</sup>. Das Ziel der Tätigkeit bestand in der Erstellung von Orientierungsoberflächen für Digitalisate aus dem bereits über ein Onlinefindbuch<sup>2</sup> zu recherchierenden Bestand DY 43 Gewerkschaft Kunst. Im vorliegenden Beitrag sollen anhand einer arbeitsrechtlichen Auseinandersetzung aus dem Vorfeld des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 Einblicke in den Quellenwert des Bestandes Gewerkschaft Kunst vermittelt werden.

Dieser Bestand beinhaltet die Akten des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Kunst sowie ihrer Vorgänger- und Nachfolgeorganisationen zwischen 1946 und 1990<sup>3</sup>. Der zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) gehörenden Einzelgewerkschaft, deren Mitgliederzahl sich zwischen ca. 20.000 (1946) und 82.557 (1989) bewegte, waren Mitarbeiter zahlreicher Kulturbetriebe und gesellschaftlicher Organisationen sowie des Ministeriums für Kultur der DDR zugeordnet. Die Aufgabe des über ein Sekretariat und mehrere Abteilungen verfügenden Zentralvorstandes (1976: 90 Mitglieder und 20 Kandidaten) bestand in der Leitung der Gewerkschaft im Zeitraum zwischen der im Turnus von vier bis fünf Jahren tagenden Zentraldelegiertenkonferenz als oberstem Gewerkschaftsorgan, das seinerseits auch den Zentralvorstand wählte.

Die Überlieferung des Zentralvorstandes wurde im Wesentlichen bereits durch das Zentralarchiv des FDGB übernommen, umfasst heute nach geringfügigen Kassationen 1.770 Verzeichnungseinheiten mit 62 lfm und zeichnet sich vornehmlich durch administrativen Charakter aus. Dass der Bestand jedoch darüber hinaus auch zahlreiche

Ansatzpunkte zur Erforschung der Kultur- und Sozialgeschichte der DDR bietet, zeigt eine im Folgenden vorzustellende Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaft Kunst und der Industriegewerkschaft Wismut in den Jahren 1951/52, die sehr eng mit den gesellschaftlichen Auswirkungen des Uranbergbaus im Erzgebirge verbunden ist.

### Die SAG Wismut – ein „Staat im Staate“

Der doppelte amerikanische Atombombenabwurf auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945 leitete eine neue Phase der internationalen Beziehungen ein und bildet eine Zäsur in der Weltgeschichte<sup>4</sup>. Stalin, der die Aktivitäten in der Atombombenentwicklung (sowohl die deutschen<sup>5</sup> als auch die amerikanisch-britischen) bis dahin nicht ernst genug genommen hatte, äußerte im August 1945: „Hiroshima hat die Welt verändert. Das Gleichgewicht ist gestört. Baut die Bombe – dies wird eine große Gefahr von uns abwenden.“<sup>6</sup> Die Sowjetunion sah sich jedoch vor zwei Hauptprobleme gestellt: fehlendes Know-how zur Herstellung einer Atombombe und zu geringe Uranmengen.

Durch mindestens drei Spionageaktionen war es gelungen, sich über den Fortgang des „Manhattan-Projekts“ der USA Informationen zu beschaffen<sup>7</sup>. Die Zwangsverpflichtung deutscher Wissenschaftler nach dem Ende des Krieges (u. a. arbeitete Manfred von Ardenne am sowjetischen Atombombenprojekt mit<sup>8</sup>) ermöglichte eine zusätzliche Beschleunigung des Entwicklungsprozesses. Schwieriger war hingegen das Problem der Rohstoffbeschaffung. Die Sowjetunion selbst verfügte nur über geringe Mengen an Uran. Ankäufe im Ausland waren ausgeschlossen, da die wenigen bekannten Uranvorkommen entweder in den USA lagen oder durch vertragliche Regelungen an diese gebunden waren. Mit dem Vorrücken der Roten Armee in Osteuropa gegen Ende des Zweiten Weltkrieges setzten daher Erkundungen in den be-

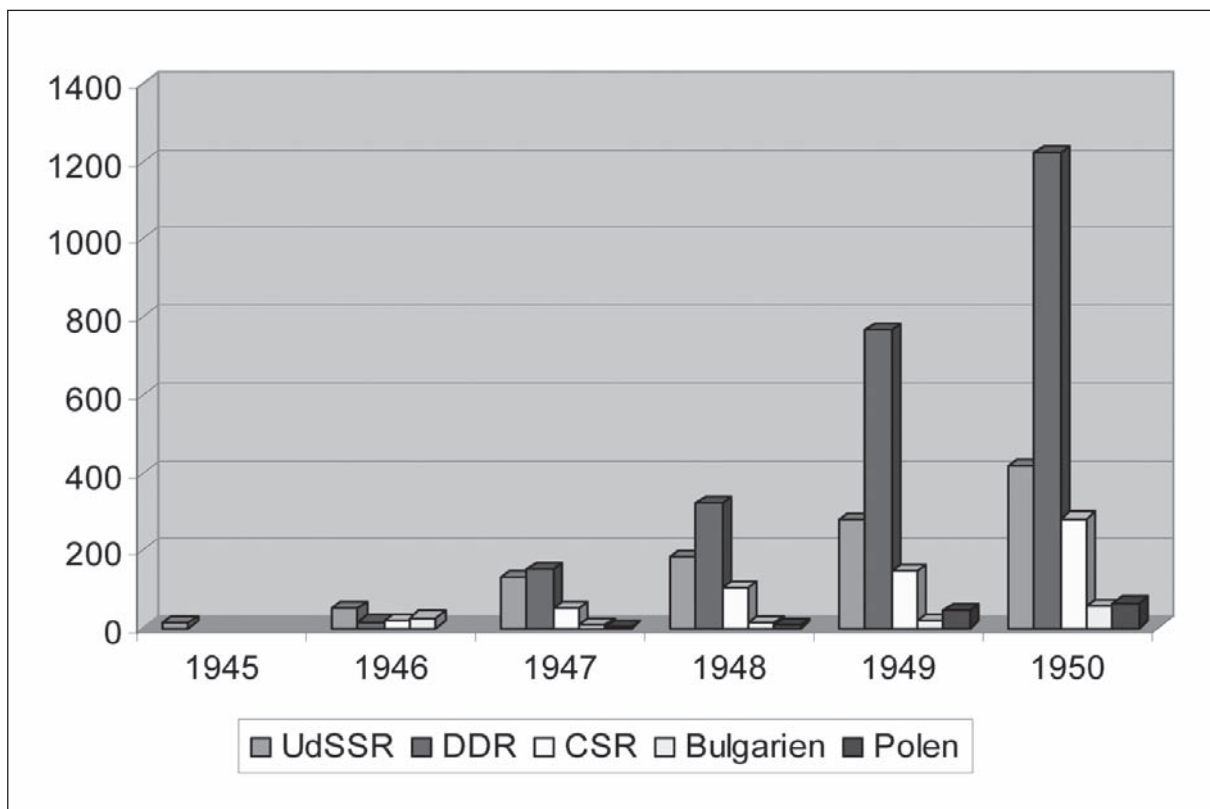
setzten Gebieten ein. Einen ersten Erfolg konnte man durch die Beschlagnahme von Rohstoffen und Technik aus den deutschen Atomlaboren verzeichnen<sup>9</sup>.

Im September 1945 begann die planmäßige Begutachtung von Lagerstätten im sächsischen Erzgebirge. Dabei untersuchte man zunächst den Altbergbau und konnte vor allem in Johanngeorgenstadt und Schneeberg Uranvorkommen finden. Seit Frühjahr 1946 wurden mit mittelalterlichen Methoden (Schlegel und Eisen, Transport mit Rucksäcken) erste Gesteinsmengen gefördert<sup>10</sup>.

Entgegen den vorangegangenen Studien erwiesen sich die wiedereröffneten Lagerstätten als viel ertragreicher als zunächst angenommen. Dies hatte eine starke Ausweitung der Bergbauaktivitäten zur Folge und führte zu einem neuen und mächtigen „Berggeschrei“. Genaue Zahlen über die Entwicklung der Beschäftigten im Uranbergbau lassen sich allerdings nur sehr schwer angeben, da die Geheimhaltung gerade in der Anfangsphase sehr hoch war. Ständig schieden Bergleute aus

und wurden durch andere ersetzt. Insgesamt war die Situation gerade zu Beginn sehr unübersichtlich. Fest steht allerdings, dass zwischen 1946 und 1949 die Zahl der Beschäftigten enorm zunahm und 1950 mit ca. 217.000 ihren Höchststand erreichte.

Im Mai 1947 erfolgte die offizielle Gründung der SAG Wismut als ein rein sowjetisches Unternehmen. Der Hauptsitz der Gesellschaft war in Moskau, in Deutschland wurde zunächst eine Zweigstelle in Aue gegründet, diese aber im Jahr 1949 nach Chemnitz-Siegmarsberg verlegt. Das neu geschaffene Unternehmen wurde schnell und planmäßig aufgebaut und mit Sondervollmachten versehen, sodass man von einem „Staat im Staate“ sprechen kann. Die Menge des geförderten Urans wurde von Jahr zu Jahr höher. Förderte man 1946 noch lediglich 15 Tonnen, verzehnfachte sich die Menge bereits im Jahr 1947, und 1950 konnten schließlich 1.224 Tonnen ausgebracht werden. Damit übertraf die Förderung in der DDR die des gesamten übrigen Ostblocks (SU, SR, Polen, Bulgarien) um ein Drittel.



Uranlieferungen für das sowjetische Atombombenprogramm 1945–1950 in Tonnen<sup>11</sup>

Rechnet man weiterhin die Uranlieferungen aus der DDR und der ČSR zusammen, dann stammten 1950 annähernd drei Viertel des im sowjetischen Einflussbereich geförderten Urans aus dem Erzgebirge.

Ohne weiter in die Geschichte der SAG Wismut einzudringen, lässt sich an dieser Stelle mit einem Zwischenfazit festhalten, dass das Unternehmen ein „Kind“ des Kalten Krieges vor dem Hintergrund des beginnenden nuklearen Wettrüstens war. Den ersten Abbaubemühungen folgte eine Zeit beispiellosen Raubbaus mit enormen ökologischen, ökonomischen und sozialen Kosten. Zwischen 1946 und 1990 wurden insgesamt 231.000 Tonnen Uran an die Sowjetunion geliefert, damit erreichte die DDR den dritten Platz bei der Welturanproduktion hinter den USA und Kanada<sup>12</sup>. Die SAG, ab 1954 unter Beteiligung der DDR als SDAG Wismut bezeichnet, war damit auch die größte Reparationsmaßnahme, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet hat<sup>13</sup>.

### Der Kulturpalast der Wismut

Die Gewerkschaft Kunst kam bei alledem durch den am 14. Januar 1951 durch Ministerpräsident Otto Grotewohl eröffneten Kulturpalast der Wismut in Chemnitz ins Spiel<sup>14</sup>. Gedacht war der in stalinistischem Stil errichtete Prachtbau als Mittelpunkt einer „neuen sozialistischen Kultur“ im Erzgebirge, wobei die dort wirkenden Künstler als „Helfer bei der Lösung der großen Produktionsaufgaben der Wismut-Kumpel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Sicherung des Weltfriedens“<sup>15</sup> zugleich den ökonomischen Zielen des Uranbergbaus zu dienen hatten. Angesichts der traumatischen Erfahrungen, die weite Teile der Bevölkerung von SBZ bzw. DDR mit der Roten Armee gemacht hatten und die sich vielfach unter Ausklammerung des vorangegangenen deutschen Besatzungsterrors in der Sowjetunion mit unreflektierten antirussischen Resentiments verbanden<sup>16</sup>, gehörte zu jener neuen sozialistischen Kultur auch eine Propagierung der ideologisch aufgeladenen deutsch-sowjetischen Freundschaft<sup>17</sup>.

Dem am Kulturpalast wirkenden und aus einer örtlichen FDGB-Gruppe hervorgegangenen The-

aterensemble kam bei der ideologischen Aufrüstung eine zentrale Position zu. So stand für den 5. September 1952 beispielsweise die Premiere des sowjetischen Lustspiels „Fernamt – bitte melden“ auf dem Programm<sup>18</sup>. Nach Ansicht der Intendanz bot dieses Stück dem Publikum „keine verschrobenen dekadenten Typen der bürgerlichen Moral bzw. Unmoral, sondern eine hohe Moral, eine tiefe und sprühende Lebensfreude der sowjetischen Menschen [...] Wir werden gezwungen, Vergleiche anzustellen zwischen den egoistischen Menschen, die in einer kapitalistischen Umwelt leben, in denen [!] ihre Menschlichkeit verkümmert und den sowjetischen Menschen, deren Aufgeschlossenheit zu ihren Mitmenschen und große Liebe zu ihrem sozialistischen Heimatland so warm an unser Herz dringt, daß uns tiefe Gefühle bewegen, während wir noch über komische Situationen lachen“<sup>19</sup>.

Die hier nicht im Einzelnen zu schildernden theaterpolitischen Pläne der IG Wismut waren sehr ambitioniert, und auch in einem Bericht der Zentralen Fachkommission Bühne an den Zentralvorstand der Gewerkschaft Kunst war noch im März 1952 davon die Rede, das bereits aus 190 Künstlern bestehende Ensemble solle für die nächste Spielzeit noch einmal erheblich vergrößert werden<sup>20</sup>.

### Das Ende ambitionierter Pläne

Wenige Wochen später zerplatzten all diese Pläne wie eine Seifenblase. Auch aus der Premiere von „Fernamt – bitte melden“ wurde nichts, nachdem sich die sowjetische Administration der Wismut entgegen vorhergehender Absprachen geweigert hatte, die beträchtlichen laufenden Kosten für den Kulturpalast zu übernehmen. Die daraus erwachsende Misere enthüllt der Bericht einer vom Zentralvorstand der IG Wismut eingesetzten vierköpfigen Revisionskommission, die das Finanzgebaren der Geschäftsführung des Kulturpalastes vom 25. bis zum 30. Juni 1952 unter die Lupe nahm<sup>21</sup>.

So war sich selbst die Direktion über die Rechtsform des Kulturbetriebes „nicht völlig klar“. Bereits auf Basis der für den Zeitraum von Januar bis April vorliegenden Einnahmen war überdeutlich,

dass der Jahresansatz für 1952 kaum einzuhalten sein würde. Einem Einnahmesoll in den Sparten Schauspiel, Oper, Operette, Orchester, Film, Tag des Bergmannes und sonstigen Veranstaltungen von 537.333 Mark standen infolge geringer Besucherzahlen Istzahlen von lediglich 189.682 Mark gegenüber. Die Revisoren gingen vor diesem Hintergrund bis Jahresende von Mindereinnahmen in Höhe von ca. 30 Prozent bzw. rund 500.000 Mark aus und bezeichneten die Zahl der im Kulturpalast beschäftigten Künstler als „reichlich hoch“. Allerdings seien Einsparungen in diesem Bereich aufgrund der für die Spielzeit 1952/53 abgeschlossenen Verträge vorerst nicht möglich.

Angesichts der desaströsen Finanzsituation war die Direktion des Kulturpalastes bereits im April insgeheim dazu übergegangen, Lohnsteueranteile und Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten nicht mehr abzuführen. Dieses umgehend abzustellende Gebaren widerspreche „jeglichen gesetzlichen Bestimmungen“ und komme „einer Steuerhinterziehung gleich“. Das Fazit des Berichts lautete unmissverständlich: „Der Kulturpalast ist bei dem jetzt bestehenden Umfang der Kulturarbeit ohne weitgehende finanzielle Unterstützung nicht existenzfähig.“

## Krisenbewältigung

Dieser Bericht wurde von der Realität schon bald überholt, wobei die IG Wismut den bestehenden Verträgen weniger Achtung entgegenbrachte als ihre Revisionskommission. So wurde den Künstlern nach der Sommerpause widerrechtlich fristlos gekündigt, was zahlreiche Betroffene in erhebliche materielle Schwierigkeiten brachte. Darüber hinaus entwickelte man zur Vertuschung der Finanzmisere erhebliche kriminelle Energie, wie die Gewerkschaft Kunst einige Monate später dem Bundesvorstand des FDGB berichtete: „Eine krasse Verletzung unserer demokratischen Gesetzmäßigkeit ist die Tatsache, daß man in die Steuerbücher eines Teiles der Kollegen Eintragungen von Gehaltsbezügen vorgenommen hat, welche die Kollegen niemals bekommen haben. Die Steuerämter fordern jetzt von den Kollegen Steuergelder für Gehälter, die sie nie bekommen haben und die sie weder gewillt, noch verpflichtet sind zu zahlen. In einigen Fällen wurde ihnen trotzdem mit

Pfändung gedroht. Einige Kollegen haben daraufhin Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Urkundenfälschung und Betrug erstattet.“<sup>22</sup>

Im Laufe des Jahres 1952 kam es deshalb zu gerichtlichen Verfahren gegen die Leitungsebene des Kulturpalastes, bei denen, soweit bislang aus der Überlieferung der Gewerkschaft Kunst ersichtlich, mehrere Angeklagte „zu langjährigen Zuchthausstrafen“<sup>23</sup> verurteilt wurden, was den vor die Tür gesetzten Mitgliedern des Theaterensembles indes nur ein schwacher Trost gewesen sein dürfte.

Wie hoch die Wellen schlugen, ist einer Eingabe zu entnehmen, die der vormalige Leiter des künstlerischen Betriebsbüros, Siegfried Nürnberger, im August 1952 an Ministerpräsident Otto Grotewohl richtete, um diesen auf den drohenden Schaden für das ohnehin lädierte öffentliche Ansehen der SED hinzuweisen: „Ein Teil der Künstler und ein großer Teil der Besucher unserer Aufführungen sind bewußtseinsmäßig noch nicht so weit, daß sie erkennen, daß nicht unsere Partei, sondern einige unverantwortliche Genossen bewußt oder unbewußt im Sinne des Klassegegners an der entstandenen Situation schuld sind.“<sup>24</sup>

## Bemühungen der Gewerkschaft Kunst

Auch der Zentralvorstand der Gewerkschaft Kunst beklagte im November gegenüber dem FDGB-Bundesvorstand, dass seine Instrukteure auf zahlreichen Versammlungen bei der Betonung der gewerkschaftlichen „Sorge um den Menschen“ nur noch Gelächter ernteten<sup>25</sup>. Nichtsdestotrotz bemühte sich die Gewerkschaft derweil, die Entlassenen in neue Stellungen zu vermitteln, was in zahlreichen Fällen gelang, sich insgesamt inmitten einer laufenden Spielzeit jedoch als überaus schwierig erwies<sup>26</sup>. Mitte Dezember 1952 hatten 52 Künstler noch immer kein neues Engagement gefunden<sup>27</sup>, und auch die in neue Stellungen vermittelten Kollegen mussten zumeist erhebliche Gehaltseinbußen hinnehmen<sup>28</sup>.

Bereits am 14. November hatte das Arbeitsgericht Chemnitz über 120 Klagen entlassener Künstler entscheiden sollen, die sich mit der Bitte um Rechtsbeistand an die Gewerkschaft Kunst

wandten<sup>29</sup>, was diese jedoch in eine missliche Lage gebracht hätte. So orientierten sich die eingeklagten Arbeitsverträge zwar an dem von der Gewerkschaft Kunst ausgearbeiteten Lohn- und Gehaltsabkommen für Künstler<sup>30</sup>, doch gehörten die Entlassenen nach dem Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“<sup>31</sup> nicht zur Gewerkschaft Kunst, sondern zur IG Wismut. Die verheerende Außenwirkung, die von den arbeitsgerichtlichen Verfahren deshalb zu befürchten war, führte man dem FDGB-Bundvorsitzenden Herbert Warnke am 3. November eindringlich vor Augen: „Daraus ergibt sich eine einmalig zu verzeichnende Situation, daß Gewerkschaft gegen Gewerkschaft im Rahmen des FDGB vor einem Arbeitsgericht sich gegenüberstehen [!].“<sup>32</sup>

Der FDGB stellte der Gewerkschaft Kunst daraufhin 24.000 Mark zur Verfügung, zu denen die IG Wismut weitere 15.000 Mark beisteuerte<sup>33</sup>, um die Betroffenen durch die Zahlung von Abfindungen vom Beschreiten des Rechtsweges abzuhalten. In der Folge kamen bei Arbeitsverträgen mit einer Gage bis 400 Mark monatlich 250 Mark zur Auszahlung, bei Gagen von 400 bis 800 Mark 350

Mark und bei Gagen über 800 Mark 400 Mark<sup>34</sup>. Da die Gewerkschaft Kunst den Betroffenen zugleich deutlich machte, man werde die Klagevertretung vor dem Arbeitsgericht Chemnitz nicht übernehmen, scheint es auf diese Weise trotz zahlreicher dokumentierter Proteste<sup>35</sup> gelungen zu sein, die Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens zu verhindern.

Die den Kulturpalast Chemnitz betreffenden Akten der Gewerkschaft Kunst gewähren somit aufschlussreiche Einblicke in das konflikträchtige Mit- und Gegeneinander zweier Einzelgewerkschaften des FDGB in der DDR der frühen 1950er Jahre, wobei die „Sorge um den Menschen“ als gewerkschaftliche Zielsetzung stets mit der Sorge um die Partei konkurrierte. Das Ergebnis war ein zögerliches Konfliktmanagement, das kaum dazu geeignet war jene sozialen Spannungen zu entschärfen, die nur wenige Monate später – auch in Chemnitz – im Volksaufstand des 17. Juni 1953 zum Ausbruch kommen sollten<sup>36</sup>.

*Tobias Schenk, Danny Weber, Katrin Wenzel*



*Blick auf den Kulturpalast der Wismut AG, fotografiert im Juli 1952.*

*Bundesarchiv, Bild 183-15364-0010 (Seidel)*

## Anmerkungen

- 1) Vgl. die Materialien unter <<http://www.daofind.de/>> sowie: Angelika Menne-Haritz, Werkstattbericht zum Projekt <daofind>. Integration der Standards EAD, EAC und METS bei der online-Bereitstellung von Erschließungsinformationen und digitalisiertem Archivgut. URL: <<http://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/abteilungen/sapmo/texte/11.pdf>>. Für die freundliche Unterstützung und Betreuung bei der Einarbeitung in das Programm danken die Verfasser Frau Petra Rauschenbach und Frau Isgard Löffler vom Referat StA 1 der SAPMO (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv).
- 2) URL: <<http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosas-EARCH/dy43/index.htm>>.
- 3) Dieses und das Folgende v.a. nach der Findbucheinleitung (vgl. Anm. 2); siehe ferner: Sabine Schöneburg, Die „Gewerkschaft Kunst“ in der früheren DDR, in: Helga Zoller/Dieter Schuster (Hg.), *Aus Gestern und Heute wird Morgen. Ans Werk – der Weg ist noch weit, aber er lohnt sich*, Stuttgart 1992, S. 447–452.
- 4) Vgl. dazu u.a.: David Horowitz, *Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam*, Berlin 1980 oder in jüngerer Zeit John Lewis Gaddis, *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, München 2007.
- 5) Vgl. hierzu das allerdings umstrittene Werk von Rainer Karlsch, *Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche*, München 2005.
- 6) Zitiert nach: Rainer Karlsch, *Uran für Moskau. Die Wismut – Eine populäre Geschichte*, 2. Aufl., Berlin 2007, S. 43.
- 7) Gaddis, *Der Kalte Krieg* (wie Anm. 4), S. 39.
- 8) Vgl. hierzu u.a.: Michael Schaaf, *Heisenberg, Hitler und die Bombe. Gespräche mit Zeitzeugen*, Berlin 2001, S. 22–35.
- 9) Karlsch, *Uran für Moskau* (wie Anm. 6), S. 39–42.
- 10) Die harten Bedingungen gerade in der Anfangszeit des Uranbergbaus im Erzgebirge wurden literarisch u.a. durch Werner Bräunig (Werner Bräunig, *Rummelplatz*, Berlin 2007) und filmisch durch Konrad Wolf („Sonnensucher“, DEFA-Film 1956/1972) dargestellt.
- 11) Rainer Karlsch/Zbynek Zeman, *Urangeheimnisse. Das Erzgebirge im Brennpunkt der Weltpolitik 1933–1960*, Berlin 22003, S. 297.
- 12) Karlsch, *Uran für Moskau* (wie Anm. 6), S. 261.
- 13) Nach dem Zusammenbruch der DDR und des Ostblocks wurden die Bergbauaktivitäten eingestellt und das Unternehmen in eine bundeseigene GmbH umgewandelt, welche mit der Sanierung der Bergbaualtlasten beauftragt wurde. Planungen gehen davon aus, dass die Sanierung mindestens bis zum Jahr 2015 dauern wird und mit Kosten in Höhe von annähernd 13 Mrd. Euro verbunden ist. Siehe ebd., S. 236.
- 14) Horst Bednarek, *Geschichte des FDGB. Chronik 1945–1982*, Berlin (Ost) 1985, S. 15.
- 15) So in dem „Plan für den Aufbau eines freigestellten zentralen Volkskunstensembles der Industriegewerkschaft Wismut“, Chemnitz, 28.07.1952, BArch, DY 52/105, Bl. 57–61; vgl. den „Arbeitsplan für das Jahr 1952 des Kulturpalastes der Werktätigen des Erzbergbaus“ BArch, DY 34/1752; zum engen Zusammenhang von Kultur und Ideologie beim Kulturpalastprojekt, auch Karlsch, *Uran für Moskau* (wie Anm. 6), S. 90–92.
- 16) Hierzu zuletzt Jan Foitzik, *Russischer Soldatenalltag in Deutschland 1945–1994*, in: Margot Blank (Hg.), *Russischer Soldatenalltag in Deutschland 1990–1994. Bilder des Militärfotografen Wladimir Borissov*, Berlin 2008, S. 9–31, hier insb. S. 16–20.
- 17) Vgl. Gotthard Bretschneider, *Kultur in der Wismut* (Schriftenreihe der Traditionsstätte für den sächsisch-thüringischen Uranbergbau im Kulturhaus „Aktivist“ Schlema, Heft 9), Schlema 2003.
- 18) Spielplanentwurf 1952/53 in BArch, DY 52/123, Bl. 303.
- 19) BArch, DY 52/105, Bl. 44.
- 20) BArch, DY 52/122, Bl. 164.
- 21) BArch, DY 52/105, Bl. 22–30, hiernach die folgenden Angaben und Zitate.
- 22) BArch, DY 43/122, Bl. 187–188.
- 23) BArch, DY 43/121, Bl. 85.
- 24) Ebd., Bl. 88. Der Chemnitzer Bezirksvorstand der Gewerkschaft Kunst hatte bereits im Vormonat die Befürchtung geäußert, die untragbaren Zustände könnten von politischen Gegnern zu „Antisowjet-Hetze“ genutzt werden. Siehe BArch, DY 43/122, Bl. 219.
- 25) BArch, DY 43/122, Bl. 189.
- 26) Um die Vermittlungen zu koordinieren, wurde die Gewerkschafterin Lucie Rosen von der Fachkommission Bühne zum 12.11.1952 nach Chemnitz abgeordnet. Siehe BArch, DY 43/122, Bl. 202.
- 27) Aufstellung in BArch, DY 43/121, Bl. 32.
- 28) Siehe z. B. BArch, DY 43/121, Bl. 98.
- 29) Siehe beispielsweise die Klageschrift des Oberbeleuchters Günter Henschel in BArch, DY 43/123, Bl. 176–177; ferner 121, Bl. 128–136; 122, Bl. 185, 194.
- 30) Siehe beispielsweise den Arbeitsvertrag der Schauspielerin Käthe Waldau vom 5.5.1952 in BArch, DY 43/124, Bl. 324–325.
- 31) Vgl. hierzu die Vereinbarung zwischen den Zentralvorständen der IG Wismut und der Gewerkschaft Kunst in BArch, DY 43/122, Bl. 228.
- 32) BArch, DY 43/122, Bl. 185.
- 33) Ebd., Bl. 201, 403.
- 34) BArch, DY 43/121, Bl. 68.
- 35) Siehe etwa den Bericht über eine Versammlung von rund 70 engagementlosen Künstlern in Chemnitz am 8.11.1952 in BArch, DY 43/122, Bl. 463–466, insb. Bl. 464: „Versammlungen dieses Charakters dürfen in Zukunft nicht mehr stattfinden.“
- 36) Zum spezifischen Konfliktpotenzial in der Wismut im Vorfeld des Volksaufstandes siehe: Heidi Roth/Torsten Diedrich, „Wir sind Kumpel – uns kann keiner“. Der 17. Juni 1953 in der SAG-Wismut, in: Rainer Karlsch/Harm Schröter (Hg.), „Strahlende Vergangenheit“. Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut, St. Katharinen 1996, S. 228–259, hier S. 230–241; Karlsch, *Uran für Moskau* (wie Anm. 6), S. 96–101; zur Arbeit der IG Wismut siehe: Gotthard Bretschneider, *Kein Schutz vor Willkür? Zur Arbeit der Gewerkschaft in der SAG Wismut 1946–1953* (Schriftenreihe der Traditionsstätte für den sächsisch-thüringischen Uranbergbau im Kulturhaus „Aktivist“ Schlema, Heft 1), Schlema 1997.

## Zur Erstbearbeitung des Nachlasses von Emil Eichhorn durch Käte Duncker im Sommer 1926

Das Referat StA 3 hatte sich für das Jahr 2008 vorgenommen, die Findbücher bzw. Findkarten zu den Nachlässen von Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, darunter die von Wilhelm Liebknecht, Karl Kautsky, Franz Mehring, Julius Motteler und Emil Eichhorn, online zu stellen, nachdem sie im Zuge der Retrokonversion abgeschrieben worden waren. Vor der Veröffentlichung der Findbücher im Internet ist es erforderlich, die Dateien Korrektur zu lesen, zum Teil Vereinheitlichungen in den Formulierungen vorzunehmen oder unbearbeitete Nachlassteile einzuarbeiten. Außerdem sind die Online-Findbücher durch Angaben zur Geschichte des Nachlasses und zur Biografie des Nachlassers zu ergänzen.

Dieses Vorhaben wurde zum Jahresende realisiert. Interessierte Benutzer haben auf diese Weise einen schnellen Zugriff zu den Erschließungsinformationen, der bisher nur durch den Archivbesuch möglich war. Aber auch für die Archivare gibt es positive Effekte dieser Art von „Öffentlichkeitsarbeit“. Bei einer Benutzung der Nachlässe zur Edition des Briefwechsels von Käte und Hermann Duncker, die 2009/2010 im Dietz-Verlag erscheinen soll, konnten beispielsweise neue Informationen zur Geschichte des Nachlasses von Emil Eichhorn (1863–1925), der vom 9. November 1918 bis zum 9. Januar 1909 Polizeipräsident von Berlin war<sup>1</sup>, festgestellt werden, die im Findbuch ergänzt wurden. Darüber soll hier berichtet werden.

### „Verdienstarbeit“

Am 22. Juni 1926 schrieb Käte Duncker<sup>2</sup> an ihren Sohn Karl<sup>3</sup>: „Ich habe eine neue Verdienstarbeit bekommen, Durchsicht einer Sammlung von Flugblättern, Zeitungsartikeln, Briefen usw. aus Krieg und Revolution, die mich wohl einen Monat beschäftigen wird.“ In ihrem nächsten Brief (10. bis 15. Juli) präziserte sie diese Mitteilung: „Seit dem 25. Juni habe ich eine größere Arbeit [ ... ]. Ich ordne und registriere den Nachlaß von Eichhorn, dem ‚Polizeipräsidenten‘ von Berlin in den

Revolutionstagen<sup>4</sup>. 6 Kolli (Halbzentnerballen) von Flugblättern, Artikeln, Zeitungsausschnitten, Briefen usw. Die Sachen sind in der Wohnung von Dr. Ernst Meyer, nahe dem Bahnhof Zoo. Da fahre ich jetzt fast alle Tage hin, arbeite 6 Stunden, mit Hin- und Rückfahrten 8 Stunden [ ... ]. Die Arbeit wird so ungefähr einen Monat dauern und mir 350 Mark einbringen. Zirka ein Drittel ist erledigt.“

Obwohl die Arbeit am Eichhorn-Nachlass anstrengend und ermüdend war, empfand Käte Duncker diese Tätigkeit nicht primär als Lohnarbeit und Verdienstmöglichkeit, sondern als eine sie zutiefst befriedigende Aufgabe: „All die Jahre des Kriegs und der Revolutionszeit leben wieder auf, frohe und trübe Erinnerungen. So vieles, was man absolut vergessen hatte und doch einst so lebhaft erlebt [Brief v. 26./27. Juli 1926]“<sup>5</sup>. Im Brief vom 22. August hieß es schließlich: „Donnerstag [19. Aug.] machte ich den Abschluß bei der Arbeit in Charlottenburg (Eichhorns Nachlaß).“<sup>6</sup>



Käte Duncker, 1923 als Landtagsabgeordnete in Thüringen. Bundesarchiv, Bild Y10-17481

Angesichts dieser Mitteilungen lag es nahe, der Frage nachzugehen, ob sich in dem in der Stiftung verwahrten Nachlass von Emil Eichhorn Spuren seiner „Erstbearbeitung“ durch Käte Duncker und wenn ja, in welchem Umfang, nachweisen lassen.

### Spuren der Erstbearbeitung

Dass Käte Duncker die Unterlagen bearbeitet hat, konnte nach der Durchsicht des Nachlasses bestätigt werden. Über Vorgaben von Ernst Meyer für diese Erstbearbeitung gibt es bisher keine Hinweise. Eindeutige handschriftliche Bemerkungen von Ernst Meyer („Dokument Nr....“) auf zahlreichen Originalen und mehrfachen maschinenschriftlichen Abschriften von Originalen deuten aber darauf hin, dass die ordnende Tätigkeit Käte Dunckers vor allem als eine Vorarbeit für die von Ernst Meyer besorgte Edition „Spartakus im Kriege“ anzusehen ist<sup>7</sup>. Von den in dieser Edition enthaltenen 57 Dokumenten sind bis auf die Nummern 3, 5, 6, 9, 11 bis 14, 16, 29, 36 alle anderen in den betreffenden Akteneinheiten des Eichhorn-Nachlasses enthalten.

Vermutlich sollte Käte Duncker vor allem bzw. ausschließlich jenen Teil des Eichhorn-Nachlasses ordnen und registrieren, der Dokumente aus den Jahren 1914 bis 1918/19, in erster Linie die des Spartakusbundes, enthielt, wozu sie als einziges neben Ernst Meyer noch lebendes Mitglied des engsten Führungszirkels des Spartakusbundes die besten Voraussetzungen mitbrachte. Die Spuren von Käte Duncker befinden sich in den Akteneinheiten SAPMO-BArch, NY 4131/13, 14, 16–20, 23, 24, 27, 34, 35, 36, 37 und 38, die Dokumente aus jener Zeit enthalten. Es handelt sich vornehmlich um Zeitbestimmungen, wie: „1915“, „Jan. 1916“, „Spätherbst 1916“, „22. Dezember 1915“, aber auch um inhaltliche Präzisierungen wie: „Ungeordnetes aus Krieg & Nachkriegszeit. Stockholmer Bulletins/Aktionen“; „Frauenkonferenz Groß Berlins Okt. 1916“; „Zur Arbeiter-Jugend“, „Kritik der Feldpost der IK“ und andere. Alle handschriftlichen Bemerkungen von Käte Duncker sind in einer Aufstellung erfasst, die im Online-Findbuch zum Nachlass Emil Eichhorn als Zusatzinformation zur Gliederungsgruppe „Arbeitsmaterial“ nachzulesen ist.

Käte Duncker hatte die von ihr bearbeiteten Dokumente offensichtlich einem Dutzend Mappen zugeordnet, wie die mit Rotstift ausgeführte Bemerkung „Mappe 12“ nahelegt. Diese Zuordnung ist bei der weiteren Arbeit mit den Dokumenten für die schon erwähnte Edition von Ernst Meyer und bei späteren Bearbeitungen nicht beibehalten worden. Auf drei Dokumenten findet sich von Käte Dunckers Hand der Vermerk „Duncker“. Ob damit auf eine wie auch immer geartete Mitarbeit am Text hingewiesen werden sollte oder ob sie dieses Schriftstück der Sammlung aus eigenem Besitz beigesteuert hatte, ist schwer zu bestimmen<sup>8</sup>.

### Neue Erkenntnisse

Die kritische Durchsicht des Eichhorn-Nachlasses, die in diesem Falle durch den Historiker Herrn Professor Heinz Deutschland vorgenommen wurde, gibt aber auch Anlass zu folgenden Anmerkungen:

1. Die Mehrzahl der 40 Akteneinheiten des Eichhorn-Nachlasses und der in ihnen überlieferten Dokumente sind zweifellos originäre Bestandteile des nach dem Tode Eichhorns überlieferten und in die Obhut der KPD (Ernst Meyer) übernommenen Nachlasses.
2. Es kann jedoch nicht übersehen werden, dass auch einige sehr persönliche Dokumente von Ernst Meyer, die objektiv nicht im Besitz von Emil Eichhorn gewesen sein können, in diesem Nachlass überliefert sind, darunter eine Postkarte von Rudolf Franz an Ernst Meyer ins Sanatorium vom 30. September 1914 (SAPMO-BArch, NY 4131/11, Bl. 182), eine Feldpostkarte von Paul Schwenk an Ernst Meyer vom 24. Oktober 1915 (ebenda, Bl. 8), mehrere Briefe von Fritz Ausländer und seiner Frau an Ernst Meyer (SAPMO-BArch, NY 4131/17; Bl. 320 ff und SAPMO-BArch, NY 4131/23, Bl. 72) sowie eine Reihe weiterer Dokumente.
3. Es ist besonders hervorzuheben, dass in SAPMO-BArch, NY 4131/23, Bl. 234 bis 240 ganz offensichtlich zwei Varianten einer maschinenschriftlichen Abschrift der Junius-Thesen mit

zahlreichen handschriftlichen Korrekturen von Käte Duncker überliefert sind<sup>9</sup>. Beide Dokumente sind rechts oben außerdem mit dem Namenszug von Käte Duncker versehen. Da Käte Duncker Mitglied der Kommission war, die die von Rosa Luxemburg entworfenen und auf der Reichskonferenz der Gruppe Internationale am 2. Januar 1916 beratenen Thesen in die endgültige Fassung bringen sollte, sind redaktionelle Korrekturen von ihrer Hand auf einem solchen Dokument erklärbar<sup>10</sup>. Diese Blätter können jedoch keinesfalls Bestandteil des originären Eichhorn-Nachlasses gewesen sein. Vermutlich sind sie dem Nachlass bei seiner Erstbearbeitung aus dem Besitz von Ernst Meyer oder von Käte Duncker hinzugefügt worden.

4. Aus den Punkten 2 und 3 lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit ableiten, dass auch eine Reihe von Originaldokumenten aus den Jahren

1914 bis 1918/19, mit Sicherheit aber alle maschinenschriftlichen Abschriften solcher Dokumente als Vorarbeit für die erwähnte Publikation „Spartakus im Kriege“, dem originären Eichhorn-Nachlass erst im Rahmen der „Erstbearbeitung“ zugeschlagen worden sind.

Diese Ausführungen sind ein gutes Beispiel für die Fruchtbarkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Historikern und Archivaren, durch die auch bei bereits lange zugänglichen Beständen neue Erkenntnisse zu ihrer Geschichte und zu den sich darin widerspiegelnden historischen Ereignissen gewonnen werden können. Deshalb wird das Gespräch mit den Benutzern neben der eigentlichen archivarisches Tätigkeit auch in Zukunft von besonderer Bedeutung und Bestandteil unserer Arbeit sein.

*Grit Ulrich, Heinz Deutschland*

#### Anmerkungen

- 1) Emil Eichhorn: 1881 Mitglied der illegalen SAPD; ab 1893 hauptamtlicher Funktionär der SPD, als Redakteur in Dresden und Mannheim und SPD-Landessekretär in Baden; 1901–1908 Abgeordneter des Badischen Landtages, 1908–1912, 1919/1920–1925 Mitglied des Reichstages; 1908–1917 Leiter des Sozialdemokratischen Pressebüros in Berlin; 1917 Mitglied der USPD; 1920 Mitglied der VKPD
- 2) Biografische Angaben zu Käte Duncker (1871–1953) und Ernst Meyer (1887–1930) in den einschlägigen Lexika
- 3) Karl Duncker (1903–1941), seit Mai 1923 an der Berliner Universität immatrikuliert, studierte von Herbst 1925 bis zum Sommer 1926 an der Clark University in Worcester und arbeitete anschließend noch als Gastdozent für Psychologie an der summer-school der Stanford University in Kalifornien. Alle Briefe Käte Duncckers an ihren Sohn in: BArch, NY 4445/238
- 4) Angaben zum Nachlass von Emil Eichhorn im Online-Findbuch unter [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)
- 5) BArch, NY 4445/ 238, Bl. 126
- 6) ebenda, Bl. 133
- 7) Spartakus im Kriege. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege. Gesammelt und eingeleitet von Ernst Meyer, Berlin 1927. In diesen Zusammenhang gehören auch die zweite Auflage von: Spartakusbriefe. Band I u. II. Mit einem Vorwort von Ernst Meyer, Berlin 1926, sowie die Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929
- 8) Vermerkt sei noch, dass vermutlich bei der Bearbeitung des Eichhorn-Nachlasses im Jahre 1983 in einem einzigen Fall (BArch, NY 4131/20, Bl. 130) vom Bearbeiter auf den von Käte Duncckers Hand stammenden Vermerk „Zur Arbeiter-Jugend“ hingewiesen worden war.
- 9) Diese Thesen wurden mit einigen Änderungsvorschlägen von Karl Liebknecht nach der Diskussion auf der Reichskonferenz der Gruppe Internationale im Prinzip gebilligt und nach einer weiteren Diskussion in der von der Reichskonferenz eingesetzten Redaktionskommission als „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ u.a. als Flugblatt, in den „Politischen Briefen“ Nr. 14 vom 3. Februar 1916, sowie als Anhang zu „Die Krise der Sozialdemokratie [Junius-Broschüre]“ illegal verbreitet.
- 10) Vgl. Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin, 1987, S. 43 ff. „Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten“. Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915 bis 1917, Bonn 2005, S. 46/47 u. 50

## 50 Jahre Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen, deren Unterlagen die Außenstelle Ludwigsburg des Bundesarchivs seit dem Jahr 2000 übernimmt und zugänglich macht<sup>1</sup>, gab es im Herbst 2008 in Ludwigsburg ein vielseitiges Informationsprogramm rund um das Thema Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Unter dem Titel „Rückblick nach vorn“ hatte der Förderverein Zentrale Stelle e.V. in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv und anderen Einrichtungen ein aus Konzerten, Filmen, Theater, Vorträgen und Ausstellungen bestehendes Angebot zusammengestellt, das in der regionalen Öffentlichkeit auf breite Resonanz stieß.

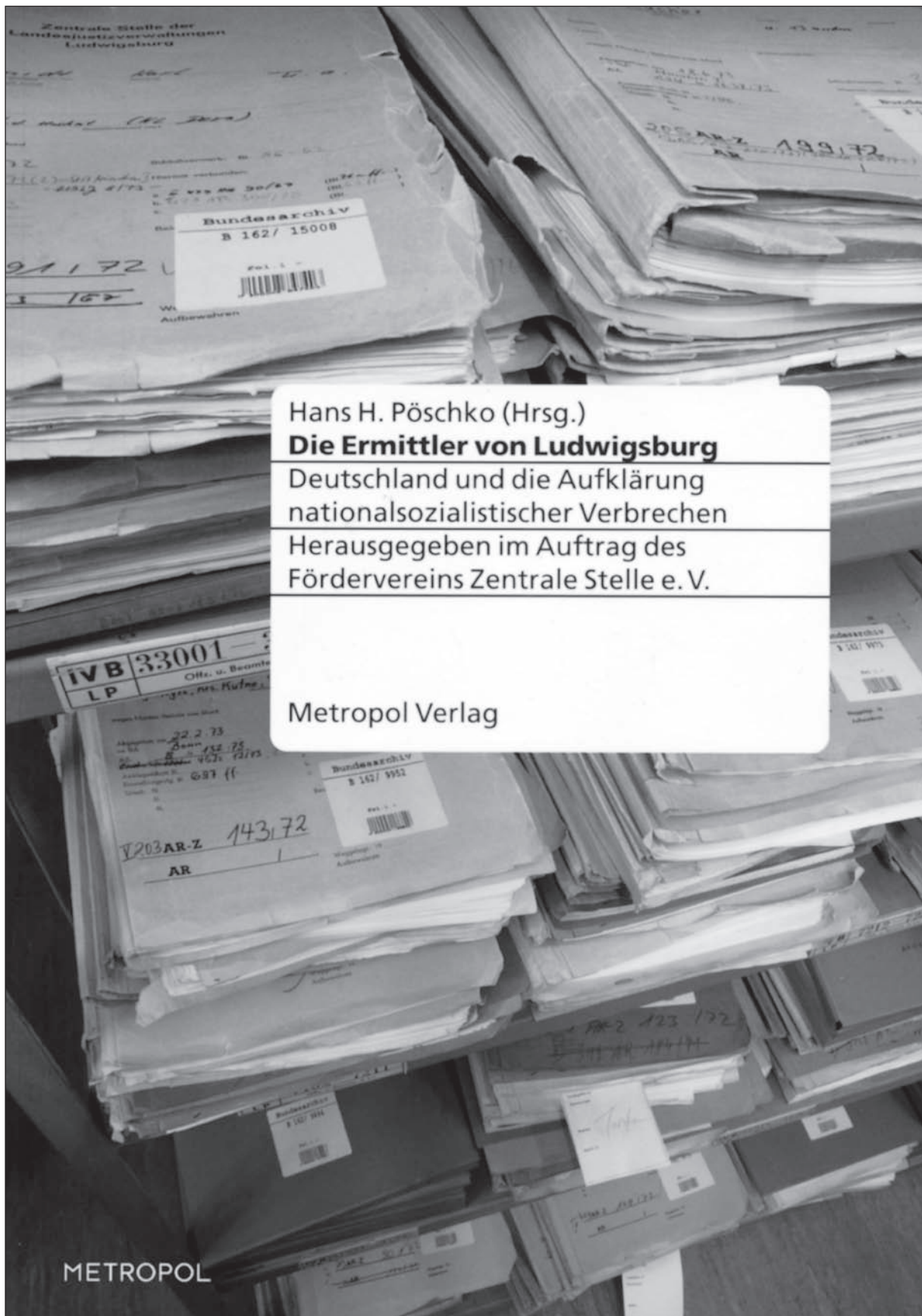
Höhepunkt des Programms war ein Tag der offenen Tür am Dienstgebäude von Zentraler Stelle und Bundesarchiv am letzten Septemberwochenende. Bei strahlendem Wetter nahmen mehrere Hundert Besucher die Möglichkeit wahr, Einblicke in die Geschichte und Arbeit von Zentraler Stelle und Bundesarchiv zu erhalten. Nach Grußworten des Ludwigsburger Oberbürgermeisters, des Leiters der Zentralen Stelle und des Präsidenten des Bundesarchivs konnten die Gäste die Ausstellung des Bundesarchivs im Schorndorfer Torhaus besichtigen oder dem Bericht eines früheren Leiters der Zentralen Stelle über seine 30-jährige Tätigkeit bei der Verfolgung von NS-Verbrechen beiwohnen. An verschiedenen Ständen im Innenhof hielten Vertreter von während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Gruppen und von Einrichtungen der historischen Bildungsarbeit Informationen bereit.

Für die musikalische Untermalung sorgten die bekannte Sinti-Jazz-Band „Romeo Franz Ensemble“ und eine „Masl-Band“ (masl – jiddisch für Glück): Die drei faszinierenden Frauen spielten temperamentvolle Klezmermusik, sangen nachdenkliche jiddische Lieder und interpretierten traditionelle Musik der Roma aus Ungarn und den Balkanländern. Die Seele der jiddischen Musik, die Poesie der Roma-Lieder wurden durch das mitreißende Musikantentum des Trios wieder lebendig, die Verbindung von Lebensfreude und Melancholie hinterließ einen unvergesslichen Eindruck.

Besonders großer Nachfrage erfreuten sich die vom Bundesarchiv angebotenen Führungen durch das Magazin, an die sich lebhaftere Nachfragen und Diskussionen anschlossen. „Das Gebäude fasst beinahe nicht alle Interessierten, die in den engen Gängen in die Akten blicken wollen“, schrieb die „Stuttgarter Zeitung“ rückblickend. Studiendirektor Kreß stellte das archivpädagogische Angebot des Bundesarchivs vor. Das von der Studiobühne Besigheim im Dialekt unter einem Zeltdach im Innenhof aufgeführte Theaterstück „Die barmherzigen Leute von Martinsried“ über den Umgang der Bewohner eines Dorfes mit vier im Bahnhof abgestellten Güterwaggons, in denen KZ-Häftlinge zusammengepfercht waren, fesselte die Zuschauer noch am Abend.

Eingerahmt wurde dieser Tag der offenen Tür unter anderem von einer Vortragsreihe in den Räumen des Bundesarchivs, in der neben mehreren Staatsanwälten der Zentralen Stelle auch der Leiter der Außenstelle des Bundesarchivs über die dortigen Aufgaben und die Benutzungsmöglichkeiten informierte. Für mehrfach ausverkaufte Kinosäle sorgte der Film des einheimischen Dokumentarfilmers und stellvertretenden Fördervereins-Vorsitzenden Jochen Faber „Das Geheimnis der Orangenkisten“ – eine persönliche, von den Aussagen zahlreicher Interviewpartner und intensiven Quellenrecherchen geprägte Auseinandersetzung mit der Tätigkeit der Zentralen Stelle und ihrer Ausstrahlung auf die Gesellschaft. Noch einmal ins Kino gebracht wurden auch die Filme „Die Mörder sind unter uns“ (1946), „Wir Wunderkinder“ (1958) und „Rosen für den Staatsanwalt“ (1959), die auf je eigene Weise den Umgang der Deutschen mit ihrer Vergangenheit thematisieren. Über eigens angesetzte Schulvorstellungen wurde dabei auch eine bemerkenswerte Zahl von jugendlichen Besuchern erreicht.

In den Kontext „50 Jahre Zentrale Stelle“ passten zwei Buchvorstellungen im Staatsarchiv Ludwigsburg: Zunächst wurde der unter maßgeblicher Mitarbeit des Bundesarchivs vom Förderverein herausgegebene Band „Die Ermittler von Ludwigsburg“ präsentiert, der in qualitätvoller Aufmachung vor allem eine Begleitung und Vertiefung zur Ausstellung im Schorndorfer Torhaus anbietet. Bereichert wird die Darstellung unter anderem durch Erfahrungsberichte der



Hans H. Pöschko (Hrsg.)  
**Die Ermittler von Ludwigsburg**  
Deutschland und die Aufklärung  
nationalsozialistischer Verbrechen  
Herausgegeben im Auftrag des  
Fördervereins Zentrale Stelle e. V.

Metropol Verlag

METROPOL

Titel des Buchs „Die Ermittler von Ludwigsburg“.

derzeitigen Leiter der Zentralen Stelle und einer Auschwitz-Überlebenden, Einblicke in die Tätigkeit des Bundesarchivs am Ort und einen Beitrag zur Reaktion der Öffentlichkeit auf die Einrichtung der Zentralen Stelle am 1. Dezember 1958. Exakt 50 Jahre nach diesem Termin schließlich stellte Annette Weinke ihre Monografie „Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst“ über die Geschichte der Ludwigsburger Ermittlungsbehörde besonders im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens vor.

Zu den offiziellen Feierlichkeiten am 1. und 2. Dezember 2008 waren Vertreter aus Politik, Justiz und Wissenschaft geladen. Beim Festakt im Ludwigsburger Barockschloss würdigte Bundespräsident Horst Köhler in seiner Ansprache ausdrücklich auch die archivpädagogische Arbeit des Bundesarchivs: „Dass sich das Bundesarchiv in Ludwigsburg als ‚historischer Lernort‘ versteht und seine Tore für Schülerinnen und Schüler öffnet, finde ich besonders gut. Hier wird an konkreten Einzelfällen deutlich, was man aus Geschichtsbüchern zwar lernen, aber nicht begreifen kann – das von Deutschen begangene Menschheitsverbrechen Holocaust.“

Neben dem Bundespräsidenten, dem gastgebenden baden-württembergischen Justizminister Ulrich Goll und der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland Charlotte Knobloch richtete auch der Präsident des Bundesarchivs Hartmut Weber ein Grußwort an die Zuhörer. Darin hob er die traditionell gute Zusammenarbeit von Bundesarchiv und Zentraler Stelle hervor und unterstrich den verantwortungsbewussten Umgang des Bundesarchivs mit den in Ludwigsburg entstandenen Unterlagen. In einem hochkarätig besetzten Symposium wurde am folgenden Tag im Kulturzentrum der Stadt Ludwigsburg über „Die Ausstrahlung der Zentralen Stelle auf die juristische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der NS-Verbrechensgeschichte“ diskutiert.

Zieht man in Betracht, dass die Existenz der Zentralen Stelle in weiten Teilen der Ludwigsburger Öffentlichkeit bis tief in die 1960er Jahre hinein eher als Belästigung denn als Notwendigkeit oder gar als willkommene Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erachtet worden war,

erscheinen Anteilnahme und Interesse von Bevölkerung und Presse an den Jubiläumsveranstaltungen des letzten Jahres umso bemerkenswerter. Angesichts des noch nicht terminierten, aus rein biologischen Gründen aber sich abzeichnenden Endes der Tätigkeit von Zentraler Stelle liegt es nun am Bundesarchiv, das Erbe dieser Institution zu bewahren und die Erinnerung an die deutschen Massenverbrechen lebendig zu halten.

*Tobias Herrmann*

#### **Anmerkung**

- 1) Siehe auch: Die Außenstelle Ludwigsburg, Themenheft 2008 der „Mitteilungen“.

#### **Auf Stauffenbergs Spuren: Vom Kino-Ereignis zur Archivführung**

Im Frühjahr 2009 fand der Kinofilm „Operation Walküre“ mit Hollywood-Star Tom Cruise über das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 große Beachtung. Das öffentliche Interesse nahm die Badische Zeitung zum Anlass, über das Kino-Ereignis zu berichten und vorher das Bundesarchiv-Militärarchiv zu besuchen. In einem ausführlichen Pressegespräch wurden wichtige Original-Dokumente zur Vorbereitung der „Operation Walküre“ vorgestellt und die historischen Zusammenhänge erläutert. Bei einer Hausführung lernten die Journalisten kennen, wie historisch bedeutsame Unterlagen dauerhaft erhalten und zugänglich gemacht werden.

Die Bestände der Abteilung Militärarchiv offenbaren einen zentralen Teil der Gesamtüberlieferung des militärischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus, dessen bekanntestes Ereignis das von Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg ausgeführte Attentat war. Neben den zahlreichen Fernschreiben des militärischen Apparates aus den Stunden des Umsturzversuches vermitteln auch Nachlässe Einblicke in die Geschichte des Widerstandes von Offizieren gegen das NS-Regime.

Von diesen einzigartigen Möglichkeiten, zum Beispiel die am 20. Juli versandten Telegramme zu

72

MBBS  
01168

Geheime Kommandosache  
Marinenachrichtendienst

BET

Eingegangen	Weiter an	Tag	Uhrzeit	durch
20/1/44 2005				
von MBZ durch Ho				
Verzögerungsvermerk				

Cheffachei  
Nur durch Offizier!

Fernschreiben von + FRR MBZ 02084 20/7 1928=

O AUE=

FRR CHEF D ST D SKL=

--GKDOS-- 1) DER FUEHRER ADOLF HITLER  
IST TOT.-

EINE GEWISSENLOSE CLIQUE FRONTFRENDER  
PARTEIFUEHRER HAT ES UNTER AUSNUTZUNG  
DIESER LAGE VERSUCHT, DER SCHWERRINGENDEN  
FRONT IN DEN RUECKEN ZU FALLEN UND DIE  
MACHT ZU EIGENUETZIGEN ZWECKEN AN SICH  
ZU REISZEN.-

2) IN DIESER STUNDE HOECHSTER GEFAHR HAT  
DIE REICHSREGIERUNG ZUR AUFRECHTERHALTUNG  
VON RECHT UND ORDNUNG DEN MILITAERISCHEN  
AUSNAHMEZUSTAND VERHAENGT UND MIR ZUGLEICH  
MIT DEM OBERBEFEHL UEBER DIE WEHRMACHT  
DIE VOLLZIEHENDE GEWALT UEBERTRAGEN.-

3) HIERZU BEFEHLE ICH:

EINS) ICH UEBERTRAGE DIE VOLLZIEHENDE  
GEWALT - MIT DEM RECHT DER DELEGATION

Eines der Fernschreiben der „Operation Walküre“

AUF DIE TERRITORALEN BEFEHLSHABER - IN  
DEM HEIMATKRIEGSGEBIET AUF DEN BEF HABER  
DES ERSATZHEERES, UNTER GLEICHZEITIGER  
ERNENNUNG ZUM OB BEF HABER  
IM HEIMKRIEGSGEBIET, IN DEN BESETZTEN  
WESTGEBIETEN AUF DEN OB BEF HABER WEST  
( OB BEF HABER DER H GR D), IN ITAL  
AUF DEN OB SUEDWEST ( OB BEF HABER  
DER H GR C), IN DEM SUEDOSTRAUM AUF  
OB SUEDOST ( OB BEF HABER DER H GR F),  
IN DEN BESETZTEN OSTGEBIETEN AUF DIE  
OB BEF HABER DER H GR SUEUKRAINE,  
NORD UKRAINE, MITTE, NORD UND DEN  
WEHRMACHTBEF HABER OSTLAND FUER IHREN  
JEWEILIGEN BEF BEREICH, IN DAEN UND  
NORW AUF DIE WEHR MACH BEF HABER. -  
ZWEI) DEN INHABERN DER VOLLZIEHENDEN  
GEWALT SIND UNTERSTELLT: A  
A) SAEMTLICHE IN IHREN BEF BERICH  
BEFINDLICHEN DIENSTSTELLEN UND  
EINHEITEN DER WEHRMACHT EINSCHL DER  
WAFFEN SS DES RAD UND DER OT. -  
B) ALLE OEFFENTLICHEN BEHOERDEN  
( DES REICHS, DER LAENDER UND DER  
GEMEINDEN), INSBES DIE GESAMTE

sehen, handelte ein halbseitiger Bericht in einer Wochenendausgabe der Badischen Zeitung, der auch die Ankündigung zu einer Themenführung „Auf Stauffenbergs Spuren – der 20. Juli 1944“ in der Freiburger Dienststelle des Bundesarchivs.

Es wurde zunächst zu einer Führung am Abend eingeladen. Wegen des großen Interesses wurde dieses Angebot eine Woche später wiederholt. Insgesamt nutzten etwa 230 Personen die Möglichkeit, sich über das Bundesarchiv zu informieren. Nach einleitenden Worten des Abteilungsleiters wurden wegen der zahlreichen Gäste mehrere Gruppen gebildet.

Im Seminarraum konnten ausgewählte historische Quellen zum Thema in Augenschein genommen werden, Benutzersaal und die Kartenabteilung wurden besichtigt. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Einsichtnahme in Archivgut des Bundes gesetzlich garantiert ist – und auch dafür geworben, historisch aussagekräftige Schriftstücke aus der eigenen Familie dem Archiv anzuvertrauen, damit sie für die Nachwelt gesichert werden. In der Restaurierungswerkstatt wurde anschaulich erklärt, was für die dauerhafte Erhaltung der Archivalien getan werden kann. Einen Schwerpunkt bildete hier die Vorstellung der Restaurierung von Großformaten.

Das Spektrum der Interessierten erstreckte sich von Zeitzeugen bis zu jüngeren Leuten. Der SWR sendete am folgenden Tag ein mehrminütiges Hörfunk-Feature („Stauffenbergs Spuren“) zu dieser Veranstaltung.

Die in Freiburg lebende Witwe eines ehemaligen Widerstandskämpfers, Frau von Boehmer, war durch das Medienecho auf das Bundesarchiv aufmerksam geworden. Während eines Besuches übergab sie einige Unterlagen ihres Mannes, Oberstleutnant i.G. Hasso von Boehmer, der im Rahmen der Operation Walküre als Verbindungsoffizier im Wehrkreis XX (Danzig) fungierte. Er hatte die aus Berlin gesendeten Fernschreiben der Widerstandsgruppe einige Stunden nach dem Attentat selbst entgegen genommen.

Die Freiburger Schulen entdeckten das Bundesarchiv-Militärarchiv als außerschulischen Lernort. Die Schüler (aus allen Schulsparten) informierten

sich anhand einer Power-Point-Präsentation über das Bundesarchiv-Militärarchiv und studierten in Gruppenarbeit Aktenmaterial zum Thema. Seitdem frequentieren interessierte Schulklassen das Archiv in wachsender Zahl.

Noch heute melden sich Personen, welche an den Führungen teilgenommen und nun Vertrauen gefasst haben, Dokumente aus den Kriegsjahren an das Bundesarchiv abzugeben, wie zum Beispiel Kriegstagebücher oder Feldpostbriefe sowie Fotoalben.

Eine bessere Werbe-Plattform für die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesarchiv-Militärarchivs als dieser Kinofilm ist kaum vorstellbar.

*Achim Koch*

### **Die Software PERSEUS – eine neue Anwendung für Personenkarteien**

Die innerhalb eines Pilotprojektes vom Kompetenzzentrum für Retrokonversion und Digitalisierung des Bundesarchivs sowie von der Firma startext GmbH entwickelte Software für Personenkarteien PERSEUS (Personensuche und systematische Indexierung) wurde erfolgreich getestet und kann nun im Bundesarchiv eingesetzt werden. Diese Anwendung dient dazu, digitalisierte Personenkarteien komfortabel und sehr schnell am PC recherchieren zu können. Sie ist mit einem Server verbunden, auf dem die personenbezogenen Daten zentral in METS-Dateien (mit EAC-Erweiterung) abgespeichert werden.

Die Software basiert auf Eclipse und auf dem XML-Editor-Framework MEX. Sie besteht aus zwei Teilen:

1. Die sogenannte Web-Anwendung dient ausschließlich der Suche. Dabei kann eine einfache Suchfunktion auf verschiedene Weise vertieft werden, zudem ist auch das Blättern in den Karteien, Drucken u.a. möglich.
2. Die Arbeitsanwendung bietet neben der Suchfunktion eine einfache und schnelle Möglich-

keit der Nachindexierung und kann zum Anbringen von Bemerkungen genutzt werden.

Seitens der Firma wurde jeder 50. Name indexiert. Die Suche führt bei einem noch nicht indexierten Namen an die nächstliegende indexierte Stelle heran, durch weiteres Blättern am Bildschirm kann die gesuchte Karte ermittelt werden.

Es wurde eine „Unschärfeunterstützung“ eingerichtet: Wird zum Beispiel nach einer Person „Müller“ gesucht, die nicht vorhanden ist, sucht PERSEUS nach „Mülle“, dann nach „Müll“, „Mül“, „Mü“ und zum Schluss nach „M“. Bei der erweiterten Suche kann gezielt nach Familiennamen, Vorname und Geburtsdatum gesucht werden. Es sind auch Kombinationen möglich.

Die erste integrierte Kartei ist die Heeresbeförderungskartei der Abteilung Militärarchiv mit rund 70.000 Karteikarten. Die Zentrale Gefangenenkartei der Abteilung DDR mit etwa 705.000 Karteikarten wird folgen. Es ist beabsichtigt, einen Rahmenvertrag auf den Weg zu bringen, der ab 2011 die Integration weiterer Karteien ermöglichen soll.

*Petra Rauschenbach*

### **Bundesarchiv-Behördenberatung – elektronische Akten (BBeA): Praxistag und Informationsforen**

Seit Juni 2007 veranstaltet das Team BBeA zweimal jährlich im Bundesarchiv in Koblenz Informationsforen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen und Stellen des Bundes, die mit der Einführung elektronischer Akten oder von Vorgangsbearbeitungssystemen betraut sind. Die Veranstaltungen dienen der fachlichen Fortbildung sowie dem Erfahrungsaustausch und der herstellerunabhängigen Vernetzung. Darüber hinaus stellen sie für die Mitarbeiter des Bundesarchivs eine gute Möglichkeit der Kontaktpflege zu den Schriftgut abgebenden Stellen dar. Über die Informationsforen „Der Aktenplan – Rückgrat der elektronischen Aktenführung“ am 9. Mai 2007 und „Listen, Fristen, Kataloge – Mit Metadaten

Prozesse steuern“ am 7. November 2007 ist in den „Mitteilungen aus dem Bundesarchiv“ 1/2007 und 1/2008 berichtet worden.

Seither haben weitere Informationsforen stattgefunden: So lud das Kompetenzteam BBeA am 5. Juni 2008 zum Thema „DOMEA, MoReq & Co. – Der praktische Nutzen von Normen und Standards für die Schriftgutverwaltung“ ein. Die gut besuchte Veranstaltung wurde mit Vorträgen von Dr. Claudia Zenker-Oertel, Vera Zahnhausen und Claudia Völkel über die Standards DIN ISO 15489, Moreq und Moreq 2 sowie das DOMEA-Konzept, Version 2.1 eingeleitet. Anschließend stellte Bastian Herrmann von der IMTB Consulting GmbH das seinerzeit in Entwicklung befindliche Erweiterungsmodul DOMEA-eAkte vor. Am Nachmittag haben Ulla Bunk aus dem Bundesministerium der Finanzen und Jürgen Blei aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ihre persönlichen Erfahrungen mit dem DOMEA-Konzept bei der Einführung eines Vorgangsbearbeitungssystems beschrieben. Abschließend beantworteten Dr. Andrea Hänger und Burkhard Reiß Fragen zu DOMEA und Moreq.

Unter dem Motto „Alte Zöpfe unter neuen Hüten? – Ein Praxistag zu den aktuellen Herausforderungen in der Schriftgutverwaltung“ waren am 26. November 2008 rund 120 Besucher zu einem Erfahrungsaustausch in das Bundesarchiv gekommen, bei dem die veränderten fachlichen Anforderungen in der Schriftgutverwaltung durch den Einsatz elektronischer Werkzeuge im Mittelpunkt standen. Am Vormittag führten kurze Praxisberichte, u.a. zu Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Fachkräfte in der Schriftgutverwaltung, in das Thema ein. Der Nachmittag bot dann die Möglichkeit zum aktiven Austausch in drei Workshops zu den Themen „verändertes Berufsbild“, „veränderte Arbeitsprozesse“ und „veränderte Kommunikationswege“. Die Teilnehmer thematisierten die veränderten fachlichen Anforderungen und die Qualifizierung von Mitarbeitern sowie den Nutzen einer gut geordneten Schriftgutverwaltung als qualifizierte Serviceeinrichtung. Ebenso wurden Erfahrungen über Arbeitsabläufe bei der Einführung elektronischer Akten oder von Vorgangsbearbeitungssystemen ausgetauscht. Insbesondere wurde die Notwen-

digkeit der Überarbeitung bereits bestehender Hilfsmittel, wie der Registraturanweisungen, hervorgehoben. Als eine Grundfrage im Bereich der Kommunikation erwies sich die Schaffung von Akzeptanz für die neuen elektronischen Arbeitsmittel.

Am 13. Mai 2009 fand in Zusammenarbeit mit dem Projektteam „Digitales Archiv“ das Informationsforum „Ein Blick hinter die Kulissen – Das ‚Digitale Archiv‘ stellt sich vor“ statt. Der Einladung waren rund 120 Teilnehmer gefolgt. Der Vormittag begann mit einem Ausblick auf die weitere Entwicklung des „elektronischen Zwischenarchivs im Bundesarchiv“ von Dr. Michael Hollmann. Kathrin Schroeder und Karsten Huth referierten über die Modalitäten der Übernahme elektronischer Unterlagen und skizzierten die technische Lösung des Digitalen Archivs. Claudia Völkel stellte den „Leitfaden für die Aussonderung von elektronischen Akten und deren Archivierung im Bundesarchiv“ vor. Am Nachmittag konnten sich Besucher u.a. über die Technik des Digitalen Archivs und den Ablauf des Gesamtprozesses informieren.

Die Präsentationen, Vorträge und Materialien können auf der Internetseite des Bundesarchivs unter der Rubrik „Service – Behördenberatung“ eingesehen werden.

Das nächste Informationsforum findet am 4. November 2009 unter dem Motto „Zurück in die Zukunft – Bewährtes bewahren auf dem Weg in das elektronische Zeitalter“ statt. In der Veranstaltung werden Veränderungen in der Verwaltungspraxis durch den verstärkten Einsatz elektronischer Werkzeuge thematisiert. So wird u.a. der These nachgegangen, dass ein klar definierter Geschäftsgang sinnvoll ist, um die innerbehördliche Zusammenarbeit in verlässliche und nachvollziehbare Bahnen zu lenken, und sich dies nicht zuletzt auf die Qualität künftigen Archivgutes auswirkt. Burkhardt Reiß, Anette Meiburg und Dr. Claudia Zenker-Oertel werden einzelne Aspekte aus archivfachlicher Sicht beleuchten und Behördenvertreter von ihren Erfahrungen und Lösungen berichten. Wer Interesse an einer Teilnahme hat, findet die entsprechenden Informationen im Internet unter der Rubrik „Service Behördenberatung“.

*Kerstin Schenke*



*Team BbeA, Bild: Bundesarchiv*

### Nachlass Ernst von Weizsäcker (N 1273) im Original übernommen

Am 12. November 2008 konnte der Nachlass Ernst von Weizsäcker (N 1273) in Lindau aus den Händen von Dr. Beatrice von Weizsäcker, einer Tochter des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, entgegen genommen werden. Der Nachlass war bereits 1978 im Bundesarchiv geordnet, erschlossen und verfilmt, anschließend aber an die Familie zurückgegeben worden. Seitdem war er im Bundesarchiv mit Genehmigung der Familie auf Mikrofilm benutzbar.

Allerdings wurden im Laufe der letzten Jahre von Seiten der Benutzer immer wieder berechnete Klagen über den schlechten Zustand und die mangelhafte Lesbarkeit der Benutzerfilme laut. Um diesem Übelstand abzuwehren, ist die Neuverfilmung des kompletten Bestandes vorgesehen.

*Achim R. Baumgarten*

### Kleiner Nachlassaustausch mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart abgeschlossen

Im Verlauf der Auflösung der Kleinen Erwerbungen wurde mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart ein Beständetausch verabredet, der nunmehr abgeschlossen ist. In den Tausch einbezogen wurden auch Bestände des Militärarchivs in Freiburg. Leitendes Prinzip war hierbei, dass der jeweils kleinere Teil einer Nachlassprovenienz zum größeren wandert. Folgende Bestände waren betroffen:

1. Der Nachlass Klaus Mehnert, bisher Kl. Erwerbung 214, 2 AE, wurde im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (dort Q 1/30, 50 lfd. Meter, mehr als 1.000 AE) zusammengeführt.
2. Der Nachlass Julius von Hölder, bisher Kl. Erwerbung 303, 4 AE, wurde im Bundesarchiv in eine größere Sammlung zur Geschichte des Liberalismus überführt und dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart (dort Q 1/37, 63 AE) als Film übergeben.

3. Der Nachlass Carl von Weizsäcker, bisher Kl. Erwerbung 458 F, 2 Filme, wurde im Hauptstaatsarchiv Stuttgart mit der dortigen Überlieferung (Q 1/18, 2,45 lfd. Meter, 177 AE) vereinigt.

4. Der Nachlass Conrad Haußmann, bisher Kl. Erwerbung 191, 1 AE, war seinerzeit vom Bundesarchiv käuflich für DM 129,95 erworben worden. Er wurde dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart (dort Q 1/2, 5,4 lfd. Meter, über 300 AE) als vertraglich gesicherte Dauerleihgabe übergeben.

5. Der Schriftwechsel zwischen dem Göttinger Historiker Hermann Heimpel und dem Bundespräsidenten Theodor Heuss bezüglich der Redaktion von „Die Großen Deutschen“, bisher Bestand Q 3/5 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, 1 Bü., wurde im Bundesarchiv dem Nachlass Theodor Heuss (N 1221/688) beigelegt.

6. Der Nachlass Fritz Lauffer, bisher N 470 in Freiburg, 1 AE, wurde dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart (dort M 660/024, 33 AE) überlassen.

7. Der Nachlass Eugen Hahn, bisher N 500 in Freiburg, 11 AE, wurde mit dem dortigen Bestand M 660/014 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart zusammengeführt.

8. Der Nachlass Wilhelm Groener, bisher Bestand M 660/097 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, 0,1 lfd. Meter, wurde dem Militärarchiv in Freiburg (dort 4,7 lfd. Meter) übergeben.

*Achim R. Baumgarten*

### Unterstützung des Bundesarchivs für das Kreismuseum Wewelsburg

Im Zusammenwirken mit dem Bundesarchiv gelang dem Kreismuseum Wewelsburg (Burgwall 19, 33142 Düren-Wewelsburg) der Ankauf des Taschenkalenders Heinrich Himmlers aus dem Jahre 1940. Der private Verkäufer blieb anonym.

Der Kalender wurde als Terminkalender geführt und enthält verschiedene wichtige Hinweise auf den Ablauf besonderer Zusammenkünfte, Geschehnisse und Entscheidungsfindungen. Für das Kreismuseum Wewelsburg ist der Kalender deshalb von besonderem Interesse, weil mit ihm verschiedene, Wewelsburg betreffende Ereignisse erstmals zweifelsfrei belegt werden können. So war beispielsweise Speers einziger Besuch auf der Wewelsburg bisher nur durch mündliche Tradition überliefert, kann jetzt aber terminlich nachgewiesen werden.

Der Kalender wurde im Bundesarchiv digitalisiert und kann hier unter der Signatur N 126/42 benutzt werden.

*Achim R. Baumgarten*



(von links nach rechts): Dr. Franz-Josef Winter, Vorsitzender des Fördervereins des Museums Wewelsburg, Heinz Josef Struckmeier, Verwaltungsleiter des Kreismuseums und Schriftführer des Fördervereins, Manfred Müller, Landrat des Kreises Paderborn (mit dem Taschenkalender), Heinz Köhler, Kreisdirektor und Dr. Achim R. Baumgarten, Leiter des Referats für Schriftgut privater Herkunft im Bundesarchiv.

## Eine Ausstellung des Bundesarchivs in Berlin

Die Ausstellung „Kaiser und Zar, Familienbande und Machtpolitik. Deutsch-russische Beziehungen 1890 bis 1910“ ist ab dem 1. Oktober zu Gast im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin.

Im Mittelpunkt dieser Ausstellung steht das Verhältnis zweier Staaten: Deutschland und Russland. Dabei richtet sich der Scheinwerfer auf die Regenten Kaiser Wilhelm II. und Zar Nikolaus II., die beiden Cousins, die sich gern einmal gemeinsam fotografieren ließen. In den Blick werden auch jene genommen, die die Regierungsgeschäfte führten, insbesondere Reichskanzler Bernhard von Bülow. Die ausgewählten Schriftstücke dokumentieren in zwölf Kapiteln Hoffnungen und Sorgen, Erfolg und Scheitern der Akteure. Es ist eine einmalige Gelegenheit, einen Ausschnitt der historischen Wirklichkeit des Deutschen Kaiserreichs zu entdecken.

Als Beispiele für die politischen Herausforderungen der Zeit werden vor allem der erbittert geführte Streit um Zölle und die Verhandlungen über einen Handelsvertrag näher beleuchtet. Wie Monarchen in eigener Machtvollkommenheit Politik machen wollten, zeigt exemplarisch das Treffen von Kaiser und Zar im Sommer 1905 vor der finnischen Insel Björköe.

Die Ausstellung ist in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv der Russischen Föderation entstanden, weitere Archive und Leihgeber haben dazu beigetragen, möglichst viele Facetten des Geschehens anschaulich zu machen.

Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur  
Friedrichstraße 176–179  
10117 Berlin

Ausstellungsdauer:  
1. Oktober bis 1. November 2009

Öffnungszeiten:  
Di–Fr 14.00 bis 19.00 Uhr,  
Sa, So 12.00 bis 18.00 Uhr

Gisela Müller



Uniformtausch von Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm II.  
Bundesarchiv, Bild 183-R43302

## *Impressum*

*Redaktion: Gisela Müller, Annegret Neupert*  
*Umschlaggestaltung: Ines Wegge-Schatz, DesignLevel 2, 42466 Neuss,*  
*Fotos: Bundesarchiv, Plak 05-042-009*  
*Satz, Litho und Druck: Fuck, Druckerei und Verlag, Koblenz*

*ISSN 0945-5531*

*© Copyright Bundesarchiv, Koblenz 2009. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck der Beiträge nur nach Genehmigung und mit genauer Quellenangabe gestattet.*

[www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)

